

21. Sitzung

Potsdam, Donnerstag, 21. September 2000

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	1255	Frage 387 (Stellungnahme zum Lärmgutachten BBI)	
1. Fragestunde		Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer	1260
Drucksache 3/1685		Frage 388 (Zukunftspaket Schiene)	
Drucksache 3/1686	1255	Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer	1260
Frage 381 (Verwertung von Forschungsergebnissen im Land Brandenburg)		Frage 389 (Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität)	
Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Weber	1255	Minister des Innern Schönbohm	1261
Frage 382 (Referendum über EU-Erweiterung?)		Frage 390 (Droht den Brandenburger Alleen das Aus?)	
Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter	1256	Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer	1262
Frage 361 (Fehlende Ausbildungsplätze)		Frage 391 (NPD-Verbot)	
Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	1257	Minister des Innern Schönbohm	1262
Frage 392 (Unterstützung des Vorschlags von EU-Kommissar Günter Verheugen zu einer Volksabstimmung über die EU-Osterweiterung durch Europa- und Justizminister Kurt Schelter)			
Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter	1259	2. Aktuelle Stunde	
Frage 385 (Novellierung des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes)		<u>Thema:</u>	
Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter	1259	10 Jahre Wiedervereinigung	
Frage 386 (Verschärfung des Strafrechts und des Strafverfahrensrechts)		Antrag	
Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter	1260	der Fraktion der CDU	1264
		Frau Blechinger (CDU)	1264
		Prof. Dr. Bisky (PDS)	1266
		Fritsch (SPD)	1267
		Frau Fechner (DVU)	1270
		Ministerpräsident Dr. Stolpe	1271

	Seite		Seite
3. Gesetz zur Fortentwicklung des Schlichtungsrechts im Land Brandenburg		6. Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a des Grundgesetzes „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur Anmeldung der Landesregierung gemäß § 10 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung	
Drucksache 3/1426		Drucksache 3/1704	1285
Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses		7. Gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt - für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg	
Drucksache 3/1680		Antrag der Fraktion der PDS	
<u>2. Lesung</u>	1272	Drucksache 3/1700	1286
Ludwig (PDS)	1272	Prof. Dr. Schumann (PDS)	1286
Muschalla (SPD)	1273	Muschalla (SPD)	1287
Schuldt (DVU)	1273	Frau Fechner (DVU)	1288
Frau Richstein (CDU)	1273	Frau Richstein (CDU)	1289
Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter	1274	Ministerpräsident Dr. Stolpe	1290
4. Gesetz zur Änderung des Berufsrechts der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Land Brandenburg		8. Gegen Gewalt und Diskriminierung - für Demokratie und Rechtsstaat	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Antrag der Fraktion der DVU	
Drucksache 3/954		Drucksache 3/1691	1291
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres		Frau Hesselbarth (DVU)	1291
Drucksache 3/1731		Klein (SPD)	1292
<u>2. Lesung</u>	1274		
5. 10 Jahre deutsche Einheit		Anlagen	
Große Anfrage 7 der Fraktion der PDS		Gefasste Beschlüsse	1294
Drucksache 3/926		Antworten der Landesregierung auf Mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 21. September 2000	1295
Antwort der Landesregierung			
Drucksache 3/1389	1274		
Ludwig (PDS)	1274		
Bochow (SPD)	1275		
Schuldt (DVU)	1276		
Lunacek (CDU)	1277		
Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	1279		
Frau Dr. Schröder (PDS)	1280		
Kuhnert (SPD)	1280		
Warnick (PDS)	1282		
Minister des Innern Schönbohm	1283		

Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr**Präsident Dr. Knoblich:**

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich zur 21. Sitzung des Landtages Brandenburg in seiner 3. Wahlperiode begrüßen. Mein Gruß gilt neben den Abgeordneten den Vertretern der Medien, die heute nicht ganz so zahlreich erschienen sind. Umso mehr freue ich mich, dass unsere Gästeplätze gut besetzt sind. Herzlich willkommen, ich freue mich, dass Sie an unserer Plenarsitzung teilnehmen.

(Allgemeiner Beifall)

Mit der Einladung ist Ihnen der Entwurf der Tagesordnung zugegangen, zu dem ich mir folgende Bemerkungen erlaube:

Es wurde vorgeschlagen, als zusätzlichen Tagesordnungspunkt 4 die Beratung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres zur 2. Lesung des Gesetzes zur Änderung des Berufsrechts der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Land Brandenburg - Drucksache 3/1731 - ohne Debatte aufzunehmen.

Zudem wurde vorgeschlagen, als zusätzlichen Tagesordnungspunkt 6 die Beratung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu der Anmeldung der Landesregierung gemäß § 10 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung „Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a des Grundgesetzes 'Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes'“ - Drucksache 3/1704 - aufzunehmen. Auch hier soll auf eine Debatte verzichtet werden.

Schließlich darf ich darauf hinweisen, dass die unter Tagesordnungspunkt 7 angeführte Beantwortung der Kleinen Anfrage 589 entfällt, weil die Landesregierung immer in einen gestreckten Galopp verfällt, wenn die Gefahr besteht, dass diese Aufgabe öffentlich erledigt wird.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Die Antwort liegt bereits vor.

Gibt es von Ihrer Seite zum Entwurf der Tagesordnung Anmerkungen, Ergänzungs- oder Änderungswünsche? - Wenn dies nicht der Fall ist, dann bitte ich um Ihr zustimmendes Handzeichen, dem Entwurf entsprechend zu verfahren. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Es gibt eine Reihe von Abwesenheitserklärungen einiger Minister und einiger Abgeordneter. Die Liste ist so lang, dass ich mir erspare, sie vorzulesen, weil dies von unserer Sitzungszeit abginge. Auf die Zeit zu achten ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil wir heute Nachmittag noch die ersten drei Disziplinen für das Sportabzeichen absolvieren wollen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Fragestunde

Drucksache 3/1685

Drucksache 3/1686

Das Wort geht an den Abgeordneten Dr. Sternagel von der SPD-Fraktion zur Formulierung der **Frage 381** (Verwertung von Forschungsergebnissen im Land Brandenburg). Bitte sehr!

Dr. Sternagel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einem Beitrag der „Berliner Morgenpost“ vom 6. Juli 2000 stellt der Brandenburger Bundestagsabgeordnete Stephan Hilsberg fest, dass der Forschungsstandort Deutschland zwar attraktive Forschungsbedingungen biete, die Umsetzung der Forschungsergebnisse jedoch unzureichend sei. Anderorts entstehen pro geförderter Forschungsmilliarde circa zehnmal mehr Arbeitsplätze oder gar neue Firmen - so Stephan Hilsberg, der immerhin Mitglied des Wissenschaftsausschusses des Bundestages ist.

Ich frage die Landesregierung: Wie schätzt die Landesregierung die Effektivität der Verwertung von in universitären und außeruniversitären Brandenburger Forschungseinrichtungen erzielten Forschungsergebnissen ein?

Präsident Dr. Knoblich:

Zur Beantwortung dieser Frage erteile ich dem neu berufenen Staatssekretär Herrn Weber das Wort. Auf diese Weise lernen Sie ihn gleich kennen. - Bitte sehr!

Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Weber:

Im Namen der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Manfred Sternagel. Mit der Etablierung von Forschung in den neu gegründeten und bestehenden Hochschulen und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes Brandenburg zu Beginn der 90er Jahre stand immer auch die Frage nach der Verwertung der Ergebnisse. Nicht nur in Brandenburg, sondern auch bundesweit erlangt die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in marktfähige Produkte eine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung. Dem trägt die Landesregierung in der Form Rechnung, dass eine immer engere Vernetzung der Hochschulforschung und der außeruniversitären Forschung mit der Wirtschaft erfolgt - in der Regel bei kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch bei Unternehmen wie BASF Schwarzheide, LAUBAG, BMW Rolls-Royce und anderen. Als sehr vorteilhaft hat sich dabei die Etablierung von Technologie- und Investitionsberatungsstellen an den Forschungseinrichtungen erwiesen, die als Bindeglied im Spannungsfeld von Wissenschaft und Wirtschaft sowohl die Überführung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in marktfähige Anwendungen als auch die Wünsche der Wirtschaft nach wissenschaftlichen Lösungen für Verfahren und Produktionen durch Forschungseinrichtungen effektiv anbahnen und unterstützen.

Im Rahmen der Förderprogramme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur und des Wirtschaftsministeriums sind die ausgereichten Fördermittel wirtschaftsorientiert eingesetzt und haben neben neuen grundlegenden Erkenntnissen in der Wissenschaft zu marktfähigen Produkten geführt sowie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beigetragen. Als Beispiel sei nur das Förderprogramm „Verbundforschung“ des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur genannt, durch das im Zeitraum von 1997 bis 1999 mehr als 60 Verbundprojekte als Kooperationen von Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen in Höhe von 10,6 Millionen DM gefördert wurden. Die Ergebnisse erbrachten wirtschaftlich bisher ein Mehrfaches der Fördersumme und schufen zusätzliche Arbeitsplätze.

Es werden zunehmend wissenschaftliche Ergebnisse in Patente überführt, die Gradmesser der technologischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft sind. Mit dem in Zusammenarbeit des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung

und Kultur mit der Patentstelle für die deutsche Forschung der Fraunhofer-Gesellschaft entwickelten „Brandenburgischen Patentkonzept für Hochschulen und Forschungseinrichtungen“ werden zukünftig den Forschenden Patentierungen und Lizenzierungen erleichtert und der Zugang zu nationalen und internationalen Märkten stärker geöffnet.

Den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Brandenburg wird im Ergebnis von Evaluationsverfahren eine qualitativ hochwertige Forschungsarbeit bestätigt, deren Ergebnisse zum Teil als internationale Spitzenleistungen bewertet werden. Die Landesregierung stellt deshalb fest, dass sich die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den Wissenschaftsparks - in Golm und auf dem Telegrafenberg, auf Hermannswerder, in Rehbrücke, Babelsberg, Luckenwalde, Hennigsdorf, Teltow, Bomm, Großbeeren, Zeuthen, Erkner, Frankfurt (Oder) und Cottbus - für das Land insgesamt wie regional zu strukturprägenden Standortfaktoren entwickelt haben und bewähren. Die Effektivität der Verwertung von Forschungsergebnissen an brandenburgischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen hat gerade in den letzten drei Jahren beachtlich zugenommen. Forschung gilt heute als eine der Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. - Herr Dr. Trunschke, bitte!

Dr. Trunschke (PDS):

Herr Staatssekretär, ich weiß, dass Sie neu in dem Amt sind, aber ich möchte - da Sie selbst die Verbundforschung sehr lobend erwähnt haben - trotzdem die Frage stellen: Können Sie mir erklären, warum die Landesregierung die Verbundforschung, bei der die Wirtschaft und die Universitäten in besonderer Weise zusammenkommen, so stiefmütterlich behandelt und die Gelder dafür Jahr für Jahr kürzt?

Staatssekretär Prof. Dr. Weber:

Mittel können immer nur im Rahmen dessen ausgegeben werden, was zur Verfügung steht. Ich kann nur wiederholen, dass gerade die Verbundforschung als ein außerordentlich wichtiges Thema vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur angesehen wird und dass im Rahmen der Möglichkeiten prioritär darauf geachtet wird, dass in diesem Bereich auch in der Zukunft geleistet werden kann, was möglich ist.

Präsident Dr. Knoblich:

Herzlichen Dank. - Wir kommen zur **Frage 382** (Referendum über EU-Erweiterung?), gestellt vom Abgeordneten Dierk Homeyer. Bitte sehr!

Homeyer (CDU):

Die Äußerung des EU-Kommissars Günter Verheugen: „Bei der EU-Erweiterung dürfen wir nicht wieder über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden“, führte zu heftigen Diskussionen über Plebiszite.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, bei diesem Prozess die Bevölkerung „mitzunehmen“?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Schelter, Sie haben das Wort.

**Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten
Prof. Dr. Schelter:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Homeyer, in den kommenden Monaten und Jahren werden in Europa die Weichen für das neue Jahrhundert gestellt. Die Europäische Union wird neue Mitglieder unseres Kontinents aufnehmen. Es ist überfällig, dass alle politisch Verantwortlichen in der Europäischen Union und in den Kandidatenländern die Chancen, aber auch die Risiken der Osterweiterung offen ansprechen.

Die Beitrittsverhandlungen mit den zehn mittel- und osteuropäischen Bewerberländern sind im Gang. Die Verantwortlichen in der Europäischen Union, auch die Staats- und Regierungschefs, dürfen die Erweiterung nicht nur als Routinepunkt auf der üblichen Tagesordnung behandeln. Wir brauchen nach dem Abschluss der laufenden Regierungskonferenz einen Sondergipfel des Europäischen Rates zu den Fragen der Osterweiterung.

Mit diesem für die Zukunft Europas entscheidenden Projekt müssen sich aber auch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten und der Kandidatenländer stärker befassen. Wir brauchen deshalb auch eine interparlamentarische Konferenz zur Osterweiterung.

Ein offenes Gespräch über den Stand der umfangreichen und schwierigen Vorbereitungen in den beteiligten Ländern ist die notwendige Basis für die weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit auf dem Weg zur Erweiterung. Wir brauchen eine Informationsoffensive in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, Regierungen, Parteien, politiknahe Organisationen und Medien - wir alle müssen uns der schwierigen Aufgabe stellen, bei den Bürgern um Zustimmung für die anstehenden europapolitischen Entscheidungen zu werben.

Meine Damen und Herren, es gibt keine Alternative zur Osterweiterung. Aber wir müssen und können es schaffen, den davon betroffenen Menschen glaubwürdig darzustellen, dass die Chancen dieses Projekts größer sind als die Risiken. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt Klärungsbedarf. - Herr Homeyer, bitte!

Homeyer (CDU):

Herr Minister Schelter, ich habe eine Nachfrage. Wie kann sich das Land Brandenburg in diesen notwendigen Prozess einbringen? Wie kann das Land Brandenburg sich zum Beispiel in die von Ihnen angesprochene interparlamentarische Konferenz, die notwendig ist, einbringen?

Minister Prof. Dr. Schelter:

Herr Abgeordneter Homeyer, es gibt eine Reihe von Möglichkeiten. Ich will eine nennen. Das ist die Möglichkeit über den Bundesrat. Sie wissen, dass Herr Kollege Tillich aus Sachsen und ich die Bundesratsvertreter für die Osterweiterung sind. Wir haben gestern am Rande des Ausschusses der Regionen darüber gesprochen, dass wir mit einer solchen interparlamentarischen Konferenz einen Anfang machen und die Beauftragten der Parlamente in Ungarn, in Polen und in der Tschechischen Republik zu einer solchen ersten Konferenz einladen wollen.

Sie wissen, dass es im Übrigen eine Initiative des Europaministers dieses Landes ist, die Regionen der Beitrittsstaaten als Beobachter am Ausschuss der Regionen teilnehmen zu lassen. Auch das bringt die Menschen näher zusammen und gibt Mög-

lichkeiten, die Argumente pro und contra miteinander auszutauschen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich bedanke mich. - Damit sind wir bei der **Frage 361** (Fehlende Ausbildungsplätze), die gestern getauscht worden ist. Frau Dr. Schröder, bitte sehr!

Frau Dr. Schröder (PDS):

Wie der Arbeitsmarktstatistik des Landesarbeitsamtes für den August 2000 zu entnehmen ist, waren zum Ende des Monats 13 365 Bewerberinnen und Bewerber für eine Ausbildungsstelle noch nicht vermittelt. Dem standen 1 740 unbesetzte Stellen gegenüber. Die Landesregierung hat angekündigt, 3 386 Ausbildungsplätze gemeinsam mit dem Bund im Ausbildungsplatzprogramm Ost 2000 und weitere 2 514 Plätze mit Landesmitteln zu fördern. Insgesamt könnten damit 5 900 Ausbildungsplätze angeboten werden.

Ich frage die Landesregierung: Durch welche weiteren Maßnahmen soll die noch bestehende Lücke von 5 700 Ausbildungsplätzen geschlossen und damit die Zusage der Landesregierung erfüllt werden, jedem ausbildungswilligen Jugendlichen ein Ausbildungsplatzangebot zu unterbreiten?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Ziel, Sie haben das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Dr. Schröder, die Aussage, die Sie am Schluss Ihrer Frage zitiert haben, dass jeder ausbildungswillige Jugendliche in Brandenburg auch ein Ausbildungsplatzangebot bekommen soll, ist für mich eine der wichtigsten Aussagen dieser Landesregierung und eine der besonderen Verpflichtungen für den zuständigen Fachminister.

Die Auseinandersetzung um die Statistik, die Sie soeben angeführt haben, führen wir seit 1990 alljährlich in derselben Weise. Und noch immer ist es gelungen, jedem ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.

Sie wissen, Frau Kollegin Dr. Schröder, dass Statistiken zu einer ganz bestimmten Zeit in einem ganz bestimmten Umfeld und in ganz bestimmten Grenzen eine ganz bestimmte Situation betrachten. So verhält es sich auch mit den Zahlen der Arbeitsverwaltung. Sie beruhen auf Erhebungen der Berufsberatung bei den Arbeitsämtern und geben die dort gemeldeten und dort nachgefragten Berufsausbildungsstellen zu einem bestimmten Zeitpunkt - Sie nennen August - wieder. Viele, gerade kleine Unternehmen melden ihre Ausbildungsstellen gar nicht beim Arbeitsamt. Sie können auch nicht gezwungen werden, ihre freien Ausbildungsstellen bzw. ihre Lehrverhältnisse dem Arbeitsamt zu melden. Dasselbe gilt für die sich bewerbenden Jugendlichen. Das bedeutet für eine jede Statistik, dass sie immer nur eine Momentaufnahme für den Zeitpunkt ist, zu dem sie erstellt wurde.

Dazu kommt ein weiterer Unsicherheitsfaktor. Die Berichterstattung der Berufsberatung erfolgt jeweils für den Zeitraum 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres. Demzufolge ist aufgrund der zu unterschiedlichen Zeiten begonnenen Ausbildungsplatzprogramme 1998 und 1999 die Statistik für das Ausbildungsjahr 2000 nur bedingt verwertbar. Die monatliche Be-

rufsausbildungsstatistik ist also eine Momentaufnahme. Jedoch ist sie ein wichtiges Kriterium für die Einschätzung des Ausbildungsmarktes.

Vergleicht man nun diese Momentaufnahme mit der vom Vorjahresmonat, so ist festzustellen, dass die Differenz zwischen nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerbern und gemeldeten Ausbildungsplätzen, also die so genannte Ausbildungsplatzlücke, geringer geworden ist. So fehlten im Jahre 1998 fast 11 780, im Folgejahr 11 740 und in diesem Jahr sind es 11 620 Berufsausbildungsstellen. Die entscheidende Frage ist, ob die Lücke geschlossen werden kann und welche zusätzlichen Maßnahmen dafür erforderlich sind.

Sie werden sicherlich verstehen, dass die Antwort wegen der eingangs genannten Unsicherheiten nicht ganz einfach ist. Deshalb berufe ich mich auf ein Gremium außerhalb meines Hauses, in dem mein Haus aber vertreten ist. Das ist der Landesausschuss für Berufsbildung. Der Landesausschuss für Berufsbildung, in dem neben der Landesregierung auch die Kammern und die Gewerkschaften vertreten sind, hat diese Frage umfassend diskutiert. Hierbei wurde berücksichtigt, dass die Ausbildungsplatzlücke gegenüber dem Vorjahr geringer geworden ist, was erfreulich ist. Die Aussage dieses wichtigen Gremiums lautet: Im Vorjahr ist es bei vergleichbarer Zahlenlage und einem annähernd gleich großen Programm gelungen, rechnerisch den Ausbildungsstellenmarkt auszugleichen. Vor diesem Hintergrund ist der Landesausschuss für Berufsbildung zu der Einschätzung gelangt, dass es in diesem Jahr mit dem Ausbildungsprogramm Ost - Frau Kollegin, Sie haben darauf hingewiesen, es sind ca. 3 500 Plätze zusätzlich - und unserem landeseigenen Aufstockungsprogramm - das sind ca. 2 500 Plätze zusätzlich - gelingen wird, diese Lücke zu schließen.

Daher sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine weiteren zusätzlichen Förderungen geplant. Natürlich werden wir die Situation weiterhin intensiv beobachten und falls erforderlich reagieren. - Danke schön.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, es gibt Klärungsbedarf. Wir beginnen mit Frau Dr. Schröder.

Frau Dr. Schröder (PDS):

Ich habe zwei Nachfragen. Stimmen Sie meiner Auffassung zu, dass die Statistik einen ganz bestimmten Fakt offenbart, nämlich dass es eine Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage gibt, die meiner Meinung nach nur durch eine Umlagefinanzierung perspektivisch gelöst werden kann? Dazu hätte ich gern vor dem Parlament Ihre aktuelle Auffassung.

Meine zweite Frage lautet: In welchen Bereichen werden Ausbildungsplätze über die Programme, die Sie angesprochen haben, geschaffen?

Minister Ziel:

Frau Kollegin Dr. Schröder, ich stimme Ihnen zu, dass die Auguststatistik wie jede Statistik zu diesem Themenbereich offenbart, dass es eine Ausbildungsplatzlücke gibt. Ich hoffe, Sie stimmen mir aber auch zu, dass sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung alles unternommen haben, diese Ausbildungsplatzlücke zu schließen. Die Landesregierung ist immer wieder bei den Handwerkskammern und bei den Industrie- und Handelskammern vorstellig geworden, um betriebliche Ausbildungsplätze, die sicherlich die wichtigsten sind - darin sind wir uns einig -, zusätzlich zu schaffen.

Ich bin sehr dankbar, dass über all die Jahre die Handwerkskammern an der vordersten Front mitgeholfen haben, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Wir haben vereinbart, dass wir in weiteren Gesprächen für die Folgejahre noch nachlegen werden. Das zu Punkt 1.

Zu Punkt 2: Die Industrie- und Handelskammern haben mächtig zugelegt. Sie haben ca. 18 % zusätzliche Ausbildungsplätze in Brandenburg zur Verfügung gestellt. Ich denke, auch das sollte man nennen. Die Diskrepanz ist vorhanden, sie lässt sich nicht wegdiskutieren. Zu Recht legen Sie den Finger auf diese Wunde. Ich bin der Meinung, dass wir es mit den beiden Programmen wieder schaffen werden, so wie wir es jedes Jahr geschafft haben, denn die Zahlen erscheinen dieses Jahr günstiger. Somit haben wir bessere Chancen, es zu schaffen. Den Weg, den Sie vorschlagen - über Umlagefinanzierung das Problem zu lösen -, halte ich für problematisch.

Bei allen Gesprächen, die ich führe, insbesondere mit den genannten Kammern, spüre ich deutlich den eisernen Willen, hierbei zuzulegen. In einer solchen Situation aber mit der Peitsche zu kommen halte ich für problematisch. Hierbei sind mehr der Konsens und das Aufeinanderzugehen gefragt. Ich weiß, dass die Umlagefinanzierung im Bund diskutiert worden ist, und ich will das nicht als schlechte Lösung an die Wand malen, aber Sie wollten meine persönliche Meinung dazu wissen. Ich will für mich sagen: Ich halte diesen Lösungsansatz für Brandenburg im Moment nicht für den angezeigten.

Wir wollen so schnell wie möglich in den Bereichen auf den Weg kommen, in denen die Nachfrage immer deutlicher wird. Sie können sich vorstellen, dass gerade der IT-Bereich - das darf aber nicht zum Schlagwort werden - mit besonderen Angeboten, insbesondere für junge Mädchen, aufwartet. Ich mache Mut, sich in diesen Bereich zu begeben, weil ich eine gewisse Benachteiligung von Frauen sehe.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Kaiser-Nicht, bitte!

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Herr Minister, Sie sagen, dass wir jährlich mit dem Thema in der gleichen Weise umgehen. Wie reagieren Sie auf die vor zwei Tagen auf dem Ausbildungstag der Stadt Strausberg, an dem 43 Firmen und 2 000 Schüler teilgenommen haben, gemachten Äußerungen von einer Vertreterin der Berufsberatung des Arbeitsamtes, dass die jährlichen Zusatzprogramme - öffentlich gefördert von Bund und Land - zu spät kommen und dass im Frühjahr bereits absehbar sei, in welcher Höhe betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stünden? Damit sei auch absehbar, wie viele Schüler unversorgt blieben. Was tun Sie, um den Schülern und den Eltern den Frust zu ersparen, im Sommer unversorgt zu bleiben?

Minister Ziel:

Ich habe diese Hinweise in Foren selbst vorgehalten bekommen. Die Problematik besteht darin, dass die Förderung erst dann gegeben wird, wenn die Verträge abgeschlossen sind und das Land sein eigenes Programm aufgelegt hat. Ich bin der Meinung, hierbei lässt sich noch etwas verbessern. Auch wenn wir davon ausgehen, dass es eine freie Berufswahl gibt - es soll möglichst jeder den Beruf erlernen können, den er sich wünscht -, wissen wir, dass wir soundso viele nicht unterbringen können. Das Ganze muss uns in einem Verhandlungspaket als Ergebnis vorliegen.

Das Bundespaket war mit allen neuen Bundesländern gleich-

zeitig abzustimmen. Sie können sich vorstellen, dass jeder von diesem Kuchen möglichst viel abbekommen wollte. Die Abstimmungen dazu waren nicht ganz leicht. Sie wissen, dass wir auch sehr aufgeatmet haben, als wir diese 3 500 Stellen bekamen. Andere haben darüber diskutiert, dass wir über die Bundesebene weit weniger bekommen sollten. Das hätte bedeutet, dass unser Programm noch viel größer hätte ausfallen müssen. Ich werde mich jedenfalls auch dafür einsetzen - ich habe das von den jungen Leuten und ihren Eltern sehr deutlich übermittelt bekommen, was Sie selbst auch aufgegriffen haben -, dass die Programme eher kommen, weil man denjenigen auch eher Sicherheit geben muss.

Ich bedanke mich ganz besonders bei denjenigen Firmen, Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeistern, die sehr zeitig ihre Verträge mit den Jugendlichen abschließen. Sie dürfen für diesen zeitigen Abschluss nicht damit bestraft werden, dass man sagt: Die Förderung bekommt ihr nicht, weil ihr schon vor dem Programm abgeschlossen habt. - Damit muss ein für alle Mal Schluss sein. Wir sind auch mit dem Finanzministerium im Gespräch, um Lösungen zu finden. Das sage ich vor allem an die Adresse derjenigen, die ihren guten Willen sehr zeitig zeigen, damit wir dann auch mit den Zahlen, die wir jährlich in der Statistik haben, realistischer umgehen können.

Ich will Ihnen noch ein Beispiel nennen, welches die ganze Sache deutlich erhellt. Statistik ist ja für viele sozusagen ein Buch mit sieben Siegeln. Wir hatten vor kurzem ein Gespräch mit Herrn Jagoda. Ich meine jetzt nicht das gestrige hier in Potsdam, sondern eines etwas weiter im Lande. Ein Arbeitsamtsdirektor hat gesagt, dass er bis vor kurzem noch 2 000 Jugendliche hatte, die ein Lehrverhältnis gesucht haben. Das war die August-Zahl. Jetzt hat er noch etwa 60 Jugendliche, die suchen. Das heißt, hier steckt auch in der Statistik etwas, was wir aktuell viel besser haben müssten - aber die Statistik stelle ich nicht selbst auf, das könnte ich auch gar nicht -, weil wir immer darauf angewiesen sind, die Statistiken des jeweiligen Monats zugrunde zu legen. Ich bitte hierfür auch um Verständnis.

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Wir sind damit bei der nächsten Frage. Bevor ich die Fragestellerin bitte, noch einen Hinweis. Wenn Sie sich heute einer Kamera Auge in Auge gegenübersehen, liegt es daran, dass eine Fraktion darum gebeten hat, Aufnahmen von vorn machen zu lassen. Insofern wird Frau Thomas heute im Laufe des Tages im Plenarsaal auch einmal ihre Position, die sonst den Fotografen zugeordnet ist, verlassen. Ich bitte Sie, das bewusst zur Kenntnis zu nehmen.

Wir sind bei der **Frage 392** (Unterstützung des Vorschlags von EU-Kommissar Günter Verheugen zu einer Volksabstimmung über die EU-Osterweiterung durch Europa- und Justizminister Kurt Schelter), die auf Wunsch der Fragestellerin für die Frage 384 getauscht worden ist. Frau Hesselbarth, ich erteile Ihnen das Wort zur Formulierung.

Frau Hesselbarth (DVU):

Meine Frage bezieht sich auf das Interview des Ministers Prof. Dr. Schelter, was heute schon von Herrn Homeyer angesprochen wurde.

Meine spezielle Frage: Aus welchem Grunde wurde während der 15. Sitzung des Landtages Brandenburg am 17. Mai 2000 sowohl während der Aktuellen Stunde zum Thema „Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung“ als auch während der Debatte über den DVU-Antrag „Bundesratsinitiative zur Aussetzung der EU-Osterweiterung“ die Position der DVU-Frakti-

on, die Osterweiterung der EU um mindestens zehn Jahre zu verschieben, von der Landesregierung und insbesondere von Herrn Schelter, dem Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten, in schärfster Weise kritisiert, wenn Minister Dr. Schelter heute erklärt, dass er sich für den Vorstoß von EU-Kommissar Günter Verheugen zu einer Volksabstimmung über die EU-Osterweiterung einsetzt?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Schelter, Sie haben das Wort.

**Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten
Prof. Dr. Schelter:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Abgeordnete, ich hatte eigentlich erwartet, dass Sie nach wiederholter Lektüre Ihrer Frage diese Frage zurückziehen. Sie ist schlichtweg unverständlich. Ich verstehe sie nicht. Ich sage Ihnen, es bleibt dabei: Die Forderung der DVU, die Osterweiterung der Europäischen Union um zehn Jahre zu verschieben, ist eine unverantwortliche Absage an die politischen Herausforderungen, vor die uns das neue Jahrhundert in Europa stellt, und sie zeigt, dass die DVU viel länger als ein Jahrzehnt hinter der europäischen Realität zurückgeblieben ist.

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Richtig ist, meine Damen und Herren, die Osterweiterung wird große Chancen, aber auch Risiken für die Bewerberstaaten und die Europäische Union mit sich bringen und darüber - über beides - müssen wir mit den Bürgern reden. Gespräche, Informationen, Offenheit und Glaubwürdigkeit sind angesagt. Das ist mein dringender Rat und das deckt sich in der Tat mit dem Anliegen von Kommissar Verheugen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen keine Volksabstimmung, aber wir brauchen die Zustimmung der Bürger zu einer vernünftigen und überzeugenden Politik mit Herz und mit Verstand. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Wir sind bei der **Frage 385** (Novellierung des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes), gestellt vom Abgeordneten Dr. Wiebke. Bitte sehr!

Dr. Wiebke (SPD):

Der FDP-Politiker Graf Lambsdorff hat am Tag des Eigentums vor Alteigentümern die Forderung erhoben, das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz grundlegend zu novellieren. Ziel müsse es sein, alle Ansätze einer alteigentümerfreundlichen Regelung voll auszuschöpfen.

Im gleichen Zusammenhang fordert Lambsdorff zum Entwurf des Vermögensrechtsänderungsgesetzes die Befassung des Vermittlungsausschusses im Bundesrat, um den Alteigentümern die bisherigen Verbilligungstatbestände beim Flächenerwerb zu sichern.

Ich frage die Landesregierung, wie sie die Gefahren für den Bestand des Kompromisses im EALG und den Rechtsfrieden zwischen den Konfliktparteien einschätzt.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Schelter, Sie haben erneut das Wort.

**Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten
Prof. Dr. Schelter:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter, Graf Lambsdorff hat in seinem langen politischen Leben viel Kluges gesagt und auch viel Kluges geschrieben. Worauf Sie sich beziehen zählt meines Erachtens nicht dazu.

Das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz ist erst nach einem sehr langwierigen und äußerst schwierigen Gesetzgebungsverfahren zustande gekommen. Es ist ein Kompromiss und hat seine Grundlage in der Gemeinsamen Erklärung vom 15. Juni 1990, die Bestandteil des Einigungsvertrages ist, und in der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23. April 1991. Diese Entscheidung ist zu den Enteignungen auf besatzungsrechtlicher und besatzungshoheitlicher Grundlage ergangen und ist vom Gericht zwischenzeitlich, wie Sie wissen, in mehreren Urteilen auch bekräftigt worden. Gegen verschiedene Regelungen dieses EALG sind Verfassungsbeschwerden anhängig, auf die sich Graf Lambsdorff bezieht. Eine abschließende Entscheidung dazu ist noch nicht ergangen.

Die Landesregierung erwartet nicht, dass das Bundesverfassungsgericht eine grundlegende Novellierung dieses Gesetzes aufgeben wird und der mühsam erzielte Kompromiss verlassen werden muss. Spekulationen über den Ausgang der Verfassungsbeschwerden sind nicht hilfreich und schaden vor allem der Rechtssicherheit und auch dem Rechtsfrieden in den neuen Ländern. Das Gesetzgebungsverfahren zum Vermögensrechts-ergänzungsgesetz, von dem in der Anfrage die Rede ist und mit dem einzelne Regelungen des EALG über den Flächenerwerb den Vorgaben der Europäischen Kommission angepasst worden sind, ist zwischenzeitlich weitgehend abgeschlossen. Das Plenum des Bundesrates hat diesem Gesetz am 14. Juli zugestimmt, ist also dem Vorschlag von Graf Lambsdorff nicht gefolgt. Eine Anrufung des Vermittlungsausschusses ist nicht erfolgt. Einen Antrag, mit dem begehrt wurde, das Gesetz zunächst nicht in Kraft treten zu lassen, hat das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 8. August dieses Jahres zurückgewiesen. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Wir sind bei der **Frage 386** (Verschärfung des Strafrechts und des Strafverfahrensrechts), Herr Homeyer, Sie haben jetzt Gelegenheit, Ihre Frage zu stellen.

Homeyer (CDU):

Den Medien war zu entnehmen, dass der Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten, Prof. Dr. Schelter, derzeit einen Gesetzentwurf erarbeitet, der kurzfristig in den Bundesrat eingebracht werden soll. Dieser Gesetzentwurf soll beabsichtigen, den Straffrahmen für Gewalttaten, die aus Hass gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe oder aus sonstigen niedrigen Beweggründen begangen wurden, zu erhöhen. Auch soll beabsichtigt sein, die Begehung einer solcher Straftat als eigenständigen Haftgrund in die Strafprozessordnung einzuführen und deutsche Täter, die im Ausland extremistische Propagandadelikte begehen, in Deutschland strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Verfahrensstand hinsichtlich dieser Initiative?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Schelter, Sie haben erneut Gelegenheit, eine Frage zu beantworten. Bitte sehr!

**Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten
Prof. Dr. Schelter:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Homeyer, ich darf die Antwort wie folgt vortragen: Der Entwurf eines Gesetzes zur verbesserten Bekämpfung extremistischer Gewalttaten und anderer extremistischer strafbarer Handlungen wird in der Kabinettsitzung am 26. September 2000 behandelt werden. Ich rechne fest mit seiner Verabschiedung, nicht nur, weil ich an diesem Tag Geburtstag habe.

(Heiterkeit)

Die Landesregierung wird den Entwurf dann umgehend in den Bundesrat einbringen, der ihn aller Voraussicht nach noch in der Plenarsitzung am 29. September 2000 behandeln wird. Ich werde das Anliegen Brandenburgs mit diesem Gesetzentwurf im Plenum des Bundesrates darstellen und auch begründen.

Lassen Sie mich ganz kurz zu diesem Vorhaben, das in den vergangenen Wochen und Tagen nicht immer ganz sachkundig erörtert worden ist, Folgendes anmerken:

In unserem Land werden immer wieder Menschen geschlagen und misshandelt, nur weil sie Fremde sind oder auch nur fremd aussehen. Hass auf Menschen, weil sie anders sind, ist besonders verwerflich, weil er die jedem Menschen zustehende Würde verletzt. Unser Land und sein Ruf nehmen durch solche Übergriffe schweren Schaden. Ich erinnere nur an die Äußerungen namhafter Bundespolitiker in den letzten Tagen und an die Berichte in den in- und ausländischen Medien dazu.

Deshalb bin ich der Auffassung, dass Straftaten, die mit einer solchen menschenverachtenden Motivation begangen werden und deshalb oft von besonderer Brutalität des Täters gekennzeichnet sind, härter bestraft werden müssen als Taten, die diese besonderen Merkmale nicht aufweisen.

Meine Damen und Herren! Diese Wertung ist nichts Neues; sie ist im geltenden Strafrecht bereits angelegt: Wer einen Menschen tötet, wird als Mörder bestraft, wenn er aus niedrigen Beweggründen gehandelt hat. Hass, insbesondere Rassenhass, ist ein solcher niedriger Beweggrund. Das hat die höchstgerichtliche Rechtsprechung schon vor Jahrzehnten festgestellt.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen der Frage nicht ausweichen, ob das geltende Recht noch eine ausreichende Basis für den Schutz vor der extremistischen Herausforderung ist. Lassen Sie uns in die 70er und 80er Jahre zurückdenken, als es um die Bedrohung durch den Linksextremismus und den Linksterrorismus ging.

Der Rechtsstaat - das ist jedenfalls meine Überzeugung - muss ohne Verzug und entschlossen reagieren, wenn er durch brutale Schläger ganz gezielt herausgefordert wird. Er darf nicht in die Defensive geraten und Unschärfen des geltenden Rechts bei unseren Staatsanwälten und Richtern abladen. Deshalb ist der Gesetzgeber meines Erachtens jetzt gefordert, ein deutliches Signal zu setzen. Zu warten und zu zögern, das erzeugt nur Zweifel an unserer Entschlossenheit und lässt die Bürger, von denen wir ja mehr Zivilcourage im Kampf gegen extremistische Gewalt erwarten - wir erwarten das Hinsehen, nicht das Wegsehen -, allein. Das darf nicht geschehen. Deshalb nehme ich es auf mich, trotz mancher unberechtigter und zum Teil auch unfairer Kritik weiter dafür zu kämpfen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Wir kommen zur **Frage 387** (Stellungnahme zum Lärmgutachten BBI), gestellt von der Abgeordneten Frau Tack. Sie haben jetzt Gelegenheit, Ihre Frage zu formulieren.

Frau Tack (PDS):

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen hat eine Beurteilung des bisherigen Lärmgutachtens für das Planfeststellungsverfahren zum Großflughafen BBI erstellt. Demnach soll das Lärmgutachten mangelnde akustische Fachkompetenz aufweisen und den Anforderungen einer lärmmedizinischen Beurteilung nicht gerecht werden.

Ich frage die Landesregierung: Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen für das laufende Planfeststellungsverfahren?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Meyer, Sie haben das Wort.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Tack, die angesprochene Stellungnahme des MASGF wird selbstverständlich wie alle anderen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange in die Erörterungstermine und in das abschließende Entscheidungsverfahren einbezogen. Auswirkungen auf den Ablauf des laufenden Planfeststellungsverfahrens selbst sehe ich zurzeit nicht. - Danke schön.

Präsident Dr. Knoblich:

Das ging aber schnell. - Wir sind bei der **Frage 388** (Zukunfts-paket Schiene), Herr Vogelsänger, Sie haben jetzt Gelegenheit, Ihre Frage zu formulieren. - Herr Minister Meyer, Sie können gleich hier vorn bleiben.

Vogelsänger (SPD):

Die Bundesregierung plant, zusätzlich zu den bisher veranschlagten Mitteln weitere 2 Milliarden DM - Stichwort: UMTS - für die Sanierung des Schienennetzes sowie für Aus- und Neubaumaßnahmen von Strecken zur Verfügung zu stellen.

Ich frage daher die Landesregierung: Liegen der Landesregierung Zusagen oder Hinweise der DB AG über die Verwendung eines Teils dieser zusätzlichen Mittel auf dem Gebiet des Landes Brandenburg vor bzw. welche Strecken werden nach Erkenntnissen der Landesregierung betroffen sein?

Präsident Dr. Knoblich:

Bitte, Herr Minister!

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vogelsänger, der Landesregierung liegen leider keine Zusagen oder Hinweise der Bundesregierung bzw. der Deutschen Bahn AG über die Verwendung eines Teils dieser zusätzlichen Mittel auf dem Gebiet des Landes Brandenburg vor. Das Land Brandenburg fordert allerdings vom Bund, vordringliche Vorhaben in das aufzustellende Bauprogramm aufzunehmen. Das ist zum einen die Fortsetzung des Ausbaus der

Strecke Berlin - Frankfurt, die bekanntermaßen von der Bahn in ihrer Durchführung unterbrochen worden ist. Das zweite Projekt wäre der Ausbau der Strecke Berlin - Cottbus einschließlich des Baus des zweiten Gleises auf dem Abschnitt Lübbenau - Cottbus. Das dritte wichtige Vorhaben betrifft den Ausbau der Strecke Berlin - Dresden. Da mit diesem Vorhaben die Dresdner Bahn im Zusammenhang steht, möchte ich Missverständnissen deutlich vorbeugen: Eine Fertigstellung dieser Strecke muss vor Inbetriebnahme des BBI Schönefeld erfolgen.

(Frau Tack [PDS]: Dann hat es ja noch Zeit!)

Oft wird in diesem Zusammenhang die Hamburger Bahn angesprochen. Das ist für uns kein Thema. Diese Zusage hat der Bundeskanzler gegeben. Also ist das positiv entschieden. Das heißt für mich auch, dass auf die Kommunen keine unzumutbaren Beteiligungen im Zusammenhang mit dem Eisenbahnkreuzungsgesetz zukommen. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Schönen Dank. - Herr Homeyer, Sie haben Gelegenheit, die **Frage 389** (Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität) zu formulieren.

Homeyer (CDU):

Grenzüberschreitende Kriminalität - insbesondere die organisierte Kriminalität - erfordert sowohl von unserem Nachbarn Polen als auch vom Land Brandenburg große Anstrengungen. Eine gut organisierte Zusammenarbeit des Grenzschutzes mit den jeweiligen Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften im Grenzgebiet ist hierfür unabdingbar, etwa durch die Einrichtung einer gemeinsamen Koordinierungsstelle.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, kurzfristig die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität zu verbessern?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Schönbohm, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Homeyer, nach der polizeilichen Kriminalstatistik haben sich die Straftaten in der Grenzregion im Jahr 1999 gegenüber 1998 um 5 780 auf 34 505 verringert. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Dennoch verzeichnen wir in diesem Bereich immer noch eine höhere Kriminalitätsbelastung als im Landesdurchschnitt.

Die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität macht uns natürlich an der Außengrenze der Europäischen Union besondere Sorgen. Aber wir wissen auch, dass internationale Kriminalität nur international zu bekämpfen ist. Darum arbeiten wir gemeinsam daran, im Rahmen der EU und mit unseren polnischen Nachbarn die Bekämpfungsstrategien zu verbessern und kriminelle Strukturen von Organisationen zu erkennen und zu zerstören und dabei vor allem die Hintermänner zu enttarnen. Schnelle Erfolge wird es nicht geben. Hier müssen wir langfristige Strategien entwickeln und auf die langfristig angelegte Zusammenarbeit mit allen zuständigen Stellen setzen.

Die Kooperation mit dem Bundesgrenzschutz war erfolgreich und hat sich sehr gut bewährt, besonders in den Deliktfeldern Schleusungs- und Bandenkriminalität, Menschenhandel, Kfz-

und Baumaschinenverschiebung sowie illegaler Zigarettenhandel.

Wir haben gemeinsame Einsatzschwerpunkte gebildet und sagen, dass sich dies bewährt hat. Wichtig zu sagen ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft des Landes Brandenburg, insbesondere der Schwerpunktstaatsanwaltschaft Frankfurt (Oder), wirklich sehr gut ist und dass sich hierbei gezeigt hat, dass sich die Entscheidung, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität dort zu konzentrieren, bewährt hat.

In unserem Polizeigesetz haben wir wichtige Instrumente im Kampf gegen die grenzüberschreitende Kriminalität vorgesehen. Hierzu gehören auch die verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen oder auch die lagebildabhängigen Kontrollen, wie Sie wissen.

Wir haben bei der Polizei regelmäßige Sprachkurse und auch Seminare beim Landeskriminalamt als Voraussetzung zum Erlangen der Fähigkeit zum internationalen Handeln eingerichtet.

Wir wollen in Zukunft die Kontakte zu ausländischen Polizisten intensivieren. Dazu gehören auch die Erfahrungen beim Einsatz im Kosovo. Das gehört mit zu den Schulungen für den internationalen Umgang.

Wir haben uns im Rahmen der Innenministerkonferenz auf Leitlinien für die Schaffung von internationalen Ermittlungsgruppen verständigt. Dazu laufen zurzeit Verhandlungen auf der EU-Ebene. Die Beziehungen zwischen der polnischen und der brandenburgischen Polizei sind gut, soweit die Sprachbarrieren überwunden werden. Hieran müssen beide Seiten weiter arbeiten.

Wir haben im Jahr 1995 ein Abkommen geschlossen, auf dessen Grundlage die Zusammenarbeit gut funktioniert. Wir wollen im nächsten Monat eine gemeinsame Besichtigung mit Polen und dem BGS durchführen, und zwar wollen wir das deutsch-französische Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit in Offenburg besuchen, um dort zu zeigen, wie es funktioniert. Ich bin mir mit Innenminister Schily darüber einig, das sozusagen in Frankfurt (Oder) zu implantieren. Wir brauchen hierfür noch die Zustimmung der polnischen Seite. Dies ist auf einem guten Weg.

Gespräche mit der polnischen Regierung - auch im Januar dieses Jahres, als ich gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten in Warschau war - zeigen, dass die polnische Seite ein großes Interesse daran hat, die Zusammenarbeit zu intensivieren. Ich hoffe darauf, dass das im Jahr 1995 geschlossene Abkommen weiterentwickelt wird. Auf deutscher Seite ist es fertig verhandelt, die polnische Seite muss jetzt zustimmen.

Letzter Punkt, meine Damen und Herren, auch im Zusammenhang mit der Frage an Herrn Kollegen Schelter: Die Osterweiterung ist ein wichtiger Punkt und die gemeinsame Sicherheit ist in diesem Zusammenhang von herausragender Bedeutung. Darum, meine ich, ist das polnische Interesse an dieser Sache ganz eindeutig zu unterstellen. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich bedanke mich auch. - Nun hat Frau Dr. Enkelmann Gelegenheit, ihre **Frage 390** (Droht den Brandenburger Alleen das Aus?) zu stellen.

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg sind in großer Sorge um die Zukunft eines wichtigen Kulturgutes des Landes, unsere Alleen. Die Vorgaben der Bundesregierung könnten das Aus für viele, insbesondere an Bundes- und Fernstraßen, bedeuten.

Ich frage die Landesregierung, welche Maßnahmen sie ergreifen will, um das zu verhindern.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Meyer, Sie haben erneut das Wort.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Enkelmann, der Landesregierung ist eine Vorgabe der Bundesregierung, die das Aus für Alleen bedeutet, nicht bekannt.

Unsererseits sind das Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung und das MSWV in der Endphase der Erarbeitung einer gemeinsamen Richtlinie, die den Erhalt der Alleen sichern soll und z. B. bei natürlichem Abgang Nachpflanzungen vorsieht. - Schönen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf, Herr Minister.

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Herr Minister, auf einer Fachtagung im Rahmen der Augsburger Baumtage im März dieses Jahres hat ein Mitarbeiter Ihres Hauses - falls Sie den Namen wissen wollen, kann ich Ihnen den gern geben - Folgendes ausgeführt - mit Ihrer gütigen Erlaubnis, Herr Präsident, würde ich zitieren -:

„Entwicklungskonzepte zur Raumordnung und Straßennetzentwicklung im Land“

- also im Land Brandenburg -

„sollen letztlich zu einem überörtlichen Straßennetz ohne Bäume oder mit Bäumen in ausreichendem Abstand vom Straßenrand führen. Die Alleen der Zukunft sollen künftig an Verbindungswegen des sanften Tourismus stehen und weitgehend flussläufig oder wieder per Pferd oder Kutsche erlebbar werden.“

Zurück zur Postkutsche! Also, welche Aussagen stimmen denn nun - die Ihres Mitarbeiters oder gilt das, was Sie hier verkündet haben?

Eine zweite Frage hätte ich. Es ist immer die Rede von einem besonderen Schutzstatus der Alleen im Land Brandenburg; es war die Rede von der Vereinbarung der beiden Ministerien. Ist auch eine Neuregelung der Beteiligungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern, von Kommunen oder Verbänden vorgesehen?

Minister Meyer:

Zur ersten Frage, Frau Dr. Enkelmann: Wir haben im Land Brandenburg ein quantitativ ausreichendes Straßennetz. Neutrassierungen werden nur in Ausnahmefällen vorgenommen und dann nur, wenn sie den Fernverkehr, die Güterverkehre flüssiger gestalten.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Kaiser-Nicht [PDS])

Das ist die Entwicklung des so genannten „Blauen Netzes“, bei dem es um den weiteren Ausbau, die Qualifizierung von Bundesstraßen geht. Da werden wir bei neuen Straßenabschnitten in der Tat - auch aus Gründen der Verkehrssicherheit und die dürfte auch für Sie nicht ganz ohne Bedeutung sein - einen entsprechenden Abstand wählen. Es kann bei Neutrassierungen auch vorkommen, dass wir parallel oder in etwa parallel zu alten Alleebäumen eine neue Straße anlegen und die alte Allee dann für touristischen Verkehr bzw. für langsam fahrende Fahrzeuge nutzen.

Es ist Inhalt und Absicht unserer gemeinsamen Richtlinie, den Alleenbestand in Gänze nicht zu gefährden. Also stimmt sowohl das, was der Mitarbeiter meines Hauses in Augsburg gesagt hat, als auch das, was der Minister Ihnen hier in der Bütt gesagt hat.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Wiebke [SPD])

Zum Zweiten, zum Schutzstatus.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Und Beteiligungsrechte von Bürgern!)

Schauen Sie, wir haben zwei Ministerien, die sehr verantwortungsbewusst mit dieser Frage umgehen, die das nicht nur einseitig betrachten, sondern eben auch die Fragen der Verkehrssicherheit mit einbinden - einbinden müssen -, und wir haben etwa vor drei Wochen den Zusammenschluss von 15 Verbänden, Verbünden, Initiativen usw. gehabt. Wenn diese dann mit einer Stimme reden, soll mir das recht sein. Wir werden sehr genau abwägen, ob wir ihre Vorschläge mit aufnehmen. Aber grundsätzlich ist es nun einmal so, dass die Richtlinienkompetenz im Land Brandenburg bei dem zuständigen Minister liegt. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Damit hat die Abgeordnete Frau Richstein Gelegenheit, ihre **Frage 391** (NPD-Verbot) zu formulieren.

Frau Richstein (CDU):

Aufgrund der anhaltenden rechtsextremistischen Übergriffe bundesweit entstanden Überlegungen, einen Antrag vor dem Verfassungsgericht in Bezug auf ein Verbot der NPD zu stellen.

Ich frage die Landesregierung, wie sie diese Forderung nach einem Verbot der NPD beurteilt.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Schönbohm, Sie haben erneut das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Richstein, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, NPD, wurde 1964 gegründet und sie hat bundesweit 6 000 Mitglieder. Im Land Brandenburg hat sie 200 Mitglieder. Die Mitgliederzahl stagniert, wobei wir von 1998 bis 2000 eine leichte Zunahme von 150 bis 200 Mitgliedern hatten.

Die NPD verfolgt - das ist durch die Rechtsprechung der obersten Bundesgerichte eindeutig bestätigt - verfassungsfeindliche Ziele. So sieht sie z. B. in einem nationalen Sozialismus die höchste Form der Volksgemeinschaft verwirklicht und will als sozialrevolutionäre Erneuerungsbewegung auf den Trümmern des Liberalismus ein neues Deutschland errichten.

Das kollektivistische NPD-Modell der Volksgemeinschaft ist unmittelbar gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes gerichtet. Die NPD propagiert eine aggressive, rassistisch geprägte Fremdenfeindlichkeit. Sie agitiert konsequent antisemitisch und leugnet die Verbrechen des NS-Regimes. Sie sucht entgegen ihren Bekundungen konsequent Kontakt zum militanten rechtsextremistischen Milieu, insbesondere zur Skinhead-Szene. Sie stellt der Szene z. B. ihre Infrastruktur für Veranstaltungen mit rechtswidrigen Inhalten zur Verfügung, z. B. für die Skinhead-Musik, organisiert Aufmärsche unter starker Skinhead-Beteiligung. Es gibt eine enge Zusammenarbeit zwischen der NPD und der am 14. September dieses Jahres bundesweit durch Verfügung des Bundesinnenministers verbotenen Skinhead-Vereinigung „Blood & Honour“.

Zum Pro und Kontra eines Verbots möchte ich einige wenige Anmerkungen machen:

Die NPD ist die aggressivste rechtsextremistische Partei Deutschlands. Wegen ihrer Sammelbecken- und Unterstützerfunktion für das gewaltbereite Spektrum würde die Zerschlagung der Infrastruktur insbesondere die Militanz des Rechtsextremismus in Deutschland für eine Weile schwächen und ein Verbot hätte eine deutliche Signalwirkung an die internationale Öffentlichkeit. Es geht hierbei also um eine politische Wirkung. Damit wird gezeigt, dass Deutschland konsequent alle Mittel seiner Verfassung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus nutzt.

Aber es ist dabei auch zu berücksichtigen, dass die Anhänger und Mitglieder in großem Maße überzeugte Mitglieder sind, die unbelohnbare Rechtsextremisten sind. Bereits jetzt werden Strategien für ein abgestimmtes Ausweichen der NPD-Mitglieder in befreundete, nahe stehende Organisationen im Falle eines Verbotes diskutiert. Insgesamt könnte man einen Verdrängungseffekt und eine vorübergehende Schwächung feststellen, aber die Signalwirkung wäre bedeutend.

Ich möchte, bevor ich auf die Risiken eingehe, nur noch einmal daran erinnern, dass wir in der Zeit, in der ich im Lande dafür Verantwortung habe, im Kampf gegen Rechtsextremismus auch vor dem Hintergrund der wieder begonnenen Diskussion eine erhebliche Verstärkung vorgenommen haben. Ich habe gerade angewiesen, die MEGA in ihrem Personalbestand zu verdoppeln. Ich habe im März, lange bevor die Diskussion anging, angewiesen, dass wir alle rechtsstaatlichen Mittel nutzen. Wir haben dies in einem Erlass zusammengefasst. Ich glaube, alle Fachleute sind sich darüber einig, dass wir im Lande Brandenburg mit den Mitteln des Rechtsstaates und der Repression alles tun, was möglich ist. Darüber hinaus geht es auch um andere Ursachen, über die hier im Parlament schon verschiedentlich diskutiert wurde.

Dennoch muss man sich auch darüber im Klaren sein, dass, bezogen auf die Auflösung der Partei, dies das letzte Mittel unserer Verfassung ist.

Das letzte Parteienverbot in Deutschland liegt 44 Jahre zurück. Im Jahre 1956 wurde die KPD verboten. Die in dem seinerzeitigen Urteil definierten Maßstäbe und Abwägungskriterien sind durch die zeitgeschichtlichen und geostrategischen Rahmenbedingungen auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges geprägt und insoweit nur bedingt übertragbar auf das Verbot einer rechtsextremistischen Partei unter den Bedingungen eines in den letzten Jahrzehnten gewachsenen Verfassungsverständnisses. Von daher gesehen sind bei der Abwägung der rechtlichen Risiken keine höchstrichterlichen Urteile aus den letzten Jahrzehnten verfügbar. Ich gehe davon aus, dass dies wohl eine der schwierigsten Entscheidungen werden wird.

Daher kommt es jetzt grundlegend darauf an, eine sorgfältige Prüfung der tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für einen Verbotsantrag vorzunehmen; denn ein Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht hätte unabsehbare Folgen für die gesamte Diskussion in unserem Lande und staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremismus würden auf lange Zeit diskreditiert.

Wo stehen wir jetzt? Aufgrund der öffentlichen Diskussion wurde unter Leitung des Bundesinnenministeriums am 11. August eine Arbeitsgruppe gebildet, die die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden aller Bundesländer und des Bundes zusammenträgt und im Hinblick auf die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen eines Verbotsantrages im Sinne des Artikels 21 Abs. 2 des Grundgesetzes prüft.

Ich möchte hinzufügen, dass wir dazu wichtige Beiträge geleistet haben. Aber wenn die Vertreter Bayerns sagen, sie hätten wichtige Erkenntnisse, die zu einem Verbot führen würden, hängt das auch damit zusammen, dass Bayern immer einen sehr leistungsfähigen Verfassungsschutz gehabt hat, der in der Lage ist, sich mit den extremistischen Kräften auseinander zu setzen.

Wir sind durch unsere Abteilung V - das ist die Verfassungsschutzabteilung - in dieser Arbeitsgruppe vertreten und haben umfangreiche Beiträge leisten können durch Erkenntnisse, die wir in der Parlamentarischen Kontrollkommission im Einzelnen erörtert haben.

Zu der Zeitplanung und zu den erzielten Zwischenergebnissen der Arbeitsgruppe wurde zwischen dem Bund und den Ländern Vertraulichkeit vereinbart. Wir halten jedoch fest, dass die politischen Gremien, die über einen Verbotsantrag zu befinden haben - als Antragsteller kommen die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat infrage -, im Laufe des nächsten Monats ein fundiertes Votum zu den Aussichten eines Verbotsverfahrens vorlegen werden. Ich gehe davon aus, dass in den nächsten vier Wochen hierüber Klarheit besteht.

Meine Damen und Herren, ein Verbot der NPD wäre aus den dargelegten Gründen mit Sicherheit wünschenswert, aber nur dann, wenn die Erfolgsaussichten eindeutig positiv eingeschätzt werden. Oder anders gesagt: Mir wäre es lieber gewesen, nicht darüber zu diskutieren, sondern dann zu entscheiden, wenn die Voraussetzungen dafür da sind, und nicht durch diese Diskussion die NPD bekannt zu machen und weiter in aller Munde zu bringen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Von daher gesehen wäre es besser gewesen - das habe ich auch meinem bayerischen Kollegen Beckstein, mit dem ich gestern Abend diskutiert habe, gesagt -, erst Sachverhalte zu klären und dann zu entscheiden. Über Parteienverbote diskutiert man nicht, Parteienverbote vollzieht man, wenn die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen sind. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, es gibt noch Klärungsbedarf. - Frau Richstein, bitte!

Frau Richstein (CDU):

In der vergangenen Woche wurde die rechtsextremistische Gruppierung „Blood & Honour“ verboten. Ich frage die Landesregierung, welche Erkenntnisse dieses Verbot im Lande Brandenburg gebracht hat.

Minister Schönbohm:

Frau Abgeordnete Richstein, die Organisation „Blood & Honour“ ist nach dem Vereinsgesetz verboten worden. Im Zusammenhang damit haben wir in Brandenburg sechs Untersuchungen vorgenommen. Bei diesen Untersuchungen haben wir umfangreiches Material sichergestellt, besonders indizierte Musik, also CDs und Kassetten. Wir haben erhebliche Geldbeträge und vor allen Dingen verbotenes Propagandamaterial sichergestellt.

Aus den Untersuchungen hat sich eindeutig ergeben, dass es einen sehr engen Zusammenhang zwischen „Blood & Honour“ und der NPD gibt, sodass man sagen muss: Die Entscheidung des Bundesinnenministers, die mit den Ländern abgestimmt worden ist, war richtig und wird weiter konsequent durchgesetzt.

Präsident Dr. Knoblich:

Herzlichen Dank. - Wir sind damit am Ende der Fragestunde. Ich schließe Tagesordnungspunkt 1 und rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Stunde**Thema:****10 Jahre Wiedervereinigung****Antrag**

der Fraktion der CDU

Die Aktuelle Stunde wird mit dem Beitrag der beantragenden Fraktion, der CDU, eröffnet, Frau Blechinger, bitte!

Frau Blechinger (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 22. August 1990 hat die erste frei gewählte Volkskammer der DDR den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes zum 3. Oktober 1990 beschlossen. Die deutsche Teilung fand ihr Ende und es ist insbesondere dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl gelungen, die damit verbundenen Ängste unserer Nachbarn in Zustimmung zu verwandeln.

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Schippel und Kuhnert [SPD])

Viele erinnern sich sicherlich noch an die spannungsreichen, emotional bewegenden Wochen und Monate, die diesem Beschluss vorausgegangen sind, an die Gefühlslage aus Hoffnung, Freude, Erwartung und Erleichterung. Gerade weil die Erinnerungen vielfach unter der Last von zehn Jahren begraben liegen, will ich noch einmal deutlich machen, was damals in der DDR zu dieser Entscheidung geführt hat.

Da wären zuerst die massiven Einschränkungen der persönlichen Freiheit zu nennen, die Verlogenheit und die Heuchelei amtlicher Verlautbarungen, die rücksichtslose Zerstörung der Umwelt besonders in den Chemieregionen, der Verfall der Innenstädte, ein vor aller Augen verrottendes Wirtschaftssystem, die Absurdität der öffentlichen Sprache in Zeitung oder Fernsehen, die alle Lebensbereiche durchziehende Schizophrenie.

Wie wenig aussagefähig die so genannten Wahlen waren, wurde spätestens in dem Augenblick deutlich, als sich die ersten Löcher in der Mauer zeigten und die Menschen in Scharen die DDR verließen. Und als die Mauer endlich gefallen war, damals im November 1989, gingen ein tiefes Gefühl der Befreiung und eine Welle der Freude mit uns Deutschen um die ganze Welt.

Diese Hochstimmung ist heute weitgehend einer Ernüchterung, teilweise auch Enttäuschung gewichen. Das ist nur zu verstehen, wenn man sich bewusst macht, was es heißt, wenn von heute auf morgen ein ganzes Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtssystem ausgewechselt wird, was es heißt, über Nacht eine völlige Veränderung der Lebensperspektiven, den Verlust eines sicher geglaubten Arbeitsplatzes, den Verlust erworbener Qualifikationen und Ansprüche, das Wertloswerden von Erfahrungswissen und Orientierungswissen verkraften zu müssen. Gerade das neue Rechtssystem hat dazu geführt, dass viele Ostdeutsche nicht über die notwendigen Erfahrungen und Qualifikationen für die Übernahme von Führungspositionen verfügen.

Auch wenn das dem Verstand einsichtig ist, hat das damit verbundene Gefühl der Minderwertigkeit das Zusammenwachsen behindert. Sicherlich sind auch Erwartungen enttäuscht worden, ist mit fremden Kriterien die Lebensleistung von Menschen bewertet worden, viel guter Wille nicht genutzt, sondern zurückgestoßen worden. Vor allem aber ist deutlich geworden, dass die 40 Jahre der Trennung, der unterschiedlichen Lebenserfahrungen uns stärker geprägt und zu geistigen und mentalitätsmäßigen Unterschieden geführt haben, als wir das in den Jahren davor wahrgenommen haben. Gemeinsame Fernsehprogramme reichen zur Identitätsstiftung eben nicht aus.

Allerdings wurde auch eine andere Spaltung sichtbar, die nicht entlang der gefallenen Grenze existiert, nämlich zwischen jenen, die die Wiedervereinigung von Herzen wünschten, und jenen, denen die Idee der Vereinigung längst lästig geworden oder von vornherein zuwider war. Schließlich ging es nicht nur um einen Wandel der Lebens- und Gesellschaftsordnung, sondern auch um die Rückgewinnung der nationalen Einheit. Nicht zufällig wurde der Ruf „Wir sind das Volk!“ bald ersetzt durch „Wir sind ein Volk!“, gewann die Passage vom „Deutschland, einig Vaterland“ des Textes der Nationalhymne von Johannes R. Becher, die jahrelang nicht mehr gesungen werden durfte, während der Demonstrationen in Leipzig immer mehr an Gewicht.

Es ging vielen Menschen im Osten nicht nur um Freiheit und Wohlstand, sondern auch um die Rückgewinnung einer Gemeinschaft, die ihnen etwas bedeutet hat, um die Einheit ihres Vaterlandes.

(Beifall bei CDU und SPD)

Dass dieser damalige nationale Impuls für fortwährendes Unbehagen gesorgt hat, hat etwas mit den Schwierigkeiten der Deutschen zu tun, sich zu ihrer Geschichte mit ihren guten und schlimmen Teilen zu bekennen und sie anzunehmen. Selbst die Inschrift am Reichstag „Dem deutschen Volke“ scheint einigen suspekt.

Dabei waren und sind es nicht nur Ostdeutsche, die Schwierigkeiten mit dem Begriff der Nation haben. Ich erinnere mich an Äußerungen von westdeutschen Intellektuellen, die die Teilung Deutschlands als wohlverdiente ewige Strafe für die Schuld am Weltkrieg ansahen und alle anderen zwingen wollten, dies ebenso zu tun, wobei sie natürlich nicht auf die Idee kamen, diese Strafe in der DDR abzusitzen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Auch die PDS muss sich fragen lassen, inwieweit sie inzwischen ein positives Grundverhältnis zur deutschen Einheit gefunden hat. Wenn man beispielsweise den Tenor der Großen Anfrage zum Thema wahrnimmt, erheben sich da Zweifel. Natürlich ist es zulässig, nach der Entwicklung der Zahl der Obdachlosen in Brandenburg zu fragen oder dem durchschnittlichen Nutzungsentgelt für Erholungsgrundstücke. Sicher, man

kann bei allzu großen Höhenflügen den Blick fürs Detail verlieren, das heißt aber noch lange nicht, dass die Froschperspektive die einzig angemessene ist.

(Beifall bei der CDU)

Wie es um das positive Grundverhältnis zur deutschen Einheit steht, ist eine Frage, die in mehrere Richtungen geht und sich letztlich an alle Deutschen richtet. Es gilt Mentalitäten zu verändern, das Gemeinsame zu suchen und nüchtern zu prüfen, was im Interesse der deutschen Einheit heute geboten ist, und gemeinsam herauszufinden, was für die Zukunft tragfähig ist.

Hier im Osten wird gern die Leistungsgesellschaft unter Generalverdacht für alle Übel gestellt. Vergessen wird dabei: Nur eine Leistungsgesellschaft schafft Wohlstand und macht den Sozialstaat erst möglich. Die Ergebnisse des entgegengesetzten Experiments liegen noch nicht so lange zurück.

Weil wir diese Leistungsgesellschaft wollen, gilt es zum anderen aber auch, Ungleichheiten auszugleichen. Die Erkenntnis, dass Freiheit unter dem Diktat der Gleichheit nicht bestehen kann, ist noch nicht verinnerlicht worden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Wohlstand kann nur bestehen in einer über Generationen reichenden, Gemeinschaft stiftenden Verantwortung, in der auch bestimmte Lebensrisiken abgesichert sind. Wohlstand ist nämlich nicht das Stück Beute, welches sich der Einzelne vor anderen sichert und an dessen Größe sich dann sein sozialer Status bestimmt, sondern auch verwirklichte Gerechtigkeit. Dass diese Gerechtigkeit voraussetzt, dass alle, die es wollen und über die Voraussetzung verfügen, am Erwerbsleben teilnehmen können, zeigt, dass wir noch ein ganzes Stück von dieser Gerechtigkeit entfernt sind.

(Beifall bei der PDS)

Vor wenigen Monaten haben wir hier im Landtag ausführlich über eine Frage debattiert, die entscheidend mit der Anerkennung der Lebensleistung der Ostdeutschen und ihrer Stellung im vereinigten Deutschland zu tun hat, der Lohnangleichung Ost/West. Die Angleichung der Lebensverhältnisse wie auch der Löhne und Gehälter bleibt eine gesamtdeutsche Aufgabe auch der nächsten zehn Jahre. Sie wird nur zu lösen sein, wenn wir auch in Zukunft berücksichtigen, dass Teilung sich nur durch Teilen überwinden lässt - eine Mahnung des letzten Ministerpräsidenten der DDR, de Maizière, die auch nach zehn Jahren nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat.

Dabei sollten wir nicht vergessen, dass das, was wir bisher erreicht haben, ohne die Solidarität der alten Länder nicht möglich gewesen wäre. Auch in den nächsten Jahren werden wir noch auf diese Solidarität angewiesen sein.

(Vietze [PDS]: Richtig!)

Die neuen Bundesländer haben fünf Wirtschaftsinstitute mit der Untersuchung der Wirtschaftsdaten der neuen im Vergleich mit den alten Bundesländern beauftragt und diese haben einen erheblichen teilungsbedingten Rückstand vorwiegend in den Bereichen der Infrastruktur und der Wirtschaftsförderung festgestellt. Auch die neuesten Steuerschätzungen zeigen, dass die strukturelle Steuerschwäche der neuen Länder in den nächsten Jahren kaum abgebaut wird und dass auch für das Jahr 2005 von einer kommunalen Steuerkraft in den neuen Ländern ausgegangen wird, die noch unter 50 % des Westniveaus liegen wird.

Die gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers und der Mi-

nisterpräsidenten der ostdeutschen Länder vom 30. Mai 2000 hat bereits zusammenfassend festgestellt, dass der Aufbau Ost eine zentrale gesamtdeutsche Aufgabenstellung ist, dass sich der wirtschaftliche und infrastrukturelle Aufholprozess der ostdeutschen Länder langsamer als ursprünglich erhofft entwickelt hat, dass eine verlässliche Fortsetzung des Aufbaus Ost als gesamtstaatliche Aufgabe im Zusammenhang mit der Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs sicherzustellen ist.

Meine Damen und Herren, wir Brandenburger müssen uns selbstbewusst der Aufgabe stellen, unsere eigene Identität zu entwickeln. Es ist sinnvoll, die enormen Entwicklungsvorteile im Vergleich mit allen osteuropäischen Staaten zu verdeutlichen, anstatt nur auf Angleichung mit dem Westen zu drängen. Daraus ist nicht zu schließen, dass die neuen Länder ihre Interessen auf dem Altar einer so genannten wirtschaftsliberalen Vernunft opfern sollten.

Mit einem Zitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ will ich verdeutlichen, was gemeint ist.

„Nein, der Osten braucht keine weiteren Milliarden Mark und keinen Solidarpakt II, dem zwangsläufig III und IV folgen müssten. Denn wenn man nur will, wird der Osten zum Fass ohne Boden. Dem Osten tut gut, was allgemein dem Aufschwung in Deutschland hilft: weniger Abgaben, weniger Bürokratie, kürzere Genehmigungsverfahren, mehr Wettbewerb, ein sparsamkeitsfördernder Finanzausgleich zwischen den Ländern, der Einsatz moderner Technologien, die Bereitschaft des Einzelnen, auf dem Arbeitsmarkt flexibel zu sein und vor allem in seine Ausbildung zu investieren. Und wenn der Osten dann immer noch ein wenig anders ist als der Westen, was spricht dagegen?“

Solche Kommentare sind inzwischen wieder möglich und man fragt sich, ob das nun verbohrt, zynisch oder blauäugig ist. Ohne eine angemessene Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und des Solidarpakts brauchen wir über Fragen der Lohnangleichung nicht zu reden. Aber, wie hieß es eben?

„Und wenn der Osten dann immer noch ein wenig anders ist als der Westen, was spricht dagegen?“

Dem kann ich nur entgegenhalten, was der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog am Tage seiner Vereidigung gesagt hat:

„Die Westdeutschen aber frage ich noch einmal, ob sie sich wirklich darüber klar sind, wie privilegiert sie vierzig Jahre lang waren. Und ich frage weiter, wie willkommen ihnen die Menschen in den neuen Ländern nun eigentlich sind. Können sie ins Haupthaus ziehen oder sollen sie in einem Anbau Ost wohnen bleiben? Wird akzeptiert, dass sie nach ihren eigenen Erfahrungen und Überzeugungen leben und mitbestimmen können, oder dürfen sie vielleicht nur mitspielen, wenn sie sich an die Spielregeln des Westens halten?“

Natürlich geht es bei der Vollendung der deutschen Einheit nicht nur um Geld. Vollendung von Einheit und Freiheit ist etwas anderes als die simple Angleichung des Ostens an den Westen. Sie hat mit Aufeinanderzugehen zu tun, mindestens aber mit dem Respekt voreinander. Es geht um Austausch von Erfahrungen, um die Chancen der Globalisierung gemeinsam zu nutzen und ihre Risiken zu minimieren. Es geht darum, dass auch die Ostdeutschen in Europa ankommen. Voraussetzung dafür ist, dass sie in Deutschland ankommen. Ohne nationale und regionale Identität, die für alle anderen Mitgliedsstaaten eine Selbstverständlichkeit ist, kann der europäische Gedanke nicht die Herzen erobern.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

sondern wird eher als Bedrohung empfunden. Das Jubiläum „300 Jahre Preußen“ im nächsten Jahr wird uns vor die Frage stellen, wie wir zu diesem Teil unserer Geschichte stehen. Die Erinnerung an die preußischen Tugenden halte ich beispielsweise für einen sinnvollen Beitrag zur Förderung der Identität Brandenburgs.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das, was an Verbindungsstiftendem heute vor allem wahrzunehmen ist, wird aus der Geschichte gewonnen. Ich meine damit beispielsweise private Spenden aus Ost und West zum Aufbau von Stadtschloss und Garnisonkirche in Potsdam oder der Frauenkirche in Dresden.

(Frau Tack [PDS]: Das ist nicht gleichzusetzen!)

Geschichte kann durch ihr Gewicht eine Last, aber auch eine Ermunterung bedeuten. Immer erwächst uns aus ihr eine Verantwortung. Bei allen Interessensauseinandersetzungen und all dem Tagesstreit bleibt eines wahr: Wo man auch das Werden des deutschen Volkes ansetzt, die Zeit der Trennung wird immer kürzer sein als die Zeit der Gemeinsamkeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Blechinger. - Das Wort geht an die Fraktion der PDS, Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Bisky.

Prof. Dr. Bisky (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die deutsche Einheit hatte, so sagt der Historiker Manfred Kossok, die richtigen Verlierer, aber sie hatte auch die falschen Gewinner.

(Beifall bei der PDS)

Wie immer man zur Einheit steht - Frau Blechinger, Sie müssen sich keine Sorgen machen, die Froschperspektive ist die von unten, die behalte ich gerne bei -.

(Beifall bei der PDS)

es gibt zur Einheit keine Alternative. Gestritten werden muss aber über die Wege, und da muss, glaube ich, weiter gestritten werden.

(Beifall bei der PDS)

Ich unterstreiche ausdrücklich das, was Ministerpräsident Stolpe und mit ihm andere Politiker in den vergangenen Wochen an anerkennenden Worten für die Aufbauleistungen der Menschen in den neuen Bundesländern und insbesondere in Brandenburg gefunden haben. Die Menschen hier hatten Umbrüche zu bewältigen, wie sie anderenorts in Deutschland nur wenige zu verkraften hatten. Ein Ende ist diesbezüglich nicht in Sicht.

Vielleicht sollte anlässlich solcher Stunden, über die wir reden, auch der Menschen gedacht werden, die hier im Landtag Brandenburg Gutes in die Landespolitik eingebracht haben. Ich denke an Regine Hildebrandt, an Otto Bräutigam und an Frau Simon.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wer heute die Milliarden-Investitionen der letzten zehn Jahre feiert, wird nicht umhinkönnen, die

Ergebnisse dieser einmaligen Kraftanstrengungen zu betrachten.

(Zuruf von der CDU)

Wir konstatieren Ergebnisse, die sich in einer modernisierten Infrastruktur, vor allem der Verkehrs- und Kommunikationsnetze, in sanierten Wohnungen und Städten, in einer deutlichen Verbesserung der Umweltsituation in ehemals hoch belasteten Regionen, in einem wesentlich breiteren Spektrum an Kultur- und Freizeitangeboten und in stabiler Versorgung mit Waren aller Art, an Reisemöglichkeiten, überhaupt an demokratischen Freiheitsrechten, wie sie die DDR nicht kannte, zeigen. Ich möchte das zu diesem Anlass ausdrücklich sagen.

Wenn wir all das und vieles mehr anerkennen und damit mit dem Blick auf die letzten Jahre der Deutschen Demokratischen Republik deutlich auf die Defizite dieses Staates hinweisen, dann verstellt uns dies jedoch auch nicht den Blick auf Defizite des Landes, in dem wir heute leben. Kritiklos sollten wir nie wieder vorgehen.

(Beifall bei der PDS)

Ich sage ausdrücklich - weil ich auch nichts von der rückwärts gewandten Rede halte -, in der DDR hätte es zwar eine desolate Infrastruktur gegeben, dafür hatte aber jeder Arbeit; das bringt nichts -: Jede Einseitigkeit bringt uns nicht weiter. Die Bundesrepublik wird dadurch nicht vorangebracht, Brandenburg auch nicht. Deshalb stellen wir auch heute fest, dass nach wie vor viele Menschen in diesem Land ohne Arbeit sind - über 200 000 immer noch -, dass die Abwanderung in die westlichen Bundesländer anhält - trotz hoher Arbeitslosigkeit fehlen zunehmend junge qualifizierte Menschen im Osten -, dass die ostdeutsche Wirtschaft zur Außenstellenökonomie ohne eigene Reproduktionsfähigkeit geworden ist - die industrielle Basis, die Export- und die Innovationskraft sind schwach -, dass die verfestigte Arbeitslosigkeit und die niedrigere Entlohnung die Nachfrage und so die Erschließung innerer Entwicklungspotenziale immer noch begrenzen. Im Jahre 2000 wird das reale Bruttoinlandsprodukt in den neuen Ländern zum vierten Male langsamer wachsen als im Westen. 1999 sank es sogar um fast ein Prozent.

Die Unterstützung wirtschaftlicher Entwicklung war weitgehend durch Leuchtturmpolitik bestimmt, die im Einzelnen hilfreich, in der Summe aber kontraproduktiv war. Da nützt es nichts, den Einsatz der Politik für die Leuchttürme zu loben. Wichtig ist, um mit Helmut Kohl zu sprechen, was hinten herauskommt. - Ich habe mit ihm wahrscheinlich weniger Schwierigkeiten als andere.

(Zuruf von der CDU)

Ja, wir hatten immer ein klares Verhältnis zueinander.

(Beifall bei der PDS)

Damit, dass zum Beispiel Dow Chemical für Leuna und Buna 9,5 Milliarden DM bekam, ist der Arbeitsmarkt nicht merkbar entlastet worden. Es wurden kapitalintensive Standorte unterstützt, wobei eher der Abbau von Arbeitsplätzen vorangetrieben wurde, statt neue zu schaffen.

Auch Brandenburg hat seine Leuchttürme. Ich nenne nur den Lausitzring und die mit ihm verbundenen, aber immer noch nicht erfüllten Hoffnungen auf Arbeitsplätze. Ich nenne die Investitionen des Landes in den Großflughafen Schönefeld. So hat jedes Land seine Leuchttürme, genauer, seine Leuchtturmfilialen. Nur, Arbeit gibt es nicht. In diesen Filialen fehlt es weiter an Forschung, an Entwicklung, an Marketing, an Leitungsstrukturen, was insbesondere für die im Zusammenhang mit dem

industriellen Kernpunkt prognostizierte Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen im Umfeld keineswegs günstig ist.

Den seit Jahr und Tag herbeigerufenen Mittelstand gibt es nach wie vor nicht. Es gibt Kleinbetriebe. 80 % der so genannten KMU haben weniger als eine Million DM Umsatz. Sie leiden unter Kapitalmangel und Niedrigpreisen. Sie sitzen in unzulänglichen, weil unproduktiven Liefernetzen fest und sind vielfach hoch verschuldet.

Mit beispiellosen Transferleistungen ist auch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen finanziert worden. Nur, die Lieferanten kamen überwiegend aus dem Westen, sodass der Aufbau Ost vor allem auch ein Konjunkturprogramm West war.

Wir verschweigen nicht, dass, während die Transfermittel im Osten vor allem verzehrt wurden, durch den Vermögenstransfer nach Westen vor allem westdeutsche Konzerne und Banken profitierten.

Dabei unterschätzen wir nicht, dass im Vergleich mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn durch die enormen Transferleistungen auch der durch Arbeitslosigkeit drohende soziale Absturz ganzer Bevölkerungsschichten deutlich gemindert wurde. Das würdige ich.

Nach wie vor vermissen wir eine Politik, die sich an der Lösung der konkreten wirtschaftlichen und sozialen Probleme orientiert. Nach wie vor regiert das selbstgefällige: „Das haben wir schon immer so gemacht; das haben wir noch nie so gemacht; da könnte ja jeder kommen.“ Dabei fehlt weiter die notwendige Verzahnung von Bildungs-, Beschäftigungs-, Struktur- und Technologiepolitik. Dabei sind so genannte innovative Ansätze in der Beschäftigungspolitik nur dazu da, das Einkommensniveau trotz der bekannten Folgen weiter zu senken. Dabei wird einer regionalen Vernetzung von Wirtschaft und ganzheitlicher Regionalentwicklung keine oder zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Angesichts der Entwicklungen auf europäischer Ebene und der unbestreitbaren Globalisierung der Märkte ist der Zug bald abgefahren, mit dem in den Regionen Ostdeutschlands Entwicklungs- und Selbstorganisationspotenziale entfaltet werden können, um aus der Krisenregion eine zukunftsfähige Region zu machen.

Weil das alles lange absehbar ist, haben wir seit Jahren unsere Vorschläge zur Gestaltung der Entwicklung, die auf die regionalen Potenziale setzt, eingebracht und werden das auch weiterhin tun. Dabei ist uns die Schwierigkeit eines solchen Entwicklungspfades bewusst und auch, dass das nötige Mehr an Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft nicht von heute auf morgen entsteht. Allein, erwarten Sie von uns nicht, dass wir nach Ablehnung all unserer Vorschläge das feiern, was Sie zu verantworten haben!

Die Defizite der DDR-Wirtschaft haben wir nie bestritten. Dafür sind zu viele in meiner Partei, die diese Defizite Jahre vor dem Untergang der DDR thematisiert haben. Dass wir jedoch das, was wir in den letzten Jahren ...

(Zuruf von der CDU)

- Hörte ich da eine Bemerkung aus der Partei Gerald Göttings? Das würde ich hier nicht empfehlen.

(Beifall bei der PDS)

Dass wir jedoch das, was wir in den letzten Jahren an wirtschaftlichem Kahlschlag erlebt haben, als alternativlos bejubeln, können Sie von uns nicht erwarten. Zu offensichtlich waren Prozesse der Marktberaumung, der über Treuhandanstalt staatlich sanktionierten Konkurrenzbeseitigung und Verschleuderung

von Werten. Der Aufbau Ost war ein Nachbau West. Alle Probleme, die in der alten Bundesrepublik seit Jahren auf der Tagesordnung standen, wurden gleichsam in den Osten transportiert und harren weiter einer Lösung, die die gesamte Republik auf einen sozialen und ökologischen Weg im geeinten Europa führt.

Eines sollte zehn Jahre nach dem Ende der DDR bei der Betrachtung von Siegen und Niederlagen hier im Hause nicht vergessen werden: Es geht nicht um Ost-West-Fragen, es geht nicht darum, die einen der Ostalgie zu schelten und den anderen ihre Westsicht anzukreiden. Ich habe erhebliche Zweifel, ob Sie von der Regierungskoalition das schon verstanden haben. Hier im Landtag sitzen wir als Brandenburger Politikerinnen und Politiker, die dem Wohl des Landes verpflichtet sind, und hier müssen wir die Probleme dieses Landes lösen. Es geht nicht darum, wer Recht hat, sondern ob hier im Land Arbeit geschaffen wird, ob unsere Kinder im Land eine Chance haben auf Betreuung, Ausbildung und Arbeit, ob unsere Alten und Kranken versorgt sind, ob alle eine Wohnung haben, ob wir unsere brandenburgische Kulturlandschaft erhalten und unsere natürlichen Lebensbedingungen sichern können. Darum geht es, das sind die konkreten Fragen, die vor uns stehen!

(Beifall bei der PDS)

Und, meine Damen und Herren, es wird in diesen Tagen viel von der inneren Einheit die Rede sein. Ich habe nichts gegen Vollendung der Einheit, ich habe nichts gegen die innere Einheit, aber ich sage Ihnen: Die innere Einheit wird erst sein, wenn im Freistaat Bayern vier Brandenburger Minister sind. - Ich bedanke mich.

(Lebhafter Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Prof. Dr. Bisky und erteile das Wort der Fraktion der SPD, Herrn Abgeordneten Fritsch.

Fritsch (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Thema „10 Jahre Wiedervereinigung“ haben wir die ersten beiden Beiträge gehört, die viel Bedenkenswertes und einiges Bedenkliches enthalten haben. Das ist auch in Ordnung so.

Lassen Sie mich zu Beginn meiner Ausführungen sagen, dass der Anlass, heute zehn Jahre deutscher Einheit gedenken zu können, für mich zuallererst ein sehr freudiger Anlass ist.

(Beifall bei SPD und CDU)

Man fragt sich ja, wenn man sich einem solchen Thema nähert: Wie fing das eigentlich an? Wann fing das eigentlich an? Man kramt in Erinnerungen, manchmal auch in seinem Fundus zu Hause. Dabei bin ich gestern auf ein altes Liederbuch gestoßen - Sie werden es gleich bemerken, kein Gesangbuch, sondern ein Liederbuch -, darauf stand „Leben, singen, kämpfen“; manch einer hat es noch.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Was Sie so zu Hause haben, das ist interessant! - Weitere Zurufe von der PDS)

- Da staunen Sie, Frau Enkelmann!

Das erste Lied - ich darf die ersten Zeilen zitieren - beginnt folgendermaßen:

(Zurufe von der PDS: Singen, singen!)

- Ich wollte nicht singen. Ich bin ausdrücklich gebeten worden, nicht zu singen.

(Vereinzelt Heiterkeit bei PDS und SPD)

Das erste Lied beginnt folgendermaßen:

„Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt,
lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland.“

Dieser Text ist jahrelang in der DDR nicht mehr gesungen worden.

(Vietze [PDS]: Aber im Westen auch nicht!)

sodass er vielleicht in Vergessenheit geraten ist, mir aber Anlass gibt zu sagen: Herzlichen Dank, Johannes R. Becher, für dieses frühe Programm!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie sehen daran: Der Prozess der Wiedervereinigung hat ganz offensichtlich eine sehr lange Geschichte. Er hat seine Wurzeln, wage ich zu behaupten, in der Gründung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten. Im Laufe der Jahre, im Laufe des politischen Agierens beider Seiten ist dieses Bemühen um Wiedervereinigung einmal mehr untergegangen, einmal mehr deutlich nach vorn getragen worden, latent aber eigentlich immer vorhanden gewesen.

Willy Brandt sagte zum Beispiel 1964:

„Die Mauer steht gegen den Strom der Geschichte.“

Das ist eine ganz klare politische Aussage, die sein politisches Handeln und Mühen die ganze Zeit seines Lebens geprägt hat, glaube ich, auch das seiner Nachfolger. Aber es kamen eben dann noch viele Jahre Mühen der Ebene oder - hier müsste ich sagen - Mühen der Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, bis wieder Willy Brandt am 10.11.1989 sagen konnte - dieses Zitat werden Sie alle besser kennen -:

„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“

Ich glaube, besser, kürzer, prägnanter kann man die Hoffnungen und Erwartungen und die Aufbruchstimmung der Wende wohl kaum auf den Punkt bringen.

(Zuruf von der PDS)

- Ich habe nur Herrn Brandt zitiert. Ich kann nicht jeden zitieren, sonst reicht meine Redezeit nicht.

Wer die Szenen der Maueröffnung, die sich in Berlin anschlossen, je vergessen wird, der scheint mir in der Tat ein armer Tropf zu sein. Aber Willy Brandt hat uns auch mit auf den Weg gegeben, damals noch beim SDP-Parteitag in Leipzig:

„Der Zug in die deutsche Einheit ist ins Rollen gekommen und wir müssen darauf achten, dass niemand unter die Räder kommt.“

(Beifall bei SPD und PDS)

Etwas vorsichtiger, diplomatischer formuliert, als es Oskar Lafontaines Art seinerzeit war, vielleicht auch heute noch ist, aber auch damals nicht sehr populär, nicht sehr gern gehört, trotzdem sehr richtig, wichtig und wahr.

Meine Damen und Herren, Deutschland ist nun seit zehn Jahren geographisch und staatlich eine wiedervereinigte Nation in einem zusammenwachsenden Europa. Nach 40-jähriger Teilung der Nation, nach 28 Jahren Stacheldraht und Mauer, nach dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch des Ostblocks haben vor allem die Bürger der ehemaligen DDR 1989 diesen Erfolg der Wiedervereinigung eingeleitet und errungen und darauf können sie stolz sein.

(Beifall bei SPD und CDU)

Stolz sein können wir aber auch - das gehört zur geschichtlichen und objektiven Wahrheit - , dass dieser schwierige Prozess in Deutschland ohne Blutvergießen vonstatten ging. Viele Brandenburger waren 1989/90 dabei, als es darum ging, die demokratischen Rechte in der DDR durchzusetzen. In Potsdam, in Frankfurt, in Cottbus, in Berlin, in Leipzig und in vielen anderen Orten unseres Landes war man engagiert dabei. Viele unserer Abgeordneten waren bereits damals engagiert dabei und sind es heute noch. Sie haben den Prozess des Aufbaus in den Kommunen und im Land vorangetrieben. Ich möchte allen Aktiven aus dieser Zeit, die es bis heute nicht aufgegeben haben, sich für ihr Land einzusetzen, ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Es ist richtig, dass es nur ein sehr kurzer historischer Moment in der Geschichte war, in dem diese Wiedervereinigung geschah. Die Zustimmung der Alliierten musste erreicht werden. Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen mussten geführt werden. Der Abzug der alliierten Truppen war Voraussetzung für den Beitritt der ehemaligen DDR zum NATO-Gebiet. Die schnelle Einführung der D-Mark musste organisiert werden. Das geschah zu einem Zeitpunkt, zu dem wir nur bedingt vorbereitet waren. Wir mussten die Wirtschafts- und Sozialunion ausfüllen. Die Erweiterung der EU bis an Oder und Neiße wurde vollzogen. Die Anerkennung des internationalen Status quo, wie er sich in der Folge des Zweiten Weltkrieges entwickelt hat, war ein wichtiger Punkt, um das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn nicht zu gefährden.

Die Anerkennung der Bodenreform war ein wesentlicher Schritt. Die Ausarbeitung des Einigungsvertrages war ein ebenso wichtiger Schritt, wobei man hierbei sicherlich sagen muss, dass federführend dabei die andere Seite war, was zu einigen Ecken und Kanten geführt hat. Wir haben darüber schon einiges gehört.

Eines muss man festhalten: Jedes einzelne dieser Probleme heute anzufassen, heute lösen zu wollen, würde Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern. Jetzt sind wir richtig angekommen in den Mechanismen politischer Willensbildung, gesetzgeberischer Verfahren und der Bürokratie. Damals musste das in Tagen, teilweise in Stunden entschieden werden. Es gibt in der Geschichte der Menschheit - glaube ich - keinen vergleichbaren Vorgang.

Dass es trotz dieser vielen zu lösenden Probleme gelang, diesen historischen Moment zu nutzen und unser Land wieder zu vereinen, ist vor allem der ersten und zugleich letzten frei gewählten DDR-Volkssammer zu verdanken, der Regierung unter Lothar de Maizière und der Bundesregierung unter Helmut Kohl, aber auch der Bereitschaft der Regierungen der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und unserer östlichen Nachbarn.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Ich denke, es lohnt sich heute an diese Zeit zu besinnen. Wer

erinnert sich schon an die Verhältnisse von 1990 so genau? Wer will sich überhaupt noch so genau erinnern? Es gab ein paar spannende Phasen, z. B. als über Nacht sämtliche Geschäfte plötzlich leergeräumt waren. Man wusste gar nicht wohin mit den vielen Konservendosen. Heute wären sie wahrscheinlich Sondermüll, damals sind sie auf der Kippe entsorgt worden. In den Regalen stand alles voller bunter Westprodukte. Jetzt haben es unsere Produkte schwer, wieder Marktanteile zu erreichen. Wenn wir über die Verhältnisse klagen, in denen wir jetzt leben, klagen wir im Verhältnis zu damals auf vergleichbar hohem Niveau. Das sollten wir nicht vergessen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Es ist viel passiert in den zehn Jahren. Neben der Errungenschaft der persönlichen Freiheit und Demokratie ist die durchschnittliche Anhebung des Lebensstandards vollzogen worden, ich betone ausdrücklich: die durchschnittliche Anhebung, denn die Spreizung des Lebensstandards innerhalb der Bevölkerung hat sich leider auch Westverhältnissen angepasst. Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit kommt dabei immer wieder von Neuem auf. Die Entwicklung von Infrastruktur, von Straßenbau, von Telekommunikation, von Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, von Krankenhäusern, von Pflegeheimen, von Sozialstationen, von Bildungseinrichtungen, von sozialem Wohnungsbau usw. ging in einem enormen Tempo voran.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs und mit medizinischen Dienstleistungen wurde innerhalb weniger Wochen sichergestellt, wenn sie überhaupt unterbrochen war. Der Aufbau von funktionierenden Verwaltungsstrukturen war im Jahr 1991 bereits zu einem vorläufigen Abschluss gebracht worden. Das hat sehr viel Kraft, Mühe und Engagement gekostet, war mit sehr viel Fleiß vor allen Dingen von Leuten von hier und von Partnern aus den alten Bundesländern verbunden. Wir haben die Verwaltungsunterstützung damals gern in Anspruch genommen. Wir müssen für diese Solidarität unsere Dankbarkeit aussprechen, aber auch anmahnen, dass wir sie noch eine Weile brauchen. Ohne die Hilfe aus dem Westen wären wir heute nicht dort, wo wir heute sind.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir haben - hiermit meine ich das Land Brandenburg - aber nicht nur auf die Hilfe von außen gewartet, sondern zu einem vergleichsweise hohen Preis Eigenleistungen erbracht. Die Entwicklung der Infrastruktur im Land, die Wirtschaftsförderung und Ähnliches haben eine hohe Kreditaufnahme zur Folge gehabt, die seinerzeit wichtig war, um den heutigen Stand zu erreichen, heute aber der Finanzministerin und uns allen die entsprechenden Probleme bereitet. Lediglich die erste Hälfte zur Angleichung der Lebensverhältnisse ist geschafft worden, sagte Bundeskanzler Schröder im August 2000.

Natürlich hat uns der Systemwechsel nicht nur blühende Landschaften gebracht, aber das haben wir wohl damals auch nicht so erwartet. Ob der Autor dieses Ausspruchs sich so ganz sicher war, weiß ich nicht. Wir haben erlebt, dass 40 Jahre der Trennung, dass 40 Jahre unterschiedlicher Entwicklung in beiden deutschen Staaten die Menschen doch mehr entfremdet haben als ursprünglich angenommen. Der Abbau dieser Entfremdung in den Köpfen - es ist nicht nur die Mauer in den Köpfen, nicht nur Kontrahaltung, sondern es ist die unterschiedliche Sozialisation - wird vermutlich eine Generation benötigen. Es ist umso erfreulicher, dass die heutigen Jugendlichen diese Entfremdung nicht mehr so stark empfinden und ganz selbstverständlich mit der neuen Realität im gemeinsamen Deutschland umgehen.

Trotzdem sagen wir immer noch Plastik und Plaste. Wenn ein Ostbürger aus seiner Vergangenheit plaudert und von seiner

Brigade berichtet, dann denkt manch alter Haudegen an drei Regimenter. Oder irre ich?

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS - Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Nicht nur das subjektive Empfinden, sondern die handfesten objektiven Realitäten sorgten für eine schnelle Ernüchterung nach 1990: der sprunghafte Anstieg von Arbeitslosigkeit als Folge des Wegbrechens der Ostmärkte, was man hätte wissen müssen - es wird immer behauptet, das sei nicht absehbar gewesen -, und der enorme Sanierungsbedarf der Firmen in der harten Wettbewerbssituation. Das war zwar erwartet worden, aber wohl nicht in einem derartigen Ausmaß und vor allem von einer derart langen Dauer.

Zur Sanierung der DDR-Wirtschaft wurde die Treuhandanstalt geschaffen. Der Gedanke, mit dem durch Privatisierung eingenommenen Geld die Wirtschaft und die Infrastruktur zu sanieren, war richtig, aber unter dem Strich vielleicht doch eher ein bescheidener Erfolg. „Privatisierung vor Sanierung“ - das war das Konzept. Manchmal muss man die Frage stellen: War es immer und an jeder Stelle richtig?

Wenn wir uns heute die finanziellen Verhältnisse der Treuhandanstalt anschauen, dann muss man im Rückblick und mit den heutigen Vergleichsmöglichkeiten diese durchaus als relativ geordnet defizitär einstufen; denn was sich heute bei der EXPO unter gleicher Führung vollzieht, ist fast noch beeindruckender.

(Beifall bei SPD und PDS)

Die sozialen Probleme, die mit der Arbeitslosigkeit und nicht nur mit dem Verlust von Arbeitseinkommen zusammenhängen, waren der Mehrzahl der DDR-Bürger unbekannt und schufen neue Probleme. Die Unzufriedenheit und das diffuse Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Macht des Geldes und der Macht der Bürokratie sind in vielen Familien eine Ursache für die zunehmende Aggressivität vor allem einiger Jugendlicher, die besonders gefährlich wird, wenn sie mit extremistischem und ausländerfeindlichem Gedankengut verstärkt wird. Es ist gut, dass der Landtag heute trotz aller Geburtswehen zu einer gemeinsamen Erklärung zu diesem Thema kommt.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube, eines dürfen wir nicht vergessen: Wenn rechtsextreme Parteien in Brandenburg Menschen mit rechtsextremer Gesinnung sammeln, dann sammeln sie - so schlimm es ist, dass sie es tun - das, was da ist. Und darin liegen die eigentlichen Ursachen. Menschen, die mit ihrer Gewaltbereitschaft und Menschenverachtung die Grundprinzipien menschlichen Zusammenlebens verlassen, werden hier eingesammelt. An der Stelle muss unsere Arbeit ansetzen. Hier muss Einfluss genommen werden.

Lassen Sie mich hier, weil es einfach existenziell ist für die Geschichte der Menschheit, einen ganz großen Bogen schlagen. Als Moses am Berg Sinai die Zehn Gebote in Empfang nahm, war auch das Fünfte dabei: „Du sollst nicht töten.“

Als wir „Wie der Stahl gehärtet wurde“ lasen, kam darin der schöne Satz vor

(Zuruf von der CDU: Pawel Kortschagin hat ihn gesagt!)

- Pawel Kortschagin hat ihn gesagt, richtig -:

„Das Kostbarste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur einmal gegeben.“

Und dann gehen wir noch ein paar Jahre weiter und lesen im Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Wenn wir diesen Bogen, der durch alle Gesellschaftsordnungen in allen Jahrhunderten gegolten hat, verlassen, gefährden wir die Existenz der Menschheit.

(Beifall bei SPD und PDS sowie vereinzelt bei der CDU)

- Da die rote Lampe blinkt, komme ich zum Schluss, um nicht vom Präsidenten abgeabelt zu werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können durchaus mit Selbstbewusstsein sagen: Es ist sehr viel geschafft worden in den letzten zehn Jahren, aber es ist auch noch sehr viel zu tun. Die Hände in den Schoß zu legen wäre das Falscheste, was wir tun können. Es wird uns gelingen, auch aus Brandenburg ein erfolgreiches Bundesland zu machen, nicht in regionalem Egoismus, sondern gemeinsam mit den anderen Bundesländern.

Lassen Sie mich zum Schluss zum Anfang zurückkehren und dieses wirklich auch als Anfang und Beginn für unsere zukünftige Arbeit betrachten:

„Lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland.“

(Beifall bei SPD und PDS sowie vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Fritsch und erteile das Wort der Fraktion der DVU, der Frau Abgeordneten Fechner.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir in einigen Tagen den 10. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands feiern, dann erfüllt es auch die Fraktion der Deutschen Volksunion mit Freude, dass es wieder ein einheitliches Deutschland gibt.

Wir in den neuen Bundesländern haben durch eine friedliche Revolution dafür gesorgt, dass die Grenze geöffnet und Deutschland wieder eins wurde. Westdeutsche Politiker der Altparteien haben sich nach dem Mauerfall lediglich als Trittbrettfahrer betätigt, denn erst als die Revolution nicht mehr aufzuhalten war, entdeckten sie plötzlich wieder die Präambel des Grundgesetzes mit der Forderung nach der Wiedervereinigung des deutschen Volkes.

Als Erich Honecker 1987 in der alten Bundesrepublik weilte, wurden für ihn sogar die roten Teppiche ausgerollt. Er wurde empfangen wie ein Staatsgast. Die endgültige Anerkennung der DDR durch die damalige Bundesrepublik war nur noch eine Frage der Zeit. Man kann heute rückblickend sagen, dass unter Kanzler Kohl ab Mitte der achtziger Jahre die Forderung nach der Wiedervereinigung aufgegeben wurde.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Die Teilung Deutschlands schien endgültig besiegelt. Nur die nationalen Kräfte in Westdeutschland, allen voran die Deutsche Volksunion,

(Gelächter bei der PDS)

hatten die Forderung nach Wiedervereinigung nie aufgegeben.

(Beifall bei der DVU)

Meine Damen und Herren, denken wir einmal zehn Jahre zurück. Was war es doch für ein schönes Gefühl für viele von uns, als wir im Juli 1990 die DDR-Mark gegen die damals heiß begehrte harte D-Mark tauschen konnten. Dass wir die D-Mark nur zehn Jahre behalten sollten, um sie dann gegen den ständig schwächer werdenden Euro einzutauschen, das war zu dem Zeitpunkt für uns noch nicht vorhersehbar.

Vieles hat sich in den vergangenen zehn Jahren geändert. Es gibt viele negative, aber auch sehr, sehr viele positive Veränderungen. So zum Beispiel hat sich das Antlitz unserer Städte und Gemeinden sehr verändert. Viele Häuser wurden restauriert, modernisiert und mit einer farbigen Fassade versehen. Fast alles ist in den vergangenen zehn Jahren bunter und farbenfroher geworden. Das alles hatte aber seinen Preis. Die Mieten sind seitdem ständig gestiegen. Zahlte man früher im Schnitt für eine Dreiraumwohnung 70 Mark Miete - inklusive Betriebskosten -, so zahlt man heute mitunter das Fünfeinfache.

Schön ist auch die neu gewonnene Reisefreiheit. Auch der Erwerb eines Fahrzeugs ist heutzutage problemlos ohne lange Wartezeiten möglich. Wichtig ist nur eins: dass man das nötige Geld dazu hat. Und wenn nicht, dann sind Kreditinstitute bei der Finanzierung von Gütern gern behilflich, aber nur, wenn man über das notwendige pfändbare Einkommen verfügt.

Das Verhalten unserer Menschen hat sich in den vergangenen zehn Jahren sehr geändert. Den Zusammenhalt von einst gibt es heute oftmals nicht mehr. Früher mussten wir zwangsläufig zusammenhalten, denn fast jeder von uns war in irgendeiner Weise auf den anderen angewiesen. Der eine konnte dies besorgen, der andere das. Das gehört nun alles der Vergangenheit an.

Damals fragte man, wenn man sich nach längerer Zeit wieder begegnete: Wie geht's? Heute fragt man: Hast du noch Arbeit?

Auch haben wir nicht mehr die Pflicht zur Arbeit. Das Recht haben wir aber leider auch nicht mehr.

Die hohe Geburtenrate war einst der Stolz der DDR. Jetzt erhalten Kinder der hier lebenden Ausländer bei der Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft, um eine totale Vergreisung des deutschen Volkes zu verhindern.

(Gelächter bei der PDS)

Allzu große Unterschiede zu den alten Bundesländern scheint es zehn Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr zu geben, wenn da nicht dieses starke Lohngefälle von West nach Ost wäre. Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung haben es die herrschenden Parteien immer noch nicht geschafft, die Löhne in den neuen Bundesländern denen in den Altbundesländern anzugleichen.

Auch die Arbeitslosenquote ist bei uns im Durchschnitt doppelt, sogar dreimal so hoch wie in den Altländern - und das zehn Jahre nach der Wende!

Was wir aber jetzt genauso haben wie die Altbundesbürger, ist das Recht auf freie Meinungsäußerung. Allerdings darf diese Meinung von der der herrschenden Parteien nicht allzu abweichend sein. Denn dann passiert das, was ich als Vertreterin der Deutschen Volksunion tagtäglich selbst erleben muss. Da wird der politische Gegner auf das Unfairste diffamiert, weil er Dinge thematisiert, die dem politischen Kontrahenten nicht gefal-

len. Da werden Menschen durch den Verfassungsschutz bespitzelt. Da werden aufgrund einer anonymen Anzeige Privaträume, Büroräume durchsucht. Da werden gewählte Volksvertreter als Extremisten bezeichnet. Da werden Lügen und Halbwahrheiten verbreitet. Und das ist es, was sich in diesem Teil Deutschlands überhaupt nicht geändert hat. - Ich danke.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Fechner. - Das Wort geht jetzt an die Landesregierung. Herr Ministerpräsident Dr. Stolpe, bitte!

Ministerpräsident Dr. Stolpe:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Uckerländer! Zehn Jahre Wiedervereinigung - ein epochales Thema, doch zugleich - zumindest für die Ostdeutschen - eine sehr persönliche Betroffenheit.

Für mich ist die Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990 nach wie vor wie ein Wunder, ein so nicht erwartetes und, ich denke, auch so nicht vorhersehbares Ereignis.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, ich empfand es als eine Gnade des Schicksals, denn Nazideutschland hatte unsägliche Verbrechen an der Menschheit begangen. Ein deutscher Staat und Millionen deutscher Mithelfer hatten eine massenweise brutale Verfolgung und Ermordung von Mitmenschen anderer Hautfarbe, anderer Volkszugehörigkeit, anderer Religion oder anderer Gesinnung vorgenommen.

Nach diesen entsetzlichen Tatsachen erschien mir schon die Weiterexistenz des deutschen Volkes in zwei Staaten geradezu als ein mildes Urteil der Geschichte. Wenn nun doch die Wiedervereinigung möglich wurde, sollten wir alle nie vergessen, dass die Teilung Deutschlands eine Folge der Niederwerfung des barbarischen faschistischen Regimes war.

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Dankbarkeit für die wieder geschenkte deutsche Einheit muss deshalb vor allem auch Widerstand sein gegen deutsche Überheblichkeit, gegen Rassismus und gegen Fremdenfeindlichkeit.

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch etwas sollten wir nach zehn Jahren Wiedervereinigung nicht vergessen: Die deutsche Einheit ist das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses mit wichtigen Stationen wie der brandtschen Ostpolitik, dem Veränderungsstreben Gorbatschows und dem Freiheitswillen von Millionen Menschen in Mittel- und Osteuropa.

Entscheidende Wirkungsfaktoren waren der eindeutige Mehrheitswille der DDR-Bürgerinnen und -Bürger für die Einheit und die Weitsicht der ersten freien polnischen Regierung. Meine Damen und Herren, die deutsche Einheit hat ja bekanntlich heute viele Väter. Ganz gewiss aber gehören dazu der ehemalige polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und sein Außenminister Christof Skubiecki. Vergessen wir das nicht, auch in unserem Umgang mit den Polen!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Denn entgegen der Erwartung mancher anderer Regierungen

haben sie sich nicht gegen, sondern eindeutig für ein vereintes Deutschland ausgesprochen. Beide haben unter der Nazibarbarie gelitten, haben nächste Angehörige verloren und haben dennoch auf ein besseres Deutschland gesetzt. Auch das nimmt uns in die Pflicht.

Meine Damen und Herren! Die Menschen in Brandenburg wie in der ganzen DDR verbanden viele Hoffnungen mit der deutschen Einheit. Ausmaß, Tempo und Folgen des Systemwechsels aber waren nur wenigen deutlich. Nach zehn Jahren Aufbauarbeit können wir zum einen feststellen: Der Rechtsstaat und seine Institutionen wurden aufgebaut und sind gefestigt. Wir haben ein funktionierendes System der Landesverwaltung und der kommunalen Selbstverwaltung. Die Kreisgebietsreform konnten wir vor Jahren abschließen. Über die Verbesserung der Gemeindestruktur wurde gestern in diesem Haus diskutiert.

Die Umstrukturierung des Wirtschaftssystems stellte und stellt uns nach wie vor vor komplizierte Aufgaben. Die ersten Jahre der Einheit waren von scharfen Einbrüchen geprägt, vor allem in den Bereichen der Industrie und der Landwirtschaft. Im Jahr 1989 waren in der DDR über neun Millionen Frauen und Männer in Arbeit. Von diesen Arbeitsplätzen waren 1999 nur noch 6,2 Millionen übrig. In zwei Dritteln aller Branchen ist die Beschäftigung sogar um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

Auch in Brandenburg kam es insbesondere im Bergbau und in der Land- und Forstwirtschaft zu einem massiven Beschäftigungsabbau. Allein in der Landwirtschaft sank die Zahl der Beschäftigten von 180 000 auf heute 34 000. Überdurchschnittlich war auch der Rückgang in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Der Beschäftigungsabbau betrug in diesem Bereich etwa 85 %. Der Übergang von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft veränderte tiefgreifend die Lebensverhältnisse der in Ostdeutschland lebenden Menschen.

Der tiefste Einschnitt in das Leben der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger war die Erfahrung der Arbeitslosigkeit mit all ihren negativen Auswirkungen wie soziale Unsicherheit und gesellschaftliche Isolation. Die Mehrheit der ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer musste sich in einer völlig neuen Arbeitswelt zurechtfinden. Nur eine verschwindende Minderheit der Ostdeutschen, nämlich nur etwa jeder Fünfte, behielt den Arbeitsplatz aus DDR-Zeiten. Die meisten mussten den Arbeitsplatz wechseln, häufig mehrfach. Nicht wenige arbeiten mittlerweile im Westen. Sie nehmen dafür lange Pendelzeiten in Kauf; andere haben wegen der Arbeitsmöglichkeit ihren Wohnsitz dorthin verlegt.

Meine Damen und Herren! Tatsache ist aber auch, dass zehn Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den neuen Bundesländern viel erreicht worden ist. Für die Bevölkerung hat sich das Angebot an Waren und Dienstleistungen wirklich grundlegend verbessert. Die individuellen Einkommen haben sich erhöht. Eine moderne Infrastruktur wurde geschaffen. Das Straßen- und Schienennetz wurde erweitert und modernisiert. Ostdeutschland verfügt heute über das modernste Telekommunikationsnetz der Welt. Den Gewinn von Freiheit und Rechtssicherheit wird jeder für sich selbst bewerten.

Trotz dieser positiven Entwicklung bleiben immer noch beträchtliche Unterschiede zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands. Die völlige Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit konnten wir in zehn Jahren nicht schaffen. Doch wir sind weit gekommen. Gut die Hälfte des Weges zur verfassungsmäßig gebotenen Gleichheit der Lebensverhältnisse ist bewältigt. Das ist eine großartige gesamtdeutsche Leistung. Zu danken ist allen, die dabei mitwirkten.

Aus unmittelbarem Erleben der vergangenen zehn Jahre danke ich

den Belegschaften, den Personalräten und Gewerkschaften, die mit ihrer Entschlossenheit wichtige Industriekerne gesichert haben. Ich danke den Frauen und Männern, die ihre Arbeitsplätze freigegeben haben, um die Weiterexistenz ihrer Betriebe zu ermöglichen und anderen Kolleginnen und Kollegen den Arbeitsplatz zu erhalten. Ich danke den Frauen und Männern, die sich in das Abenteuer der Firmengründung begaben, hohe Schulden auf sich nahmen und tagaus, tagein ein Höchstmaß an Selbstausschöpfung vollzogen. Sie alle zusammen haben Zehntausende neuer Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich danke den Frauen und Männern, die mit ihren Erfahrungen und Verbindungen aus der alten Bundesrepublik zu uns gekommen sind und mithelfen, das wiedergeborene Brandenburg ökonomisch und gesellschaftlich zu stabilisieren. Ich danke allen Frauen und Männern, die hier in Brandenburg mithelfen, unter total veränderten Bedingungen in ihren eigenen, sehr unterschiedlichen Aufgabenfeldern die neuen Verhältnisse zu gestalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle haben ein neues Brandenburg geschaffen, ein Land mit besonderen Chancen und Herausforderungen.

Unsere größte Chance liegt in unserer Lage als Teil der Hauptstadt- und Metropolregion Berlin-Brandenburg: unübersehbar ist das damit verbundene Entwicklungstempo. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung, die Arbeitsproduktivität, das Steueraufkommen und das wirkliche Bevölkerungswachstum sind sichere Anzeichen für die bereits erreichte Spitzenposition Brandenburgs unter den ostdeutschen Ländern. Diese Chance muss im Interesse der Menschen genutzt werden.

Unsere größte Herausforderung ist das unterschiedliche Entwicklungstempo der berlinnahen Teile Brandenburgs einerseits und der Tiefe des Landes andererseits. Durch besondere Unterstützung der benachteiligten Regionen, durch effektivere Strukturen und massive Verbesserung der Verkehrswege müssen wir auch den äußeren Regionen Brandenburgs gute Entwicklungschancen ermöglichen.

(Vereinzelte Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Meine Damen und Herren! Auch die kommenden Jahre werden uns fordern. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist unsere Handlungsfähigkeit. Deshalb gibt es keine Alternative zu einer Konsolidierung der Finanzen. Verbunden mit der in Gang gesetzten Verwaltungsoptimierung können wir in den nächsten Jahren eine effektive, bürgernahe Landesorganisation schaffen. Leitlinien unserer künftigen Arbeit müssen Solidarität und Gerechtigkeit bleiben, das heißt, Sorge um die Benachteiligten, entschlossener Abbau von bestehenden Ungleichheiten wie bei Löhnen und Gehältern und intensive Bemühungen um die Zukunftsperspektiven der Jugend.

Meine Damen und Herren! Gute Zukunft für Brandenburg, dem Transitland mitten in Europa, setzt Weltoffenheit und Fremdenfreundlichkeit voraus. Deshalb ist es nicht nur ein Gebot der Menschenwürde und der Ehre, sondern auch ein zwingendes Erfordernis für einen gelingenden Wiederaufbau Brandenburgs, allen Ansätzen von Fremdenfeindlichkeit und Neofaschismus entschlossen zu widerstehen.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei CDU und PDS)

Meine Damen und Herren! Wir dürfen nicht zulassen, dass der deutsche Wahnsinn wieder aufbricht. Dieses schöne Land muss geschützt und verteidigt werden. Wir haben den Kampf aufge-

nommen und wir haben die Ausdauer, diesen Kampf zu gewinnen. Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs engagieren sich mit großer Zivilcourage; wir stehen an ihrer Seite. Die Landesregierung, die demokratischen Parteien, die Kirchen, die Unternehmerverbände und die Gewerkschaften, Parlamentarier dieses Hauses und der Kreistage, Vertreter der Städte und Gemeinden, Landräte und Bürgermeister bilden ein Netzwerk politischer Entschlossenheit, um Sicherheit und körperliche Unversehrtheit eines jeden Menschen im Land Brandenburg zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie herzlich: Helfen Sie mit, das menschenfreundliche und tolerante Brandenburg zu entwickeln. Dann können wir alle frohen Herzens sagen: Hie gut Brandenburg allewege!

(Beifall bei SPD und CDU sowie vereinzelt bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Ministerpräsidenten Dr. Stolpe und beende die Aussprache zur Aktuelle Stunde zum Thema „10 Jahre Wiedervereinigung“.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 2 und unterbreche die Sitzung bis 13 Uhr zu einer Mittagspause.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.09 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.01 Uhr)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich beginne mit dem Nachmittagsteil der 21. Sitzung und rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gesetz zur Fortentwicklung des Schlichtungsrechts im Land Brandenburg

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 3/1426

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses

Drucksache 3/1680

2. Lesung

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der PDS-Fraktion. Herr Abgeordneter Ludwig, Sie haben das Wort.

Ludwig (PDS):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem heute zu verabschiedenden Gesetz versucht das Land Brandenburg etwas Neues auf dem Gebiet der Rechtspflege in der Bundesrepublik. Bei dem Neuen können wir im Osten auf Erfahrungen aus der DDR-Zeit zurückgreifen. Außergerichtliche Streitbeilegung kann erfolgreich Konflikte in der Gesellschaft regulieren, auch in Vermögensfragen.

Auch heute sollte es also möglich sein, dass nicht alle Konfliktfälle bei Gericht enden. Nicht das Rechthaben muss im Mittelpunkt stehen, nicht der Titel, wie wir in der Rechtspflege sagen, muss das Ziel sein, sondern die Beilegung des Konflikts. Das Gesetz kann dabei aber nur ein erster Schritt sein.

Schon jetzt zeigt die Anwaltschaft an, dass sie im Auftrag ihrer Mandantschaft nun quasi ins gerichtliche Mahnverfahren ausweichen wird, schon um Fragen der Anwaltshaftung zu umgehen. Viel Öffentlichkeitsarbeit und begleitende Rechtsetzung werden also notwendig sein, um das Gesetz bis zum Ablauf seiner Befristung zum Erfolg zu führen.

Ebenso werden wir darauf achten müssen, dass in Deutschland nicht eine für den Recht suchenden Bürger unübersichtliche Rechtslage entsteht, weil jedes Bundesland auf diesem Gebiet anders verfährt. Vor allem in den Regionen um Berlin, im Süden und im Norden des Landes muss der Bürger immer wissen, wie er Streitigkeiten beilegen kann. Auch die Berliner und ihre Anwälte müssen für das Modell umworben werden, sonst werden wir in Brandenburg keinen Erfolg haben.

Die PDS-Fraktion stimmt dem Gesetz zu und erwartet die angesprochenen weiteren Aktivitäten der Landesregierung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Muschalla, der für die SPD-Fraktion spricht.

Muschalla (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bereits bei der 1. Lesung am 12. Juli habe ich den Inhalt dieses Gesetzes im Wesentlichen dargelegt, sodass ich mich heute nur auf Schwerpunkte beschränken will.

Dieses Gesetz ist ein Artikelgesetz und wurde recht schnell und zügig von uns verabschiedet, vom Land Brandenburg und vom Justizministerium mit Anhörungen usw. gut vorbereitet. Wir haben also hier gute Arbeit geleistet, würde ich sagen.

Das Gesetz soll ab 1. Januar 2001 bzw. Artikel 2 - Gütestellen - gleich mit der Verkündung gelten und wird im wesentlichen Teil erst einmal bis 31. Dezember 2005 befristet. Danach erfolgt die Prüfung, ob das Gesetz bei der Bevölkerung angekommen ist, ob es verlängert werden soll oder was wir dann machen.

Der wesentliche Inhalt des Gesetzes ist die Festlegung, dass man vor Klageerhebung beim Amtsgericht in bestimmten Fällen zwingend die Schlichtung wählen, also eine Gütestelle und einen Schlichter anrufen muss. Das betrifft vermögensrechtliche Streitigkeiten bis 1 500 DM, bestimmte Fälle der Nachbarstreitigkeiten und die Verletzung der persönlichen Ehre, außer wenn sie über Medien erfolgt ist.

Für die Schlichtungsseite stehen Notare, Rechtsanwälte und natürlich auch die auf Dauer angelegten Gütestellen zur Verfügung. Wir sind in Brandenburg in der guten Lage, dass wir bereits rund 300 Schiedsstellen haben. Wir sind von der Tradition her - da muss ich mich einmal auf DDR-Zeiten berufen - eine Kultur, die so etwas schon kannte, nämlich die Schiedskommission, bei der zwar nicht direkt Vergleichbares, aber doch Ähnliches nach dem Gesetz über die gesellschaftlichen Gerichte gemacht wurde.

Der Rechtsausschuss hat an diesem Gesetzentwurf nur noch zwei Änderungen vorgenommen. Erstens wurde zur Fristwahrung vorgeschlagen - wir dachten an die kurze Frist von sechs Monaten -, dass man Nachbriefkästen des Amtsgerichts benutzen kann, um den Nachweis zu erbringen, dass man - am letzten Tag der Frist quasi - die Schiedsstelle angerufen hat. Der Brief

wird dann vom Gericht zur Schiedsstelle, zur Gütestelle geschickt.

Die zweite Änderung betrifft Artikel 2 § 8. Die Zuständigkeit für die Anerkennung, Rücknahme und den Widerruf der Anerkennung der Gütestelle wollen wir nicht auf bestimmte Gerichte, das OLG bzw. das Landgericht, delegieren lassen, sondern wollen sie für diese fünf Jahre beim Justizministerium und bei der Notarkammer belassen. Der Präsident der Notarkammer kann für seine Notare diese Erlaubnis, also die Anerkennung usw., erteilen. Wir waren uns aber einig darüber, für den Fall, dass andere kommen, beispielsweise die Rechtsanwälte, eine kurzfristige Novellierung des Gesetzes vorzusehen, um auch den Rechtsanwälten und der Anwaltskammer die Möglichkeit zu geben, selbst anzuerkennen, zu widerrufen usw.

Nur diese beiden technischen Änderungen sind vorgenommen worden, ansonsten ist das Gesetz geblieben, wie in der 1. Lesung vorgestellt. Ich denke, wir beschreiten einen sinnvollen Weg, erstens um die Gerichte in bestimmten Fällen zu entlasten und zweitens um eine neue Streitkultur Bürger : Bürger außerhalb des Gerichts zu erzielen. Das ist einen Versuch wert. Starten wir ihn am 1. Januar 2001! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Nieschke [CDU])

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Schuldt. Er spricht für die DVU-Fraktion.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von meinen Vorrednern wurde bereits alles gesagt. Ich bin kein Freund des Redens nur um des Redens willen. Der Rechtsausschuss hat die Beschlussempfehlung einstimmig beschlossen und ich kann nur sagen: Unsere Fraktion wird dem Gesetzentwurf und der Beschlussempfehlung zustimmen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion. Frau Abgeordnete Richstein, bitte!

Frau Richstein (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist wirklich das meiste schon gesagt worden. Wir hatten schon in der 1. Lesung einen großen Konsens, was dieses Gesetz angeht. Dass es schon heute zur Verabschiedung steht, zeigt eigentlich, dass der brandenburgische Gesetzgeber zügig arbeiten kann. Erst für das Jahr 2000 hatte der Bundesgesetzgeber den Ländern die Möglichkeit gegeben, ein Landesgesetz zu schaffen. Diese Möglichkeit haben wir umgesetzt und Brandenburg ist eines der ersten Bundesländer, die dieses Gesetz verabschieden.

Wir betreten gesetzgeberisches Neuland, aber ich denke, dass unser Entwurf recht gut gelungen ist. Ob sich die Skepsis, dass jetzt eine große Flucht in das Mahnverfahren stattfinden wird, bewahrheitet, werden wir sehen. Auf der anderen Seite wird ein Großteil mahngerichtlicher Verfahren bereits erledigt, bevor diese Verfahren in streitige Verfahren gehen. Insofern meine ich nicht, dass durch die Hintertür wieder eine größere Belastung für die Amtsgerichte erfolgen wird.

Berlin, das ist natürlich ein Aspekt. Ich habe aber gehört, dass auch die Berliner Kollegen schon an einem Schlichtungsgesetz arbeiten, sodass da wieder ein Einklang hergestellt werden kann. Sie haben nur das Problem, dass sie, wie von Ihnen angesprochen, keine alteingesessenen Schlichtungsstellen haben.

Wie gesagt, wir erhoffen uns von diesem Gesetz eine erhebliche Entlastung, da viele geringfügige Streitigkeiten über den Schlichter ausgetragen werden. Angesichts der Sparzwänge ist dies ein nicht unbeachtlicher Aspekt, zumal wir davon ausgehen, dass ungefähr 9 000 bis 10 000 Bagatellfälle an die Schiedsstellen herangetragen werden. Das wird uns aber leider nicht die Diskussion im Rahmen des Nachtragshaushalts darüber ersparen, dass auch die Justiz noch ein bisschen besser ausgestattet werden sollte.

Zu dem formalen Aufwand, der erheblich reduziert werden kann: Die Kostenentlastung der Gerichte wird nicht durch eine Mehrbelastung der Schiedsstellen erkauft; denn die geringeren Gebühren sind den Prognosen entsprechend kostendeckend.

Wir haben im Rechtsausschuss einstimmig debattiert, haben dort auch die Ergebnisse der Anhörung und die Stellungnahmen der verschiedenen Interessenverbände berücksichtigen können. Einstimmig waren wir der Meinung, dass das nicht nur ein Spargesetz ist, sondern dass wir in Brandenburg eventuell eine andere Streitkultur etablieren können, wenn Menschen nicht vor dem gesetzlichen Richter, sondern vor einem Schlichter in einem persönlichen Verfahren ihre Streitigkeiten austragen können.

Der Konsens in der Beratung des Ausschusses und in der heutigen Debatte lässt eigentlich nur hoffen, dass das Gesetz auch im Rechtsalltag Zustimmung finden wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Damit geht das Wort an die Landesregierung. Herr Minister Schelter, bitte!

**Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten
Prof. Dr. Schelter:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem von den Rednern aller Fraktionen das Notwendige zu diesem Gesetzentwurf dargelegt worden ist und ich in allen Beiträgen das Wort „wir“ gehört habe, erübrigt es sich, dass ich Ihnen noch einmal langatmig den Inhalt des Gesetzes vorstelle. Ich möchte mich darauf beschränken zu danken.

Ich möchte mich herzlich bedanken für eine zügige und sehr konstruktive Beratung dieses Gesetzentwurfs im Ausschuss und auch hier im Plenum dieses Landtages. Ich bedanke mich vor allem bei Herrn Muschalla, der meinem Haus fast ein Lob ausgesprochen hätte. Das kann ja noch werden.

Ich bedanke mich sehr dafür, dass sich dieses Hohe Haus den Gesetzentwurf des Justizministers so eindeutig zu Eigen gemacht hat. Mehr kann ich mir nicht wünschen. Ich verspreche Ihnen, dass wir die Zeit, für die dieses Gesetz zunächst einmal probeweise gelten soll, nutzen werden, empirische Erhebungen anzustellen, zu ermitteln, wie es sich auf die Streitkultur in diesem Land und auch auf die Verfahrensdauer auswirken wird, und bitte Sie herzlich um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Da wir nun am Ende der Rednerliste sind, kann ich die Aussprache schließen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses in Drucksache 3/1680 folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist das Gesetz in 2. Lesung einstimmig angenommen und verabschiedet.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 3 und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Gesetz zur Änderung des Berufsrechts der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Land Brandenburg

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 3/954

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Inneres

Drucksache 3/1731

2. Lesung

Da vereinbart wurde, auf eine Debatte zu verzichten, kommen wir zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung 3/1731 folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch dieses Gesetz in 2. Lesung einstimmig angenommen und verabschiedet.

Ich schließe auch diesen Tagesordnungspunkt und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

10 Jahre deutsche Einheit

Große Anfrage 7
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/926

Antwort
der Landesregierung

Drucksache 3/1389

Die Aussprache wird mit dem Beitrag der die Frage stellenden Fraktion der PDS eröffnet. Herr Abgeordneter Ludwig. Sie haben das Wort.

Ludwig (PDS):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach der heutigen Aktuellen Stunde befassen wir uns jetzt nochmals mit dem Thema „10 Jahre deutsche Einheit“. Die PDS-Fraktion hat dazu zu Beginn dieses Jahres eine Große Anfrage eingereicht, mit der sie eine Fülle von Einzelfragen zu den Ergebnissen der staatlichen Einheit im Land Brandenburg beantwortet haben wollte. Die Antworten der Landesregierung zeigen deutlich, dass in Brandenburg ein Zwischenstand auf dem Weg zur inneren Einheit erreicht ist. Auf diesen Zwischenstand können die Einwohnerinnen und Einwohner Brandenburgs stolz sein, denn sie haben bisher die Hauptlast getragen. Die Politik in Brandenburg hat aber noch eine Fülle von Aufgaben zu erledigen, um die innere Einheit in Brandenburg zu beenden.

Zu einzelnen Aufgabenbereichen möchte heute die PDS-Fraktion Stellung nehmen. Zuerst aber zwei Anmerkungen zur Vorbemerkung der Landesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage.

In der Vorbemerkung werden teilweise Wiederholungen aus früheren Regierungserklärungen und aus der aktuellen Regierungserklärung verwendet. Auch wird „die breite Diskussion um die Angleichung der Lebensverhältnisse“ begrüßt. Diese Wiederholungen und Begrüßungen sind entbehrlich. Sie, geehrte Mitglieder der Landesregierung, regieren jetzt. Handlungen sind gefragt, nicht Begrüßungen.

Substanzielle Aussagen in der Vorbemerkung - das ist meine zweite Anmerkung - lesen sich, als ob sie aus Dokumenten der PDS zitiert wären. Also entweder kennzeichnen Sie künftig korrekt die Zitate oder Sie lesen im Jahr 2000, falls Sie es noch nicht getan haben, z. B. die Erklärung der PDS zum fünften Jahrestag der staatlichen Einheit und können sich danach den Platz einer solchen Vorbemerkung an die PDS sparen. Nach solcher Lektüre könnte auch die CDU auf solche Bemerkungen wie „Froschperspektive“ verzichten.

Ich möchte nun zu einem Schwerpunkt der Wahrnehmung des Standes der Einheit der Bürgerinnen und Bürger Stellung nehmen. Die offenen Vermögensfragen sind ein solcher Schwerpunkt. Bewusst und unbewusst verbinden viele ihre Bewertung der Entwicklung in Brandenburg nach 1990 mit diesem Thema.

Ich will mich hier nicht dazu äußern, dass und warum viele geklärte Vermögensfragen im Osten mit der gemeinsamen Erklärung vom 15. Juni 1990 erst zu so genannten offenen Vermögensfragen gemacht wurden. Auch steht heute nicht zur Debatte, dass darauf aufbauend das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen, das Vermögensgesetz, durch die Volkskammer der DDR im September 1990 beschlossen, aber erstmals als Bestandteil des Einigungsvertrages veröffentlicht wurde. Die Rechtsetzung will ich nicht würdigen.

Doch was die kalte Sprache der Gesetze wirklich bedeutet, zeigen die Zahlen in Brandenburg. Es ging und geht nicht um vielfältige Formen des Vermögens, es geht nicht um irgendwelche Vermögensfragen, es geht um Boden und Gebäude. Von 581 147 Ansprüchen nach dem Vermögensgesetz bezogen sich 568 950 auf Immobilien, Grundstücke und Grundstücksteile. Das sind 97,9 % der gestellten Anträge. 534 910 Fälle konnten bisher entschieden werden. Das sind 92 %. Davon beziehen sich 525 986 Entscheidungen auf Immobilien, Grundstücke und Grundstücksteile. Das sind 90,5 % aller Entscheidungen.

Damit sind knapp 92,5 % aller Immobilienanträge zehn Jahre nach dem Beitritt entschieden. Als Ergebnis ist dabei in 103 839 Fällen rückübertragen worden. Zusätzlich wurde in ca. 59 000 Fällen die staatliche Verwaltung von Grundstücken und Gebäuden aufgehoben und die Verfügung über Grundstücke und Gebäude an Private, meist Erben, übergeben. In summarisch ca. 164 000 Fällen mussten also Brandenburgerinnen und Brandenburger miterleben, wie die vermögensrechtliche Verfügung aus der DDR in Brandenburg beendet wurde und oftmals Bürger aus den Altbundesländern einen Vermögenszuwachs haben.

Auch wenn die Brandenburger Landesregierungen der 1. und 2. Wahlperiode eine Fülle von Initiativen ergriffen haben und vielen der Justizminister mit dem besonderen Gespür für ostdeutsche Empfindungen, Minister a. D. Bräutigam, in guter Erinnerung ist - die offenen Vermögensfragen brachten nach der staatlichen Einheit in Brandenburg eine innere Teilung in Gewinner und Verlierer des „Häuserkampfes“, wie er in Medien bezeichnet wurde. Diese innere Teilung zulasten vieler Ostdeut-

scher wird uns in Brandenburg noch lange belasten. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die SPD-Fraktion. Herr Abgeordneter Bochow, bitte!

Bochow (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute schon über den bevorstehenden Jahrestag gesprochen. Ich glaube, wir sind uns alle einig: Den Tag begehen wir zu allererst mit Stolz. Es mutet heute noch wie ein Wunder an, dass es den Menschen in Ostdeutschland gelungen ist, den Übergang zu einem demokratischen System gewaltfrei zu gestalten.

Ich will nicht versäumen, an dieser Stelle - das ist heute noch nicht gesagt worden - Michail Gorbatschow zu danken, dessen Reformen erst den Weg zur deutschen Einheit ebneten. Denn endlich bekam der Spruch „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“ einen Wahrheitsgehalt, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Bilanz nach zehn Jahren deutscher Einheit kann sich sehen lassen. Ich habe an dieser Stelle nicht die Zeit - die Kollegen werden darauf noch eingehen -, um all die Erfolge, die leider oftmals schon als selbstverständlich hingenommen werden, im Einzelnen aufzuzählen. Es ist aber beispielsweise keineswegs so selbstverständlich, dass ein demokratisches System nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur und anschließender kommunistischer Herrschaft so reibungslos funktioniert, wie in unserem Land in diesen Tagen. Wenn das kein Erfolg ist, meine Damen und Herren, was denn dann?

Als Kommunalpolitiker der ersten Stunde möchte ich an dieser Stelle besonders meinen Stolz über die gelungene Wiedereinführung der kommunalen Selbstverwaltung in Ostdeutschland zum Ausdruck bringen. Ich möchte die scheinbaren Selbstverständlichkeiten erwähnen, z. B., dass sich die Umweltsituation drastisch verbessert hat. Denken Sie an die Verbesserungen der Infrastruktur, an die Sanierung historischer Stadtkerne, wie aus verfallenen Innenstädten wieder schenswerte Städte werden.

Für besonders erwähnenswert halte ich auch die stabile außenpolitische Verankerung der wieder vereinigten Bundesrepublik. Viele einflussreiche Beobachter waren hier noch zur Wendezeit 1989/90 sehr skeptisch. Nicht wenige waren damals der Ansicht, dass die äußeren Spannungen weitaus gewichtiger sein werden als die inneren. Nun, sie haben sich geirrt, wie wir heute wissen - in Bezug auf unser Verhältnis zu den Nachbarstaaten - möchte ich sagen - Gott sei Dank, in Bezug auf die Probleme der inneren Einheit muss ich sagen: Leider hatten sie hier und da auch Recht.

Zu einer aufrichtigen Betrachtung gehört auch, neben den Erfolgen die Fehler zu benennen, die auf dem Weg zur Einheit gemacht wurden. Keine Fehler zu machen, das wäre wohl auch eine zu große Illusion gewesen. Ich lege aber Wert darauf, die Fehler von den Mythen zu unterscheiden, die leider oft zu Begründungen wie „Damals war doch alles viel, viel besser.“ herangezogen werden.

Vorab will ich daran erinnern, dass es in der Geschichte nun einmal kein Beispiel gab, von dem wir bei der Gestaltung der Einheit hätten lernen können. Ja, es lässt sich nicht leugnen, dass nicht alle in Ostdeutschland mit dem Gang in die deutsche

Einheit und mit der deutschen Einheit zufrieden sind. Natürlich hat das Ende der DDR für diejenigen einen Zusammenbruch ihrer Welt gebracht, die mit den Privilegien lebten, und das teilweise recht gut. Wenn Sie annehmen, dass ich das nicht sonderlich bedaure, liegen Sie richtig, meine Damen und Herren.

Die Last, Unrecht gehabt zu haben, kann ihnen niemand abnehmen. Dass sich manche dieser Einsicht verschließen, müssen wir hinnehmen. Gegen Unbelehrbarkeit ist kein Kraut gewachsen. Für diejenigen allerdings, die den bitteren Weg der Inventur ihrer Illusion gegangen sind, würde ich mir manchmal auch mehr Respekt wünschen.

Das Wort von den blühenden Landschaften hat den Menschen suggeriert, dass es sich bei der Angleichung der Lebensverhältnisse um eine kurzfristige und noch dazu sehr leichte Aufgabe handeln würde. Das war und ist es freilich nicht. Es ist aber meine feste Überzeugung, dass in unserem Gemeinwesen mehr Solidarität abrufbar war und ist als jener Solidaritätsbeitrag, der übrigens, wie manche noch immer nicht begriffen haben, auch im Osten bezahlt wird.

Einen zweiten Aspekt möchte ich noch erwähnen. Die Aufgabe der politischen Erwachsenenbildung in Ostdeutschland ist meines Erachtens unterschätzt worden. Der Rücktritt des sächsischen Justizministers Steffen Heitmann liegt erst wenige Tage zurück. Aus diesem Anlass attestierte ihm die „Süddeutsche Zeitung“, dass er bis heute das Funktionieren des Rechtsstaates nicht voll begriffen habe. Wenn man die Ereignisse, die zu seinem Rücktritt führten, Revue passieren lässt, muss man da nicht zugestehen, dass in dem Urteil ein Fünkchen Wahrheit steckt? Ist es nicht so - diese Frage möchte hier einmal aufwerfen -, dass in einigen Teilen unserer Bevölkerung das Verständnis für das Funktionieren unserer Demokratie noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist?

An dieser Stelle einfach auf die nächste Generation zu setzen reicht nicht. Die Schule ist möglicherweise in der Lage, die Feinheiten des politischen Systems zu erläutern. Was sie aber ohne Unterstützung des Elternhauses nicht kann, ist Orientierung geben, Selbstbewusstsein vermitteln, Zivilcourage vorleben. Solche Eigenschaften bilden aber die gesellschaftliche Substanz, auf der sich erst ein blühendes, demokratisches und rechtsstaatliches Gemeinwesen aufbauen lässt. An dieser Stelle besteht Nachholbedarf.

Das hat auch damit zu tun, dass einige Ostdeutsche aufgrund ihrer DDR-Biografie ihren Weg noch immer nicht gefunden haben und desorientiert und beladen mit Ressentiments ihres Weges gehen. Möglich, dass sie sich dereinst unangenehmen Fragen ihrer Kinder stellen müssen.

Meine Damen und Herren, auch wenn verschiedene Leute den Eindruck erwecken möchten, ohne den Beitritt zur Bundesrepublik ginge es uns besser - das ist wohl etwas aus der Mottenkiste. Vielleicht ist es manchmal ganz hilfreich, sich daran zu erinnern, wie unsere östlichen Nachbarn den Ausstieg aus Diktatur und Planwirtschaft gemeistert haben. Sie sind den Weg ohne die Hilfe ihrer Brüder und Schwestern, aber mit großem Mut gegangen. Gleichwohl ist die Stimmung dort häufig besser. Mir scheint, wir sollten uns manchmal an ihnen ein Beispiel nehmen und nicht alles, was wir erreicht haben, kleinreden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Schuldt. Er spricht für die DVU-Fraktion.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es darum geht, von ihrer eigenen SED-Vergangenheit abzulenken, ist die PDS-Fraktion richtig fleißig, wie man an ihrer Großen Anfrage erkennen kann. Aber das Geschaffene in den Schmutz zu treten, das, meine Damen und Herren von links außen, geht dann doch zu weit!

Vor einem Jahrzehnt, im Herbst 1990, vollzog sich durch eine friedliche Revolution in der damaligen DDR elementar die Wiedervereinigung von Mittel- und Westdeutschland. Während wir auf der Straße demonstrierten, mussten die Genossen der Parteileitungen sowie der Räte der Kreise und der Bezirke an diesen Tagen auch weit nach Feierabend ohne Licht an ihrem Schreibtisch sitzen. Seit dem Aufbegehren der Bürger in der ehemaligen DDR haben sich in Mitteldeutschland tief greifende gesellschaftliche Umwälzungsprozesse vollzogen. Einerseits haben sich die Lebensverhältnisse zwischen Mittel- und Westdeutschland in vielen Bereichen weitgehend angenähert. Andererseits gibt es auch zehn Jahre nach der Wiedervereinigung noch erhebliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern, die sich zum Teil sogar weiter vertiefen. Denken Sie nur an die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Realeinkommen!

Doch nun zu einzelnen ausgesuchten Punkten der vorliegenden PDS-Anfrage und ihrer Beantwortung durch die Landesregierung: Uneingeschränkt begrüßen kann unsere Fraktion die Forderung nach Elementen der direkten Demokratie im Grundgesetz. Die Beantwortung der Fragen 9 a bis c nach dem ehemaligen volkseigenen Vermögen offenbart zehn Jahre nach der Wiedervereinigung nur wieder einmal, welche geradezu katastrophale und moralisch höchst verwerfliche Kahlschlagpolitik die so genannte Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern durchführte. Dabei wurden nicht nur Multimilliarden an Vermögenswerten vernichtet, sondern die Treuhandanstalt schloss auch zum 31.12.1994 mit einem Negativsaldo von mehr als 200 Milliarden DM ab.

Dass auch zehn Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer fast 50 000 Entscheidungen zu offenen Vermögensfragen ausstehen, ist nach Auffassung unserer Fraktion geradezu ein Armutszeugnis und nicht hinzunehmen.

Dass sich, meine Damen und Herren, die Zahl der Arbeitslosen im Land Brandenburg von etwas über 100 000 im Jahr 1990 auf weit über 200 000 im Jahr 1999 mehr als verdoppelt hat und auf diesem konstant hohen Niveau verharrt, wobei besonders die 32%-Quote der Langzeitarbeitslosen ins Auge sticht, ist die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Bankrotterklärung dieser Landesregierung.

Auch der rapide Anstieg des Bezugs von Sozialhilfe um über 60 % von 1994 bis zum Jahr 1998 passt hier voll ins Bild.

Dass sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst bis heute keine Lohnangleichung gegenüber den Altbundesländern stattfand, sondern stattdessen die Realeinkommen hier in Mitteldeutschland bei circa 80 % der Einkommen in den Altbundesländern stagnieren, wurde auch von unserer Fraktion immer wieder thematisiert und stellt einen Skandal dar.

Doch, meine Damen und Herren, trotz all dieser Defizite, welche nicht zu leugnen sind, darf man auch nicht übersehen, welche Fortschritte uns die Wiedervereinigung gebracht hat. Denken Sie nur an die allgemeine Versorgungssituation im Vergleich zur DDR, denken Sie an die Sanierung unserer Städte und Straßen, an den Aufbau der modernsten Telekommunikationseinrichtungen Europas oder auch an die Reisefreiheit!

Wir, die Mitglieder der DVU-Fraktion, lassen uns von Ihnen, meine Damen und Herren von der kommunistischen PDS - und das betone ich mit aller Deutlichkeit -

(Gelächter bei der PDS - Zuruf: Gib's uns!)

die Erfüllung des größten Wunsches des deutschen Volkes, nämlich die Wiedervereinigung vor zehn Jahren und die Abschüttelung des Jochs eines blutigen Mauerlord- und Stasi-Systems, nicht kleinreden. Das sage ich Ihnen als ehemaliges Mitglied eines regionalen Sprecherrates des Neuen Forums und als Mitglied des Wirtschaftssprecherrates der DDR.

(Vietze [PDS]: Schlimm, was daraus geworden ist!)

- Das lasse ich mir von Ihnen nicht sagen.

Herr Vietze, wir beide waren in der Sendereihe „Chronik einer Wende“ gleich nacheinander zu sehen.

(Zuruf von der PDS)

Einem von uns beiden hat man wegen seiner Zugehörigkeit zur SED-Spitze Redeverbot erteilt, während ich als jemand, der vor einem Waffenlager Ihres Devisenbeschaffers Schalck-Golodkowski als Bürgerrechtler Wache stand, in der Sendung zu Wort kam. Wer von uns beiden kann nun sagen, er habe die Einheit vollzogen und der andere sei der Gegner gewesen? - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU - Zurufe von der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Lunacek, der für die CDU-Fraktion spricht.

(Unruhe bei der PDS - Glocke des Präsidenten)

Lunacek (CDU):

- Das kommentiert sich selbst.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns liegt die Antwort auf die Große Anfrage der PDS-Fraktion zum Thema „10 Jahre deutsche Einheit“ vor. Die Anfrage wurde bereits in anderen Länderparlamenten und im Bundestag gestellt. Nun erreicht sie Brandenburg.

Wir erinnern uns: Über den Vertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zur Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands wurde in der Volkskammer der DDR abgestimmt. Die SED/PDS stimmte dagegen - oder hieß sie nur PDS?

(Zuruf von der PDS: PDS - nachlesen! So kennen Sie sich aus! - Vietze [PDS]: Das CDU-Mitglied Nooke, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, stimmte auch dagegen, Herr Lunacek!)

Die Antwort auf die Große Anfrage enthält eine Fülle wichtiger und interessanter Daten und Indikatoren in Bezug auf den Stand der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West sowie in Bezug auf die Bewältigung des Einigungsprozesses.

Es ist völlig unmöglich, in zehn Minuten im Einzelnen auf das in der Antwort Wiedergegebene einzugehen. Ich möchte mich daher auf wenige, besonders bedeutsame Aspekte beschränken.

Wesentliche Teile der Anfrage beziehen sich auf den Anglei-

chungsprozess West - Ost in Bezug auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Die Anzahl der Arbeitslosen in Brandenburg ist von 101 000 im Dezember 1990 auf 222 000 im Jahr 1999 gestiegen. Das ist zweifelsohne eine beunruhigende Entwicklung. Allerdings muss man feststellen, dass sich die Anzahl der Arbeitsplätze pro 100 Einwohner zwischen Ost und West derzeit kaum unterscheidet. Allerdings haben wir im Osten Deutschlands eine deutlich höhere Erwerbsneigung und dies wird nach allen Prognosen auch unverändert so bleiben.

Beunruhigend erscheint allerdings folgende Feststellung aus der Antwort der Landesregierung:

„Trotz enormer Aufbauleistungen etwa bei der Modernisierung der Infrastruktur und der Produktionsanlagen sowie einer großen Anzahl erfahrener und gut ausgebildeter Fachkräfte ist der gesamtwirtschaftliche Angleichungsprozess zwischen Ost und West somit auch im Land Brandenburg ins Stocken geraten.“

Insgesamt reichte das Wirtschaftswachstum für ein nachhaltiges Beschäftigungswachstum nicht aus. Die Arbeitsmarktungleichgewichte zwischen Ost und West werden sich nach jüngsten Prognosen des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit auch im Jahr 2000 fortsetzen: Während für Westdeutschland sogar eine Zunahme an Arbeitsplätzen erwartet wird, werden für die neuen Länder allenfalls eine Stabilisierung der Beschäftigung und ein leichter Rückgang der Arbeitslosenzahl - bedingt durch eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch einen Rückgang des Arbeitskräfteangebotes - erwartet. Arbeitsmarktpolitik kann für sich genommen das Beschäftigungsproblem in Ostdeutschland nicht lösen. Hier sind die Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Struktur- und Finanzpolitik gefragt.“

Oder betrachten wir die noch vorhandene Produktivitätslücke gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner! Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrug 1998 in Brandenburg immer noch lediglich 70 % des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner in den alten Bundesländern. Dies schlägt sich auch in den Einkommen nieder. Sorge macht hier vor allem die sich abzeichnende Entwicklung. Hierzu schreibt uns die Landesregierung:

„Für die Jahre 1996 bis 1998 zeigt die Entwicklung der Bruttoverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe, dass die Angleichung der Bruttoverdienste zwischen Ost- und Westdeutschland sich verlangsamt. Die Ost-West-Relation lag 1996 bei 72,9 %, 1997 bei 73,7 % und 1998 bei 73,9 %. Eine rückläufige Entwicklung fand statt bei den männlichen Arbeitern im produzierenden Gewerbe. Nach einem Anstieg der Ost-West-Relation von 74,4 % (1996) auf 75,1 % (1997) vergrößerte sich der Abstand zwischen den Bruttoverdiensten in Ost und West erneut; die Ost-West-Relation lag 1998 bei 74,9 %.“

Wenn wir trotz der genannten Feststellungen am Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland festhalten, müssen wir zwingend eine Reihe von Schlussfolgerungen ziehen:

Erstens: Es ist weiterhin eine große Unterstützung der Aufbauleistung Ost durch die alten Bundesländer notwendig, die sich wie bisher in erster Linie in finanziellen Transfers widerspiegelt. Die Verhandlungen zum Solidarpakt II haben deshalb eine immense Bedeutung und wir müssen die Aufmerksamkeit der Bundespolitik hier mit Nachdruck auf die Probleme der neuen Bundesländer lenken. Dafür ist nicht nur die eine oder die

andere Sommerreise hochrangiger Bundespolitiker, sondern die Beschäftigung mit den Problemen des mühsamen Aufholprozesses notwendig.

Zweitens: Dies bedeutet aber auch, dass wir unsere eigenen Bemühungen für die finanzielle Konsolidierung in Brandenburg fortsetzen müssen und in unseren Anstrengungen nicht nachlassen dürfen. Wir dürfen nicht über unsere Verhältnisse leben und schon gar nicht - oder zumindest nicht - über die Verhältnisse, die sich die alten Bundesländer, die die Geberländer sind, selbst leisten. Ansonsten haben wir in den Solidarpakt-Verhandlungen schlechte Karten.

Drittens: Konkret heißt das für uns, der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Strukturpolitik höchste Priorität einzuräumen, um Arbeit für die Menschen im Lande zu schaffen. Stärkung der Wirtschaft, Verbesserung der Infrastruktur sowie Schwerpunktssetzung bei den Investitionsausgaben sind die Schlüssel, die den Aufholprozess Brandenburgs zu den alten Bundesländern erfolgreich zu Ende bringen werden.

(Beifall bei der CDU sowie vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Aspekt: Ein Teil der Großen Anfrage der PDS beschäftigt sich mit diversen Preisvergleichen zwischen den Jahren 1990 und 2000 in den neuen Bundesländern. Ich weiß nicht, was der Fragesteller damit bezwecken möchte. Sicher ist: Die Vergleiche sind so unsinnig, wie überhaupt nur etwas unsinnig sein kann. Denn die genannten Produkte sind nicht miteinander vergleichbar, da man bekanntermaßen Äpfel nicht mit Birnen vergleichen kann. Man kann nicht die durchschnittliche Miete einer Wohnung von 1990 mit der heutigen Miete vergleichen, ohne in diesem Zusammenhang festzustellen, dass in der Regel heute keine Kohleheizungen mehr vorherrschen, die Wohnungen in der Regel ein Bad haben, was damals vielfach nicht der Fall war. Sie hatten seinerzeit sogar teilweise Außentoiletten oder es war keine Kanalisation vorhanden. Man kann nicht die Kilowattstundenpreise von 1990 und 2000 vergleichen, ohne zu berücksichtigen, welche immense Umweltzerstörung durch den Kohleraubbau ohne Renaturierungsmaßnahmen betrieben wurde oder welche immense Luftverschmutzung durch hoch schadstoffbelastende Kraftwerke damals erfolgte.

(Beifall bei der CDU)

Es ist so. Fahren Sie einmal ins Erzgebirge und schauen Sie sich an, wie es dort aussieht! Rauchharte Bäume wollte man zu DDR-Zeiten pflanzen, um diesem Problem beizukommen.

Man kann nicht die Kubikmeterpreise für Wasser oder Abwasser vergleichen, ohne zu berücksichtigen, welche Mengen an Abwasser seinerzeit im Grundwasser versickerten und uns noch über Generationen schadstoffbelastetes Grundwasser mit all den Folgen für die Gesundheit bescheren werden.

Solche Preisvergleiche sind höchstens dazu geeignet, eine völlig unangebrachte und an den Realitäten vorbeigehende Glorifizierung der DDR zu betreiben.

Insgesamt ist festzuhalten: Der Lebensstandard im Osten Deutschlands hat sich in den letzten zehn Jahren stetig und deutlich verbessert.

(Zurufe von der PDS)

Verbessert hat sich ebenso deutlich die Produktqualität, und zwar durchgängig. Verbessert hat sich gleichzeitig der Schutz der Umwelt. Dies ist das Ergebnis der Wiederherstellung der deutschen Einheit, der Wiederherstellung demokratischer Ver-

hältnisse und der Einführung der sozialen Marktwirtschaft in Ostdeutschland.

Meine Damen und Herren, die Große Anfrage enthält ferner eine Reihe von Fragen und Feststellungen zur Umsetzung des Einigungsvertrages. Es ist an dieser Stelle erst einmal festzuhalten, dass wir froh sein können, dass wir den Westteil unseres Vaterlandes hatten, mit dem wir einen Einigungsvertrag schließen konnten. Ein Blick nach Osten führt uns vor, wie ungleich schwerer es anderenfalls geworden wäre.

(Beifall bei SPD und CDU)

Auf einen Aspekt des Einigungsvertrages möchte ich konkret eingehen: die Frage der Behandlung von Alteigentum und des Interessenausgleichs mit Alteigentümern. Der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ ist der wohl am meisten und sehr kontrovers diskutierte Grundsatz der Regelungen des Einigungsvertrages. Es gab und gibt zweifellos erhebliche Härten für ehemalige DDR-Nutzer von Alteigentum, genauso wie es erhebliche Härten für Alteigentümer gibt, die aufgrund von Investitionsvorrang oder Halbwertklausel die sie betreffende Verfahrensweise als Enteignung empfinden. Durch das Investitionsvorrangverfahren wurde immerhin sichergestellt, dass der wirtschaftliche Aufholprozess durch das Problem Alteigentum nicht entscheidend behindert wurde.

Eines sollte an dieser Stelle jedoch festgehalten werden: Die Verursacher des ganzen Problems mit seinen unzähligen Härten und Ungerechtigkeiten für beide Seiten waren die SED und ihre Politik, die Eigentum grüßlichst mißachtete, die nach Gutdünken enteignete und die durch ihre Politik viele Menschen aus dem Land trieb - mit all den Folgen, die damit verbunden waren.

(Beifall bei SPD und CDU)

Dies sollte man nicht vergessen, wenn man über dieses Thema diskutiert und manchmal seinen Ärger über die Väter des Einigungsvertrages äußert. Man hatte damals ein Problem zu lösen, für das es schlicht eine gerechte Lösung von beiden Seiten nicht gab. Mehr als 80 % der strittigen Fälle sind inzwischen entschieden. Es bleibt zu hoffen, dass durch die Klärung der verbliebenen Fälle dieses Thema bald keines mehr ist.

Abschließend, meine Damen und Herren, lassen Sie mich sagen, dass ich mir gewünscht hätte, dass man sich, wenn man eine Große Anfrage zum Thema „10 Jahre deutsche Einheit“ stellt, auch mit den Themen beschäftigt, die ich wirklich für bedeutsam halte, nämlich mit der Wiederherstellung von Demokratie und demokratischer Mitbestimmung in den neuen Ländern,

(Beifall bei SPD und CDU)

der Wiederherstellung der Grundrechte der Menschen, der Wirksamkeit des Grundgesetzes in den neuen Ländern, der Wiederherstellung von Freiheit, von Informationsfreiheit, dass man sich schlicht ein Buch kaufen kann,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Wagner {CDU})

das man selbst kaufen und lesen möchte, und nicht das, was die Agitprop-Abteilung der SED für richtig und notwendig hält.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Dies sind die wahren Leistungen und Errungenschaften im Zuge der Einheit. Ich würde mir wünschen, dass wir dies nicht vergessen.

(Zurufe von der PDS)

Freiheit lernt man erst dann zu schätzen, wenn man sie nicht hat, meine Damen und Herren. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Lunacek, stehen Sie noch für Fragen zur Verfügung? - Bitte sehr, Herr Ludwig!

Ludwig (PDS):

Herr Lunacek, würden Sie mir - erstens - zustimmen, dass der CDU-Fraktion jederzeit freigestellt ist, wenn diese Fragen Sie so brennend interessieren, eine Große Anfrage zu diesem Thema einzureichen?

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Würden Sie mir - zweitens - zustimmen, dass durch Abarbeitung der Fälle von so genannten offenen Vermögensfragen in den zukünftigen Jahren das Problem nicht gelöst sein wird? Denn die dadurch entstandene Eigentumslosigkeit bei vielen Ostdeutschen, die noch im Jahr 1990 in Anspruch genommen haben, erstmalig Grund- und Bodeneigentum bilden zu können, wird sie begleiten; denn sie haben nicht die gleichen Existenzgründerchancen wie Westdeutsche, die zum Teil ererbte Immobilien jetzt verpachten.

Lunacek (CDU):

Würden Sie die zweite Frage bitte wiederholen?

Ludwig (PDS):

Würden Sie mir zustimmen, dass durch die bloße Abarbeitung - wie Sie es dargestellt haben - des Restes der offenen Vermögensfragen das Problem in den nächsten Jahren nicht gelöst wird, weil dadurch, dass viele Ostdeutsche aus diesem Prozess als eigentumslos hervorgehen, sie nicht die gleichen Existenzgründerchancen haben wie Westdeutsche, die zum Teil jetzt ererbte Grundvermögen verpachten?

Lunacek (CDU):

Zur Frage 1: Ich glaube, es wird in den Redebeiträgen deutlich, wie wir diese Dinge schätzen.

Zur Frage 2: Es ist in der Tat ein Riesenproblem gerade bei Existenzgründern etc., dass die Ostdeutschen nicht die Menge an Kapital haben, wie sie Westdeutsche in vierzig Jahren Demokratie und Marktwirtschaft aufhäufen konnten. Aber die Ursache dafür kann man nicht staatlicherseits mit einem Federstrich beseitigen, sondern die Ursache liegt in vierzig Jahren der Beschränkung der Ostdeutschen durch Diktatur und Mauer. Es bleibt Aufgabe von uns, dafür zu sorgen, dass diese Folgen gemildert werden, und zwar durch Existenzgründerprogramme usw. Ich glaube, diesen Dingen kommt die Politik heute nach.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die Landesregierung. Bitte, Herr Minister Ziel!

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zehn Jahre Einheit der Deutschen - das ist ein feierlicher Anlass. Es gibt auch

reichlich Gründe zum Feiern, wie es auch Gründe zum Nachdenken, zum Innehalten, zum Besinnen gibt.

Die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage der PDS zeigen beides: Licht und Schatten eines Jahrzehnts, das Deutschland und seine Menschen verändert hat. Bei allem, was dieses Jahrzehnt an Erfolgen, aber auch an Irrungen und Wirrungen prägte, ist mir gar nicht bange, dass die Deutschen in naher Zukunft ökonomisch zusammengehen werden. Schwieriger erscheint mir da schon die Beantwortung der Frage, ob dies denn in den anvisierten Zeiträumen auch emotional möglich sein wird. Dabei hängt beides, das Ökonomische und das Emotionale, untrennbar zusammen.

Prognosen sind immer schwierig. Aber wir haben uns in diesen Jahren auch nie als Kaffeesatzleser betätigt. Im Gegenteil. Brandenburg hat angepackt, hat zugepackt. Das war auch nötig angesichts der Realität, die fast alles bisher Gewohnte aus der Bahn warf und praktisch jeden in neuer Weise forderte.

Ich meine, heute können wir sagen: Die Landesregierung hat ihre Regierungsverantwortung gut genutzt. Wir haben den Menschen eine Zukunft und der Wirtschaft Perspektiven gegeben. Demokratie ist eine alltägliche Selbstverständlichkeit geworden, Rechtsstaatlichkeit das allgemein gültige Handeln.

Im Fokus dieser Jahre, die schließlich auf durchaus nicht leise Art revolutionär, verzwickelt, aufbrausend waren, erstaunt es immer wieder, wie friedlich dieser Wandel vor sich ging. Das hat die Welt aufhorchen lassen - eine friedliche Revolution. Auch viele Mitglieder dieses Hohen Hauses waren dabei: in der kommunalen Ebene, in den Institutionen, in den Kirchen. Da ist es nicht nur ärgerlich, sondern empörend, wenn sich die DVU mit einschleicht in diesen Prozess. Verräterisch ist die Wahlwahl „Mitteldeutschland“.

Wir haben vielen Nationen dafür zu danken, dass wir, die Deutschen, uns in einem Vaterland wiederfinden konnten, vielen Nationen, angefangen bei Israel über die USA, über Russland, über Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei. Sie haben uns den Weg in die Einheit nicht versperrt, sondern sie haben eher Sympathie für diesen Weg gezeigt. Das sollten wir unseren Nachbarn, das sollten wir den Staaten der Welt, die uns zur Seite gestanden haben, nicht vergessen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die Welt sagt allgemein: Deutschland hat es geschafft; die über vier Jahrzehnte gesplante Nation ist friedlich zusammengekommen; die Wirtschaft floriert wieder, der Sozialstaat steht fest und sicher. Ich selber würde da gern ein Fragezeichen anbringen.

Der Lebensstandard ist hoch. Die Menschen können ohne Zukunftsängste leben. Doch ich behaupte gleichzeitig: Es fängt alles erst an. Ich will nicht die Modewörter Globalisierung sowie IuK-Technologien strapazieren. Tatsache ist, dass sich mit den Arbeitswelten auch Lebenswelten ändern. Das ist ein Wandel, der den Sozialstaat und seine Menschen in bislang nicht gekannter Weise fordern wird. Wir werden den Sozialstaat umbauen müssen, wenn wir ihn erhalten wollen. Möglich ist das.

Inzwischen wurden Reformen auf den Weg gebracht, die mit sozialer Vorsicht das Land modernisieren. Voraussetzung für ihr Gelingen bleibt die Bereitschaft aller, am Strukturwandel mitzutragen. Ist Brandenburg bereit? Vieles spricht dafür. Das Bruttoinlandsprodukt entwickelt sich, im Vorjahr waren es 0,8 % auf dem Niveau der neuen Bundesländer. Der industrielle Umsatz liegt bei einem Plus von 4,4 %, was besonders auf die Sta-

bilität im verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen ist. Bremsend wirken sich nach wie vor die Einbußen im Bergbau, in der Metallverarbeitung und in der Bauwirtschaft aus. Erfreulich gut entwickelt sich der Tourismus in unserem Land. Das Land gibt neuen technischen und kommunikativen Innovationen Raum und verfügt über leistungsfähige und anerkannte Bildungsstätten. Das alles macht uns zuversichtlich, dass sich diese Region zu einem sehr dynamischen Wachstumszentrum entwickeln kann. Dabei dürfen wir die Balance zwischen Wirtschaft und Sozialem, zwischen Arbeit und Familie, zwischen Solidarität und Toleranz, zwischen Sicherheiten und Mut nicht verlieren.

Meine Damen und Herren! Zehn Jahre deutsche Einheit - vieles muss unerwähnt bleiben, was ebenfalls erwähnenswert wäre. Aber die ersten Schritte sind getan. Weitere Schritte sind nötig. Auch diese Schritte sind nicht ohne Risiken, aber Risiken haben wir auch bisher nicht gescheut. Ich bin sicher, dass wir sie gemeinsam auch im elften Jahr der Republik der Deutschen bewältigen werden und darüber hinaus. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht erneut an die PDS-Fraktion. Frau Dr. Schröder, bitte!

Frau Dr. Schröder (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das neoliberale Leitbild eines dauerhaft dynamischen Wachstumstyps für die ostdeutsche Wirtschaft erwies sich in zehn Jahren deutscher Einheit als untauglich, eine Angleichung von Beschäftigung und Einkommen zwischen Ost und West herbeizuführen. Die hohe und persistente Arbeitslosigkeit ist und bleibt das gravierendste gesellschaftliche Problem der neuen Bundesländer.

Nach Aussage des Sozialreports 2000 empfinden in Ostdeutschland 57 % der Arbeitslosen ihre Entwicklung seit der Wende als Abstieg. Selbst unter den Erwerbstätigen ist es nicht einmal die Hälfte, die ihre Entwicklung positiv einschätzt. Bemerkenswert ist, dass im Vergleich der neuen Bundesländer die Zufriedenheit im Jahre 2000 am höchsten in Mecklenburg-Vorpommern und am geringsten in Brandenburg ist. Die Brandenburger Arbeitsmarktbilanz offenbart Ursachen: rückläufige Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 124 000 im Jahre 1999 gegenüber 1992, Anstieg der Arbeitslosenzahl um ca. 60 % in der Zeit des Bestehens des Landes, Anstieg der Arbeitslosenquote von anfangs 10 % auf heute 19 %.

Die Fakten bleiben hinter den in allen drei Regierungserklärungen gesteckten Zielen weit, weit zurück. Alle politischen Sonntagsreden - auch die heutigen - können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Brandenburger Landespolitik, gleich welcher Couleur, an der zentralen Aufgabe einer Beseitigung bzw. Verringerung von Arbeitslosigkeit gescheitert ist. Mit Vehemenz hat die brandenburgische SPD in der 1. und 2. Legislaturperiode die Beschäftigungspolitik der damaligen Bundesregierung von CDU/CSU und FDP - zu Recht, wie ich meine - kritisiert. O-Ton aus der zweiten Regierungserklärung von Ministerpräsidenten Stolpe im Jahre 1994:

„Denn wenn einige in der Bundesregierung meinen, in der Streichung von Mitteln für die Arbeitsmarktpolitik läge unser finanzielles Heil, so sparen sie den Pfennig, um dann die Mark zu verlieren. Die Regierenden in Bonn werden so dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft kälter und ärmer wird; das Kulturgut Solidarität droht verloren zu gehen.“

Genau diese Politik der sozialen Kälte betreiben Sie jetzt mit Ihrem schwarzen Koalitionspartner. Noch vor einem Jahr meinten Sie, mit ihm besser sozialdemokratische Politik in diesem Land gestalten zu können als mit der PDS-Fraktion.

(Zuruf von der CDU: Ein Glück!)

Wie glaubwürdig sind Sie eigentlich noch?

Das Landesprogramm braucht eine neue Gewichtung, hin zu Arbeit und Qualifizierung für Brandenburg, solange neoliberale Wirtschaftspolitik den Nachweis für substanzielle Beschäftigungserfolge schuldig bleibt. Diese Schuld besteht in erster Linie gegenüber den Langzeitarbeitslosen.

Herr Ministerpräsident, ich freue mich, dass Sie diese Priorität in Ihrer gestrigen Bilanz zur Arbeitsmarktpolitik nun auch festgestellt haben, nachdem die PDS-Fraktion in den vergangenen Wochen mehrfach auf dieses Kernproblem verwiesen hat. In keinem anderen ostdeutschen Bundesland liegt der Anteil derer, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, so hoch wie in Brandenburg. Derzeit sind es über 38 %.

Als jüngste Frau im Parlament ist es mir Bedürfnis und Verpflichtung zugleich, auf die besondere Schuld hinzuweisen, die die Landespolitik gegenüber Frauen und Jugendlichen trägt. Die Erwerbstätigkeit von Frauen in Ostdeutschland ist nach zehn Jahren von 90 % auf 55 % gesunken. Der eigentliche gesellschaftliche Skandal, den auch Brandenburger Landespolitik zu verantworten hat, ist der, dass nicht die Defizite der Erwerbsorientierung bei westdeutschen Frauen ausgeglichen, sondern die Erwerbswünsche ostdeutscher Frauen auf westliche Verhältnisse reduziert worden sind.

Wir werfen der Landesregierung vor, dass sie politisch gegenüber den Problemen der überproportionalen Erwerbslosigkeit von Frauen nicht agiert, sondern lediglich reagiert. Aber auch die Reaktion ist eine viel zu unverbindliche. Besonders alarmierend ist die steigende Jugendarbeitslosigkeit. Offiziell sind in Brandenburg nahezu 30 000 Personen unter 25 Jahren derzeit ohne Job. Die Ausbildungssituation stellt sich von Jahr zu Jahr angespannter dar. Diskutieren Sie endlich ernsthaft mit der PDS-Fraktion und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen, wie den Gewerkschaften, das von Ihnen früher selbst propagierte Konzept einer bundesweiten Umlagefinanzierung.

Wir fordern die Landesregierung auf, das durch Ihre Politik angehäuften Schuldenkonto in Gänze abzutragen. Verhelfen Sie den Menschen im Land Brandenburg zu einer erlebbaren Definition von Arbeit: A wie Ausbildung, R wie Rechtsanspruch, B wie berufliche Entwicklung, E wie Erwerbseinkommen, I wie Integration und T wie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben!

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Kuhnert. Er spricht für die SPD-Fraktion.

Kuhnert (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe von meiner Fraktion den Auftrag erhalten, zum Kapitel Beschäftigungssituation zu sprechen. Man muss, wenn man das eben Gesagte gehört hat, daran erinnern, wie die Ausgangslage 1989/90 gewesen ist. Damals hat im Politbüro unter Ausschluss der Öffentlichkeit Gerhard Schürer den dort Versammelten mitgeteilt, dass die DDR zahlungsunfähig sei. Aus den Tonbandprotokollen, die

inzwischen aufgefunden werden konnten, geht hervor, dass die einen in Tränen ausbrachen und die anderen die Wiedereinführung der Todesstrafe forderten, um diejenigen zu bestrafen, die daran schuld sind, dass die DDR so abgewirtschaftet worden ist.

Diese Hintergrundinformation ist wichtig. Gerhard Schürer hat uns das nach der Wende im Fernsehen deutlich gemacht. Die Ursache für die wirtschaftliche Not im Osten liegt nicht bei zehn Jahren Wiedervereinigung, sondern bei dem Erbe, das wir übernommen haben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Fahren Sie nach Osteuropa, dann werden Sie sehen, wie es aussieht, wenn der starke westliche Partner nicht da ist!

Am 18. März 1990 fand eine Art Volksabstimmung über die schnelle deutsche Einheit statt. Es gab mehrere Parteien, zu denen wir gehört haben, zu denen Sie gehört haben, die einen besonnenen, langsamen Weg wollten. Das war nicht so gewünscht. Deshalb hatte der damalige Bundeskanzler auch gar keine anderen Möglichkeiten. Aber mit der schnellen Währungsunion brachen alle osteuropäischen Märkte mit einem Schlag weg. Auch das war für die Wirtschaft ein harter Schlag.

Der hohe Umtausch bei der Währungsunion, zu dem es keine Alternative gab - das will ich überhaupt nicht in Zweifel stellen -, der aber nicht der Wirtschaftskraft des Ostens entsprach, hatte noch einmal Folgen für den Arbeitsmarkt. Die zusätzliche Kaufkraft, die er brachte, ging leider fast ausschließlich in Westprodukte. So waren wir damals. Ich glaube, wir gehörten alle dazu. Anstatt die eigenen Produkte zu kaufen, kauften wir die aus dem Westen.

Dazu kommen natürlich noch die anderen Sachen - sie wurden heute auch schon angesprochen -: Fehler in der Treuhandpolitik und Vereinigungskriminalität - ich kann hier nicht alle aufzählen - sowie eine europaweite Rezession.

Vor diesem Hintergrund ist das, was heute erreicht ist, zu beurteilen. Ich kann nur sagen: Was erreicht worden ist, das ist enorm.

(Beifall bei SPD und CDU)

Diejenigen, die das erreicht haben, das sind die Menschen im Land.

Wir als Politiker haben doch allenfalls die Möglichkeit, Rahmenbedingungen zu setzen, die möglichst gut sein sollten. Darum haben wir uns bemüht. Der Anschein, wir würden das leisten, was im Land geleistet worden ist, ist ja irrig.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Kuhnert (SPD):

Ja, bitte!

Ludwig (PDS):

Herr Kollege, können Sie mir einen für mich erkennbaren Widerspruch in Ihren Darlegungen erklären? Zuerst haben Sie uns hier im Haus erklärt, dass die wirtschaftliche Situation heute die Folge der wirtschaftlichen Situation von 1989 sei. Danach haben Sie ausgeführt, dass im Jahre 1990 mit der Währungsunion plötzlich die Ostmärkte wegbrachen und dass das an der wirt-

schaftlichen Situation schuld sei. Mich würde interessieren, was nun gilt.

Kuhnert (SPD):

Das ist kein Widerspruch, Herr Kollege. Es sind mehrere Ursachen, die ich benannt habe. Dazu gehören auch die anderen Ursachen, die ich genannt habe. Aber Sie müssen respektieren, dass die Mehrheit der Bevölkerung damals die schnelle Einigung wollte. Sie haben sie nicht gewollt, die SPD auch nicht, aber wir mussten respektieren, was der Souverän entschieden hat. Das halte ich auch nach wie vor für korrekt.

Deshalb war die wichtigste Aufgabe nach diesem Umbruch vor zehn Jahren, nach der Wende die Wirtschaftsförderung. Diejenigen, die bereits zehn Jahre im Landtag sitzen, haben das ja alles mitgemacht, wie in Windeseile Gewerbegebiete ausgewiesen wurden, wie Infrastruktur geschaffen werden musste, die weitestgehend nicht da war. Ich denke beispielsweise an die Telekommunikation. Man hat das ja alles schon wieder vergessen. Wer hatte schon ein Telefon?

Ich denke auch an die Investitionen der öffentlichen Hand. Wir lasen vor ein paar Tagen in der Zeitung, dass die staatliche Wirtschaftsförderung immerhin 800 Investoren ins Land geholt hat. Ich glaube, das ist ein Vielfaches von dem, was in den 40 Jahren zuvor zustande gekommen ist.

Um die Wirtschaft anzukurbeln, haben wir uns in dieser Zeit auch hier im Land verschuldet. Vor dem Hintergrund der Rezession - das muss zugegeben werden - ist das Anschieben der Wirtschaft nur in bestimmtem Maße gelungen. Wir haben zwar in Brandenburg über lange Jahre hinweg die besten Wirtschaftsdaten gehabt, was das Bruttoinlandsprodukt, die Produktivität oder das Wirtschaftswachstum im Osten betrifft. Trotzdem - darauf haben alle Redner zu Recht hingewiesen - kann sich niemand beruhigt zurücklehnen. Die hohe Arbeitslosigkeit ist Anlass dafür, weiterhin intensiv zu arbeiten. Die aktive Arbeitsmarktpolitik im Land Brandenburg hat von Anfang an versucht, wirtschaftsnah zu fördern, auf Qualifizierung und Aktivierung zu setzen. Ich nenne das „Kurssystem kontra Langzeitarbeitslosigkeit“, welches es nur in Brandenburg gibt, oder das Projekt „Arbeit statt Sozialhilfe“, mit dem wir in Brandenburg an der Spitze der ostdeutschen Länder liegen.

Auch in der Frauenförderung, Frau Schröder, ist Brandenburg beispielhaft gewesen.

An dieser Stelle muss ich einmal etwas einflechten, auf einen Widerspruch hinweisen, Herr Ludwig, den ich nun bei Ihnen beobachte. Der Fraktionsvorsitzende hat es heute wieder gesagt und Sie machen es auch bei jeder Debatte, in der es um den Arbeitsmarkt geht. Sie loben Regine Hildebrandt. Diese hat aber diese neun Jahre in Brandenburg zu verantworten. Diese neun Jahre, die Regine Hildebrandt zu verantworten hat, redet Ihre Sprecherin hier in Bausch und Bogen ins Negative. Sie müssen sich einmal entscheiden! Hat Regine Hildebrandt eine gute Politik gemacht oder nicht? Ich denke, sie hat eine gute Politik gemacht und dies sollte auch benannt werden.

In Zukunft wollen wir bei der Arbeitsmarktpolitik auch weiterhin auf die bewährten Dinge setzen, aber auch neue Sachen einführen. Ich denke, in den nächsten Jahren wird der Satz auf Seite 26 oft zitiert werden, wo die Regierung bekennt, dass sie die Arbeitsmarktpolitik auf einem hohen Niveau verstetigen will. Darauf werden wir in den Haushalts- und anderen Debatten noch zurückkommen.

Was das Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ betrifft, haben Sie, Frau Schröder, gefordert, dass die

Sozialpartner wie die Gewerkschaften und andere mehr einbezogen werden müssen. Sie wissen aber doch, dass das Landesprogramm, das jetzt in Arbeit ist und ab 01.01.2001 in Kraft sein wird, im gemeinschaftlichen Planungsprozess zustande gekommen ist. Daran waren alle beteiligt - die Gewerkschaften, die Träger, die Parteien, Sie, wir auch. Insofern verstehe ich auch diese Kritik nicht. Entweder sind Sie schlecht informiert oder Sie wollen hier ausschließlich Polemik machen.

Wir werden auch in Zukunft jedem, der das will, einen Ausbildungsplatz sichern. Wir werden für Jugendliche, junge Erwachsene an der zweiten Schwelle ein Programm auflegen. Das wird in dem neuen Programm, das wir demnächst vorgestellt bekommen, nachzulesen sein. Das Netzwerk „Lebenslanges Lernen“ und die Verzahnung der verschiedenen Förderbereiche werden eine Rolle spielen.

Für das Thema Frauenförderung gibt es mehrere neue Projekte - dies war bereits der Presse zu entnehmen - im IT-Bereich, im Existenzgründerbereich oder bei den neuen Arbeitszeitmodellen.

Die Bundesanstalt für Arbeit - Herr Jagoda hat das bereits gesagt - wird die finanzielle Förderung für den Osten in gleicher Weise wie bisher erhalten. Das Jugendsonderprogramm soll gegebenenfalls von der Bundesanstalt weitergeführt werden. ABM sind für den Osten auch weiterhin unverzichtbar.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Kuhnert (SPD):

Ja, bitte!

Frau Dr. Schröder (PDS):

Herr Abgeordneter, Sie sollten meinen Ausführungen besser folgen oder diese noch einmal im Protokoll nachlesen!

Präsident Dr. Knoblich:

Sie sollten eine Frage stellen, Frau Abgeordnete!

Frau Dr. Schröder (PDS):

Meine Frage ist, ob Sie registriert haben, dass ich meine Ausführungen zur Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen und Gewerkschaften ausdrücklich auf die Umlagefinanzierung und nicht auf das Landesprogramm bezogen habe. Wenn nicht, lesen Sie das bitte nach!

Kuhnert (SPD):

Gut, ich werde es nachlesen. Schönen Dank!

Der Bund ist hier auch weiterhin in der Pflicht. Das, was der Kollege Christoffers neulich einforderte, ist in Arbeit. Die SGB-III-Reform ist sicherlich überfällig, das Arbeitsstrukturfördergesetz, welches maßgeblich mit von Brandenburg gearbeitet worden ist, und andere Dinge, etwa das Recht, auf einen Teilzeitplatz zu wechseln, oder die engere Verknüpfung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.

Ich will zum Schluss noch einmal das erwähnen, was schon von einigen gesagt worden ist. Sie greifen natürlich in Ihren Reden vor allen Dingen die Problembereiche heraus, was ja wichtig ist. Es müssen die Bereiche besprochen werden, die besonderen Handlungsbedarf beinhalten. Trotzdem sollte damit die Erfolgs-

geschichte der letzten zehn Jahre nicht kaputtgeredet werden - vor allen Dingen um der Menschen willen, die diese Leistungen hier im Land vollbracht haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht erneut an die PDS-Fraktion. Herr Abgeordneter Warnick, bitte!

Warnick (PDS):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus den Antworten auf unsere Anfragen zum Komplex Miete, Pachten, Wohnen lässt sich ein Stimmungsbild dieses Themengebietes ableiten, das ich hier kurz skizzieren möchte. In der Kürze der Zeit kann ich dabei leider nicht mehr auf Details der einzelnen Antworten eingehen, so wichtig mir dies auch im Einzelfall zu sein scheint.

Wenn es nach 1990 neben der täglichen Sorge um den Arbeitsplatz noch etwas gab, auf das Ostdeutsche besonders sensibel reagierten, dann waren es die Zukunft ihrer Wohnsituation und die Angst vor einem explosionsartigen Anstieg der Wohnkosten und vor der Verschlechterung ihrer rechtlichen Möglichkeiten, wussten wir doch alle aus dem Westfernsehen oder von persönlichen Besuchen, die in den letzten Jahren vor der Wende oftmals möglich wurden, dass der Wohnungsstandard in der Bundesrepublik wesentlich höher ist als bei uns, dass jeder und jede, vorausgesetzt, mit der entsprechenden Brieftasche ausgestattet, auch eine ihm oder ihr angemessene Wohnung findet,

Aber wir sahen auch, dass dieser Wohlstand mit hohen, ständig steigenden Mieten, mit der dauernden Suche nach bezahlbarem Wohnraum, mit häufigem Wohnungsumzug, mit der Angst vor Kündigungen und mit ausufernder Wohnungsspekulation erkauft war. So wundert es nicht, dass die Interessenorganisationen von Mietern und selbst nutzenden Eigentümern im Frühjahr 1990 in der DDR wie Pilze aus dem Boden schossen. Es ist dem Einsatz Tausender betroffener Mietervereine und -initiativen zu verdanken, dass der Übergang in das altbundesdeutsche Mietensystem einigermaßen sozial abgefedert wurde, vom ersten Tag an immer auch begleitet von der Unterstützung der PDS und - dies muss ich an dieser Stelle der Fairness halber sagen - teilweise auch mit Unterstützung und mit der Vorreiterrolle Brandenburgs im Bundesrat, und zwar vor allem in der Person des Justizministers Bräutigam. Denn wir haben nicht vergessen, was alles in den Jahren 1991 bis 1995 bundesgesetzgeberisch in den Schubladen lag und wo sich vehementer Widerstand gelohnt hat.

Niemand bestreitet heute, dass im Durchschnitt die Wohnkosten bezahlbar sind. Niemand bestreitet auch die immensen Anstrengungen, die insbesondere in Brandenburg unternommen wurden, um Wohnraum neu zu schaffen und vor allem zu modernisieren. Insbesondere die demokratischen Sozialisten bestreiten nicht, dass im Osten Deutschlands die Wohnungspolitik dringend vom Kopf auf die Füße gestellt werden musste und dass die wohnungspolitische Unwirtschaftlichkeit der DDR und das Unvermögen der SED-Oberen, dies zu begreifen, ein wesentlicher Mitauslöser des Umbruchs 1989 war. Aber gerade deswegen müssen wir als Opposition auch die gravierenden Fehler benennen, die nach 1989 eine wesentlich bessere Entwicklung nachhaltig verhindert haben. Unsere Aufgabe ist nicht das Jubeln, sondern den Finger auf die noch immer frischen Wunden zu legen.

(Beifall bei der PDS)

In diesem Zusammenhang muss als Erstes natürlich das verhee-

rende Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“, das bis heute bleibende Schäden hinterlassen hat, genannt werden. Wenn irgendwo in ostdeutschen Stadtzentren oder auf dem flachen Land inmitten von renovierten Altbauten oder neben mehr oder weniger attraktiven Neubauten eine zerfallene Ruine steht, so handelt es sich in unschöner Regelmäßigkeit um ein auch nach zehn Jahren noch streitbehaftetes Restitutionsobjekt. Solche Objekte sind als Schandfleck vieler Kommunen weithin sichtbare Symbole für eine verfehlte Vereinigungspolitik, und das - da muss ich kein Prophet sein - leider noch für viele weitere Jahre.

Als zweiter Kardinalfehler ist der Umgang mit den so genannten Altschulden der DDR-Wohnungswirtschaft zu benennen. Ich will überhaupt nicht auf die rechtliche Bewertung dieser angeblichen Schulden eingehen. Aber zu warten, bis die Banken in einer Hochzinsphase aus ihren nur auf dem Papier stehenden 35 Milliarden DM 50 Milliarden DM, später sogar knapp 60 Milliarden DM gemacht hatten, und den Wohnungsunternehmen dann erst 28 Milliarden DM zu erfassen, war politisches Unvermögen der obersten Kategorie.

(Beifall bei der PDS)

Volkswirtschaftlich hätte es sich zigfach ausgezahlt, die Differenz zu den ehemals 35 Milliarden DM, also auch auf die restlichen 7 Milliarden DM, in den Erblastentilgungsfonds zu übernehmen, und zwar gleich nach dem 3. Oktober 1990, und damit die Banken leer ausgehen zu lassen. Die durch den großen Problemdruck immer wieder erzwungenen Änderungen am Altschuldentilgungsgesetz konnten und können diesen Fehler nicht mehr reparieren. Mieterinnen und Mieter sowie ostdeutsche Wohnungsunternehmen zahlen noch in weiteren zehn Jahren die Zeche für die staatlich geförderte Konjunkturlilfe Not leidender Banker.

Der dritte große Fehler ist die in Finanzzeitschriften jahrelang als steuerliches Jahrhundertgeschenk angepriesene Sonderabschreibung Ost, die dem deutschen Steuerzahler bisher zwischen 150 und 200 Milliarden DM Steuermindereinnahmen beschert hat. Statt mit Hilfe der Sonderabschreibung Ost gezielt Wohnungsbau und Wohnungserneuerung in Ostdeutschland zu steuern, ökologisches, flächensparendes, kostengünstiges und behindertenfreundliches Wohnen zu befördern, sind riesige Finanzmittel in teilweise sinnlose Abschreibungsprojekte geflossen. Diese Mittel fehlen heute, um die wohnungswirtschaftlichen Folgen des Wirtschaftskahlschlags und des damit verbundenen Bevölkerungsrückgangs wenigstens teilweise zu mildern.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss Ihrer Rede!

Warnick (PDS):

- Ich bin sofort fertig. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen: Nach zehn Jahren Einheitsversuch können wir nicht nur eitel Sonnenschein vermerken. Die Menschen in diesem Land werden uns jedenfalls auch weiterhin auf ihrer Seite finden, wenn es darum geht, die Fehler zu benennen und die Folgen der leichtfertig verspielten Einheitschancen wenigstens teilweise zu mildern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Der letzte Beitrag bleibt der Landesregierung vorbehalten. Herr Minister Schönbohm, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie sich die Anfrage im Einzelnen ansehen, dann stellen Sie fest, dass die deutsche Einheit sehr stark auf technische Fragen, die die Menschen belasten, reduziert wird. Aber bei der Diskussion über zehn Jahre Einheit geht es um Fragen, die darüber hinausweisen. Gerade nach dem letzten Redebeitrag habe ich den Eindruck gewonnen, dass viele von Ihnen den Eindruck erwecken wollen, vieles sei schlecht, weil wir die Einheit haben. Nein, es ist gut, dass wir die Einheit haben! Das ist der grundlegende Unterschied im Ansatz und in der Betrachtungsweise.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Obwohl ich hier geboren bin, durfte ich bis 1990 nicht die DDR besuchen. Zum ersten Mal bin ich im Jahr 1990 in die DDR gekommen. Ich kann mich noch genau an die Bilder erinnern. Haben Sie das eigentlich alles vergessen? Wie sah es denn in den Dörfern aus? Wie sahen denn die Innenstädte aus? Wie waren denn die Straßenverhältnisse? Was hat sich eigentlich alles geändert? Dass, was sich geändert hat, ist doch sehr positiv zu bewerten.

Ich darf einen für Sie unverdächtigen Zeugen nennen, nämlich Herrn Berghofer, der einmal Oberbürgermeister von Dresden war. Er sagte mir kürzlich bei einem abendlichen Gespräch: Wäre die Einheit zehn Jahre später gekommen, wäre vieles zusammengefallen, worüber wir uns heute freuen.

Besuchen Sie einmal Luckau und sehen Sie sich den prächtigen Marktplatz an! Sehen Sie sich an, wie dieser wiederhergestellt worden ist! Auch die Gebäude an diesem Platz hätten zu den von Herrn Berghofer genannten Objekten gezählt.

Wir sollten also auch einmal feststellen, was wir schon erreicht haben. Mir geht es nicht um eine Diskussion darüber, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Mir geht es um die Frage, was die deutsche Einheit eigentlich bedeutet. Die von Ihnen gestellten Fragen sind beantwortet worden; Sie haben die Antworten gelesen.

(Zuruf von der PDS)

- Ich weiß, Sie wollen mich stören, weil Sie Angst haben, dass ich meinen Gedanken, dem Sie nicht folgen können, zusammenhängend vortrage. Lassen Sie es mich deshalb in aller Ruhe erläutern.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD - Lachen bei der PDS)

Ihr offenkundiger Versuch einer Negativbilanz ist auch deswegen so ungerecht, weil die SED die herrschende Kraft war und Sie ihre Nachfolgepartei sind. Herr Bisky hat heute auch etwas zur CDU gesagt, aber das ändert nichts an Ihrer Verantwortung. Von daher gesehen haben Sie sich auch mit den Defiziten auseinander zu setzen. Der Hinweis auf Herrn Schürer allein reicht nicht, denn mit den negativen Folgen der damaligen Politik haben wir uns jetzt auseinander zu setzen.

Wir müssen auch noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Herr Bisky, Sie sprachen von Verlierern und Gewinnern der Einheit. Ich glaube nicht, dass man sagen kann, es gebe Verlierer. Es gibt Menschen, denen das Leben unter den neuen Bedingungen schwer fällt, das ist richtig. Aber sind wir nicht eigentlich alle Gewinner? Können wir nicht sagen, dass wir alle durch die Möglichkeiten der Freiheit, des Rechts und der Freizügigkeit

Gewinner sind? Das Leben gestaltet sich schwieriger, aber es ist doch auch schöner geworden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Sie treiben die Spaltung voran, wenn Sie immer wieder versuchen, zwischen Siegern und Besiegten, zwischen Gewinnern und Verlierern zu unterscheiden. Lassen Sie uns doch einmal versuchen, die Vollendung der inneren Einheit gemeinsam als Deutsche, die wir einen gemeinsamen Auftrag haben, anzugehen.

Wenn die Bevölkerung damals in der DDR auf die Straße ging und zunächst „Wir sind das Volk!“, später aber „Wir sind ein Volk!“ rief, dann war das doch eine Aussage! Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Wir im Westen haben uns damals die Augen gerieben und gefragt: Was sagen die? Wir sind ein Volk? Wir hatten doch alle Angst davor, uns dazu zu bekennen, ein Volk zu sein. Seien wir doch stolz, dass wir als ein Volk wieder in einem Staat leben!

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Herr Minister, gestatten Sie Zwischenfragen?

Minister Schönbohm:

Ich wäre dankbar, wenn sie am Ende gestellt werden könnten.

Vizepräsident Habermann:

Nein, am Ende lasse ich keine Nachfragen zu.

Minister Schönbohm:

Dann werde ich die Fragen eine Minute vor Schluss meiner Rede zulassen. Ich möchte nicht, dass der Spannungsbogen unterbrochen wird. Ich habe einmal gelesen, dass dies technisch nicht günstig sei.

(Heiterkeit)

Herr Bisky, wenn Sie einverstanden sind, werde ich versuchen, den Spannungsbogen weiterzuführen. Dann kommen wir zum Abbinder.

(Erneute Heiterkeit)

Ich möchte noch einmal an Folgendes erinnern: Die erste Einheit Deutschlands wurde auf den Schlachtfeldern Frankreichs 1871 gegen unsere Nachbarn erstritten. Die Einheit 1990 ist im Vertrauen auf die demokratische Reife des deutschen Volkes in den Verhandlungssälen, nicht auf dem Schlachtfeld erreicht worden. Dies geschah mit Zustimmung unserer Nachbarn, mit Zustimmung der Polen, denen wir unglaubliches Leid zugefügt haben, mit Zustimmung der Sowjetunion, mit Zustimmung der Tschechischen Republik, mit der Zustimmung aller dieser Länder. Ich weiß auch gar nicht, warum es heute vergessen wurde: Wir sollten auch Helmut Kohl für das dankbar sein, was er als Bundeskanzler in dieser Phase erreicht hat.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir dieses Vertrauen in Deutschland erfüllen wollen, dann haben wir jetzt die Aufgabe, die heute Morgen vom Ministerpräsidenten angesprochen wurde. Wir haben die Aufgabe, uns mit dem Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit auseinander zu setzen. All dies sind Konsequenzen, die sich aus diesem Vertrauen ergeben.

Wir haben noch eine andere Aufgabe zu lösen. Es geht um die Glaubwürdigkeit der Demokratie. Diesen Punkt haben wir zum Teil bereits gestern besprochen, als es um die kommunale Selbstverwaltung ging. Wir wollen eine starke kommunale Selbstverwaltung; wir wollen, dass sich die Bürger einbringen; wir wollen, dass die Bürger wissen: Es ist ihr Land, nicht unser Land, nicht das Land der Politiker. Wir haben eine dienende Funktion gegenüber den Bürgern und müssen ihnen klar machen, dass wir es mit dieser Funktion ernst meinen.

(Beifall bei CDU und SPD - Vereinzelt Beifall bei der PDS - Vietze [PDS]: Das vergessen Sie manchmal!)

- Ich bin dankbar, wenn wir übereinstimmen. Ich suche doch nicht den Konflikt.

(Lachen bei der PDS)

Ich möchte noch auf etwas anderes hinweisen: Die deutsche Geschichte war seit 1848 immer von der Frage bestimmt: Einheit und Freiheit oder Einheit oder Freiheit? Diese Diskussion wurde auch nach der Stalin-Note 1952 geführt. Es hieß immer: Die Einheit ist uns wichtig, aber die Freiheit muss die Grundlage sein.

Jetzt haben wir das erreicht. Das ist auch ein Glück, das ist eine Verpflichtung. Ich hoffe, dass es uns gelingt, dies der Generation, für die wir jetzt Verantwortung haben, unsere Jugend, auch gemeinsam herüberzubringen.

Meine Damen und Herren! Der Einigungsprozess ist mehr als eine wirtschaftliche Angleichung, so wichtig diese auch ist. Vergessen wir nicht, welche kulturelle Bereicherung durch die deutsche Einheit erreicht worden ist. Reden Sie doch mit Landsleuten, die hierher kommen und sagen: Wir wussten gar nicht, wie vielfältig und wie schön Brandenburg ist. - Reden Sie mit denen, die beim Choriner Konzert waren und sagen: Mensch, hier ist ja richtig Kultur. - Das alles ist doch irgendwo verschüttet worden.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Schumann [PDS])

Ja, Herr Kollege Schumann, wir können das alles doch selbstbewusst einbringen, nicht nur Sanssouci, so wichtig das auch ist. Wir können sehr viel mehr einbringen: Arnstadt in Thüringen, all diese Bereiche - Bach, es wird gerade der Geburtstag gefeiert.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Tack [PDS])

All das gehört zu unserer gemeinsamen Vergangenheit. Viele suchen Goethe in Frankfurt am Main und vergessen, dass in Weimar seine Wirkungsstätte war.

Meine Damen und Herren, unsere Nachbarn sehen in dem deutschen Einigungsprozess einen Modellfall. Wenn mir der Verteidigungsminister der Tschechischen Republik vor sieben Jahren gesagt hat, Gott sei Dank, wir haben kein Westböhmen, wie ihr Westdeutschland hattet, wir müssen es allein machen, kann ich dazu nur sagen: Gott sei Dank haben wir das gemeinsam getan. - Wenn Sie das mit der Entwicklung in den anderen Ländern vergleichen, sind wir doch sehr viel weiter als die anderen Länder des ehemaligen sowjetischen Blocks. Das ist doch eine Leistung, die wir gemeinsam erbracht haben. Warum wollen wir uns eigentlich diese Gemeinsamkeit kaputt machen lassen?

Darum denke ich, dass es wichtig ist, auch den Nachbarn zu zeigen, dass diese Leistung, die wir für Deutschland erbracht haben, eine Leistung im Vorgriff auf das ist, was wir hier auch schon diskutiert haben: die Erweiterung der Europäischen

Union. Wenn wir es ernst meinen mit der inneren Einheit Deutschlands, dann meinen wir es auch ernst mit der Einheit Europas und können einen Beitrag dafür leisten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir Deutschen haben wie kein Volk in Europa eine Erfahrung aus West- und Osteuropa. Wir haben die Erfahrung aus dem Bündnis mit den Amerikanern und wir haben die Erfahrung aus dem Bündnis - zum Teil aus dem Zwangsbündnis - mit der Sowjetunion und Russland. Aber aus diesen Erfahrungen heraus ergeben sich Kenntnisse und wir können diese Erfahrungen und diese Kenntnisse einbringen zum Wohl Europas. Daraus können wir doch auch Glaubwürdigkeit ableiten. Wenn wir es im Inneren schaffen, dann können wir es auch nach außen schaffen. Das ist eine wichtige Botschaft, die wir haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Ich meine, wir können stolz sein auf das, was wir erreicht haben. Ich erwarte nicht, dass Sie jubeln, nein. Aber ich erwarte, dass wir uns freuen, und Freude heißt, dass man auch weiß, was nicht in Ordnung ist. Es gibt noch viel zu tun, das ist vollkommen richtig und das wollen wir auch angehen. Sie haben Defizite beschrieben, die bestehen. Aber diese Defizite können Sie nicht mit Staatsdünkel ausgleichen.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Wir müssen die Menschen überzeugen, müssen die Menschen mitnehmen, wir müssen ihnen Chancen geben und das wollen wir tun. Die Deutschen dürfen sich auch einmal freuen. Sie müssen nicht nur Trauer tragen, sie dürfen sich auch einmal freuen.

(Beifall bei der CDU)

Damit möchte ich den letzten Punkt ansprechen.

(Zuruf von der PDS: Gegen wen wird hier eigentlich polemisiert?)

Geben wir doch unserer Jugend einmal gemeinsam ein Zeichen, indem wir sagen: Es ist schön, in unserem Land zu leben, es lohnt sich, sich dafür einzusetzen. Machen Sie nicht alles mies! - Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU sowie Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Herr Minister Schönbohm, es waren während Ihrer letzten Sätze Fragen angemeldet worden. Würden Sie diese noch beantworten?

Minister Schönbohm:

Selbstverständlich.

Vizepräsident Habermann:

Erst Frau Dr. Schröder, dann Prof. Dr. Bisky.

Frau Dr. Schröder (PDS):

Herr Minister, Sie behaupteten, es gebe keine Verlierer der deutschen Einheit. Ist Ihnen der „Sozialreport 2000“ bekannt, wonach 45 % der Arbeitslosen und 13 % der Erwerbstätigen sich zu den Verlierern der deutschen Einheit zählen? Mit wel-

chem Recht sprechen sie diesen Menschen ihre persönlichen Empfindungen ab?

(Beifall bei der PDS)

Minister Schönbohm:

Ich spreche niemandem Empfindungen ab. Ich habe darauf hingewiesen, dass das wieder vereinigte Deutschland ein Glück für Deutschland ist und dass es in dem Zusammenhang keine Verlierer gibt. Ich habe weiterhin darauf hingewiesen und möchte es wiederholen, dass es natürlich Menschen gibt, die arbeitslos sind, die schwierige Lebensumfeldbedingungen haben. Aber deswegen eine Generation oder eine Menschengruppe zu Verlierern zu erklären ...

(Frau Dr. Schröder [PDS]: Sie empfinden es selbst so!)

Wenn Sie Recht haben mit der Aussage, 45 % seien Verlierer, dann müssen Sie sagen: Ich wollte die Einheit nicht. - Ich möchte die Einheit und möchte, dass sie Erfolg hat, und ich möchte, dass die Menschen eine Perspektive haben. Das ist für mich der Punkt. Wenn die Menschen sich als Verlierer fühlen, müssen wir vielleicht auch einmal mehr erläutern, wo die Erfolge der Einheit sind, und vielleicht können Sie einen Beitrag dazu leisten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Bitte, Herr Prof. Bisky, die nächste Frage!

Prof. Dr. Bisky (PDS):

Herr Minister, könnte es sein, dass Sie überhört haben, dass ich ein Zitat von dem Leipziger Historiker Manfred Kossok gebracht habe, der zu Recht gesagt hat, „Die Einheit hatte die richtigen Verlierer, aber die falschen Gewinner.“? Mit Verlierern meinte er das Politbüro. Könnten Sie mir da zustimmen, dass zutreffend ist, was er sagt?

Minister Schönbohm:

Dass das Politbüro Verlierer ist, ist eine Frage der Gerechtigkeit, Herr Kollege Bisky.

(Beifall bei der CDU)

Von daher gesehen ... Darüber möchte ich überhaupt nicht rechten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Aussprache zur Großen Anfrage 7 angekommen. Ich beende die Aussprache und stelle fest, dass Sie die Große Anfrage zur Kenntnis genommen haben.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 5 und rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a des Grundgesetzes „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen
zur Anmeldung der Landesregierung gemäß
§ 10 Abs. 3 der Landeshausordnung

Drucksache 3/1704

Es wurde vereinbart, zu diesem Tagesordnungspunkt keine Debatte zu führen, sodass ich auch hierzu feststellen kann, dass Sie die Drucksache 3/1704 zur Kenntnis genommen haben.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 6 und rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt - für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/1700

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Beitrag der einreichenden Fraktion. Herr Prof. Dr. Schumann, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Schumann (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Monaten hat die Debatte über Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt in der deutschen Öffentlichkeit eine neue Dimension gewonnen. Manches, was in dieser Debatte geäußert wird, halte ich persönlich für wenig hilfreich, manches sogar für irreführend und ich finde auch, dass gelegentlich Pharisäertum im Spiel ist. Aber das ist nicht wichtig. Entscheidend ist etwas anderes, entscheidend ist, dass diese Debatte zu einer neuen Sensibilisierung unserer Gesellschaft geführt hat und dass damit die Chance gegeben ist, einen Zustand zu überwinden, in dem rechtsextremistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit auf Dauer zu einer deutschen Normalität zu werden drohen.

Bundespräsident Rau hat nicht nur mit bemerkenswerter Präzision die komplexen Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit benannt und die entscheidenden politischen Aufgaben, die sich in diesem Zusammenhang stellen, beschrieben, er hat auch das Besondere, das Eigentümliche der mit dieser intensiven öffentlichen Debatte verbundenen aktuellen Situation charakterisiert, wenn er Folgendes sagt:

„Mit dieser Gewalt leben wir seit Jahren. Fast konnte man meinen, dass wir uns daran gewöhnt haben. Jetzt scheinen alle aufgewacht zu sein. In den vergangenen Wochen ist uns allen noch einmal klar geworden, welchen Gefährdungen unser Gemeinwesen unverändert ausgesetzt ist.“

Die politischen Möglichkeiten, die in dieser Situation liegen, dürfen wir nicht ungenutzt lassen. Das verlangt auch, dass wir diesen Prozess öffentlicher Aufklärung und Sensibilisierung weiter betreiben, er könnte sonst ein Strohfeuer gewesen sein.

Das Parlament, das ein wichtiger Teil der Öffentlichkeit Brandenburgs ist, hat die Pflicht, in dieser Frage immer wieder die Fahne zu hissen, sich in möglichst großer Einmütigkeit gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt, für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg deutlich zu erklären.

Insbesondere die Verantwortungsträger aller Ebenen, die Kommunalpolitiker, die Lehrerinnen und Lehrer, die Polizistinnen und Polizisten, die Inhaber von Ehrenämtern aller Art müssen spüren, dass Parlament und Regierung ihnen in jeder Hinsicht den Rücken stärken, wenn sie sich im Sinne eines toleranten

Brandenburg und gegen fremdenfeindliche Ressentiments und Gewalt engagieren.

Das sind die Motive, die uns dazu bewogen haben, Ihnen den vorliegenden Antrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu unterbreiten.

Natürlich ist uns allen bewusst, dass Erklärungen und Bekundungen die konkrete politische Arbeit vor Ort nicht ersetzen können. Das ist trivial. Und wir sind weit davon entfernt zu ignorieren, dass viel Positives geleistet wurde und wird - in Kommunen, in Schulen und Hochschulen, in Wirtschaftsunternehmen, durch freie Träger, durch Kultur- und Kunstschaffende, durch Bürgerinitiativen usw. Wir denken schon deswegen nicht daran, positive Entwicklungen auf diesem Felde zu negieren, weil sich nicht zuletzt viele Mitglieder der PDS in diesem Zusammenhang vorbildlich engagieren.

Wir stehen nicht am Punkt Null. Das betrifft selbstverständlich auch die Landesebene. Wir übersehen da gar nichts, weder die Aufstockung der MEGA noch die wichtige Initiative von Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden noch das vorgesehene Schulprogramm gegen Rechts aus dem Bildungsministerium. Wir übersehen gar nichts. Aber es ist natürlich die Aufgabe der Opposition, die besonders kritischen Punkte anzusprechen, und die füllen seit geraumer Zeit die Schlagzeilen.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben in Ihrem Furore machenden „Zeit“-Interview die Berechtigung unserer seit Jahren geübten grundsätzlichen Kritik an der Regierungspolitik bestätigt. Ich sage Ihnen das jetzt natürlich nicht händereibend, aber wer hat denn in diesem Parlament schon vor Jahren den damals noch üblichen Tenor von „den paar Verrückten, den Einzeltätern“ moniert? Wer hat denn die verbreitete fremdenfeindliche Einstellung thematisiert, die hier gewiss auch spezifische historische, aber nicht vorwiegend historische Ursachen hat? Siehe die erschellenden Ausführungen des Bundespräsidenten! Wer hat denn die Einführung des Sachleistungsprinzips als einen Vorgang kritisiert, der dem fremdenfeindlichen Ressentiment nachgibt? Das war die PDS. Und wer hat denn außer der PDS von dieser Regierung und von ihrer Vorgängerregierung verlangt, dass die getthafte Unterbringung von Asylbewerbern und Aussiedlern als menschenunwürdig abgestellt wird?

(Beifall bei der PDS)

Nein, die Auseinandersetzung über diese Fragen ist unvermeidlich. Das hat nichts mit der Negierung von Erfolgen und erst recht nichts mit Ehrabschneidung zu tun.

Ich sage das auch vor dem Hintergrund der unerfreulichen Debatte am gestrigen Nachmittag. Herr Minister Schönbohm, Sie können von der linken Opposition nicht im Ernst erwarten, dass sie die Kritik des Bundestagspräsidenten an Ihnen einfach links oder rechts liegen lässt. Und Sie können auch nicht wirklich erwarten, dass wir gewisse neuerdings wieder zitierte frühere Äußerungen von Ihnen zur Ausländerfrage bei der Beurteilung Ihrer Politik einfach vergessen.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Sie können auch nicht erwarten, Herr Minister, dass wir vergessen, wie Sie sich - darüber haben wir ja auch gelegentlich öffentlich gestritten - in der CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft engagiert haben, eine Kampagne, die damals von der übergroßen Mehrheit dieses Hauses als Bestärkung des fremdenfeindlichen Ressentiments verurteilt worden ist.

(Beifall bei der PDS - Minister Schönbohm: Aber nicht vor den Bürgern in Hessen!)

- Na gut, ich bin im Moment in Brandenburg, Herr Minister.

Wir erstreben mit unserem Antrag ein gemeinsames deutliches Zeichen aller drei großen Fraktionen. Wir halten das aus den Gründen, die ich schon dargestellt habe, für notwendig. Aber wir müssen uns schon gegenseitig in Kritik begegnen und da sind Sie ja auch nicht gerade fein, Herr Minister.

Ich will bei dieser Gelegenheit auch mit Blick auf die gestrige Debatte aber eines deutlich sagen: Unser Feindbild heißt nicht Schönbohm. Unser Feindbild beginnt da, wo schwarz-rot-golden aufhört und schwarz-weiß-rot beginnt. Damit das ganz klar ist!

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Prof. Dr. Schumann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Prof. Dr. Schumann (PDS):

Selbstverständlich.

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Petke.

Petke (CDU):

Herr Prof. Dr. Schumann, nicht von den eigenen Reihen: Können Sie mir erklären, was das Sachleistungsprinzip für Asyl-antragssteller in Deutschland, was eine Unterschriftensammlung gegen ein Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, was all das mit den schlimmen Übergriffen auf Ausländer, die in Deutschland leben, zu tun hat?

(Widerspruch bei der PDS)

Oder sehen Sie die Täter in den Reihen der CDU oder in den Reihen der Landesregierung?

Prof. Dr. Schumann (PDS):

Ach, Herr Kollege Petke, wir können doch jetzt keine Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft und über die CDU-Kampagne führen. Lesen Sie doch einfach einmal in den Protokollen der betreffenden Landtagssitzung nach und denken Sie dann darüber nach, warum damals die große Mehrheit des Hauses gegen die CDU diese Verurteilung vorgenommen hat. Vielleicht leuchtet Ihnen das dann ein.

(Beifall bei der PDS - Petke [CDU]: Was hat das miteinander zu tun?)

Ich war bei dem Punkt, Herr Minister, Ihnen zu erklären, dass unser Feindbild nicht Schönbohm heißt. Mir liegt sehr viel daran, dass das deutlich wird. Mir liegt auch sehr viel daran, deutlich zu machen, dass wir uns an der geschickten Inszenierung von Sündenböcken nicht beteiligen werden, schon deswegen nicht, weil wir da gebrannte Kinder sind. Darauf können Sie sich verlassen.

(Lachen bei der CDU - Zuruf von der CDU: Brandstifter!)

Sie können uns gelegentlich Populismus vorwerfen, meine Herrschaften von der CDU, ich will Ihnen aber eines sagen und das sage ich Ihnen wirklich in großem Ernst: Wenn Sprecher der Koalition und auch Minister glauben, uns bei dieser Gelegenheit mit der DVU verknüpfen zu können, wird diesem Parla-

ment eine sehr unerfreuliche Zeit bevorstehen. Sie wissen ganz genau, wie uns das verletzt. Sie wissen ganz genau, was das für uns bedeutet.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie dies tun, beschädigen Sie nicht nur die PDS - das kriegen wir schon hin, das halten wir aus -, sondern wenn Sie uns in eine Situation bringen, in der wir dieser Verknüpfung nur entgehen können, indem wir die Regierung loben und beklatschen, dann beschädigen Sie das Institut der Opposition und damit die Grundlagen der Demokratie in diesem Lande!

(Beifall bei der PDS)

Lassen Sie diese Spielchen! Die Verantwortung, die Sie damit übernehmen, können Sie nicht schultern!

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, auf dieser Geschäftsgrundlage gibt es auch gegenüber der Öffentlichkeit keine glaubwürdige gemeinsame Erklärung oder Verlautbarung der demokratischen Parteien in der Frage, mit der wir uns heute beschäftigen. Aber diese Gemeinsamkeit ist notwendig, wenn wir diese entsetzliche Landplage des Rechtsextremismus und der fremdenfeindlichen Gewalt in diesem Lande wirklich überwinden wollen.

(Beifall bei der PDS)

Ich stimme den Ergänzungsvorschlägen des Herrn Präsidenten zu. Wir werden auch seiner Antragsfassung zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Prof. Dr. Schumann. - Das Wort geht an die Fraktion der SPD, Herrn Abgeordneten Muschalla.

Muschalla (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erst einmal glaube ich, dass wir an einem historischen Punkt sind. Das hat es in diesem Hause noch nie gegeben, dass die drei großen demokratischen Fraktionen gemeinsam einen Antrag - gegen Rechts in diesem Falle - verabschieden werden. Ich glaube, es ist wichtig, den Bürgern draußen zu signalisieren: Der Landtag, alle drei demokratischen Fraktionen sind geschlossen gegen Rechtsextremismus und gegen rechte Gewalt.

(Beifall bei SPD und PDS)

Ich glaube, das ist das Ziel vieler Bürger mit unterschiedlichen Interessenlagen und Aktivitäten.

Man muss vielleicht einmal die Zahlen nennen, die sich inzwischen mit dem Begriff Rechtsextremismus verbinden. In der BRD gab es 1999 insgesamt 51 400 Mitglieder sowie nicht organisierte Rechtsextremisten. Diese haben 11 000 Straftaten begangen, davon 708 Gewalttaten.

Gewaltbereite Extremisten, wenn man so will, von diesen 51 400, der harte Kern, sind 9 000 Bürgerinnen und Bürger. Das ist schon eine erschreckend hohe Zahl. In Brandenburg sieht es etwas anders aus - ich habe die Zahlen von 1998 -: 309 Straftaten und davon 68 Gewalttaten mit antisemitischem und rechtsextremistischem Hintergrund. Aber auch die sind zu viel. Darüber sind wir uns alle einig.

Natürlich hat der Landtag Brandenburg nicht tatenlos zugeesehen. Wir haben das „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, wir haben das Konzept „Tolerantes Brandenburg“, wir haben die Präventionsräte, wir haben den Maßnahmenplan zur Bekämpfung von Jugendkriminalität und Rechtsextremismus, wir haben letztendlich die MEGA bei der Polizei, die auch dort aktiv ist.

Es gibt eine Broschüre von der europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie sitzt in Wien. Darin wird dargelegt, wie man etwas gegen Rechtsextremismus, Faschismus und Antisemitismus tun kann, und zwar überall, auf allen gesellschaftlichen Ebenen - in der Öffentlichkeit, in der Stadt, in der Gemeinde, in der Nachbarschaft, im Kindergarten, in der Schule, in den Religionsgemeinschaften, im Betrieb und bei der Arbeit.

Was soll man tun? Das ist ganz einfach: nicht wegsehen, sich einmischen, eintreten für Minderheiten, Unterstützung von Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Anregungen zur Integration von Ausländern geben usw. Also nicht wegsehen, diskutieren! Das ist - das wissen wir alle - ein langer Prozess.

Wie sieht es gegenwärtig aus? Vor kurzem hat Prof. Heitmeyer vom Institut für Gewaltforschung einen Vortrag über Desintegration, Anerkennungsverfall und Rechtsextremismus gehalten. Daraus ergibt sich - ich kann nur ein paar Kerndaten nennen -: Große Teile der Bevölkerung in Deutschland und in Brandenburg sehen weg, wenn rechtsextremistische Täter am Werk sind. Ein Teil duldet das sogar. Es gibt ganz wenige, die es akzeptieren oder sogar mitmachen würden. Die Masse ist allerdings - und das steht eindeutig fest - gegen Gewalt, egal gegen wen.

Ein großes Problem bei dieser ganzen Geschichte ist die Integration auf beiden Seiten, einmal die der Ausländer, aber auch die der Jugendlichen, die in diese Szene abdriften, und die Anerkennung von Leistung bei Jugendlichen, die sich wegen fehlender Anerkennung teilweise die Anerkennung holen, indem sie sagen: „Deutschland den Deutschen“, „Ich bin besser als die anderen“, „Die Ausländer sind schlechter als ich, ich bin Deutscher“. Dort fängt es an, mit Parolen am Stammtisch, und geht so weit, dass man sich seine Anerkennung auf diese Weise holt.

Dieser gesamte Komplex wird sicher seine Zeit dauern. Ich weiß, dass viel gemacht wurde, ich habe es gesagt. Aber oftmals sind es Appelle, die nichts oder wenig bewirken. Aber sie müssen ausstrahlt werden, egal ob „Tolerantes Brandenburg“, Präventionsrat oder der Maßnahmenplan gegen Rechtsextremismus.

Aber es muss mehr passieren. Es muss im Prinzip Jugendarbeit gemacht werden, so wie wir es im Maßnahmenplan, Drucksache 2/6228, beschlossen haben. Prävention ist der Schwerpunkt, alles andere kommt später.

Meine Zeit ist leider um, sonst hätte ich gerne noch etwas zu den Maßnahmen der Strafverschärfung gesagt. Die sind nämlich sehr umstritten und in der Wirkung oftmals negativ, wie neueste Forschungen in den USA und anderswo zeigen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelte Beifall bei SPD und PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Abgeordneten Muschalla. - Das Wort geht an die Fraktion der DVU. Frau Abgeordnete Fechner, bitte!

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der „Welt am Sonntag“ vom 13. August dieses Jahres war ein Artikel zu lesen mit der Überschrift „Wie die Stasi Neonazis im Westen unterstützte“. In dem Artikel wird beschrieben, wie die PDS-Vorgängerpartei SED 40 Jahre lang den Rechtsradikalismus in der BRD förderte.

(Zuruf von der PDS: Sie glauben auch alles!)

- Das können Sie gerne nachlesen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: In Gastarbeiterzentren einiger Großstädte wurden gezielt Flugblätter der Stasi mit dem Impressum „Deutsche Volkunion“ verbreitet. Unter der Überschrift „Deutsche, wehrt euch!“ wurde im Stil der Nationalsozialisten die westdeutsche Bevölkerung dazu aufgefordert, gewaltsam die Gastarbeiter aus der Bundesrepublik zu vertreiben.

Dies ist nur ein Beispiel von vielen, wie gesagt, nachzulesen, in der „Welt am Sonntag“.

Sollte sich die SED-PDS so gewandelt haben, dass sie aus einem Förderer zu einem Gegner des so genannten Rechtsradikalismus geworden ist? Das würde wieder einmal zeigen, wie wandlungsfähig diese Partei ist. Aber das wäre ja nicht die erste Wandlung, wie wir feststellen mussten.

(Zurufe von der PDS)

Auch bezüglich der Ausländerpolitik in Deutschland hat sich Ihre Meinung doch gravierend geändert.

(Zurufe von der PDS)

Betrieb die SED noch eine sehr restriktive Ausländerpolitik, so möchte die PDS am liebsten jedem Tür und Tor öffnen. Der Eindruck liegt sehr nahe, dass die PDS doch eine Wendepartei ist.

Aber nun zum eigentlichen Antrag: Inhaltlich kann die Deutsche Volkunion in vielen Punkten mitgehen. Aber es stellt sich uns die Frage, warum hier nur von Rechtsextremismus und fremdenfeindlicher Gewalt die Rede ist. Gibt es nicht auch Linksextremismus und inländerfeindliche Gewalt? Da es aber in dem Antrag der PDS nur um rechte Gewalt geht, gehe ich davon aus, dass den Genossen der PDS einige Tatsachen noch nicht bekannt sind.

Wenn man sich den Verfassungsschutzbericht des vergangenen Jahres genauer ansieht, dann stellt man fest, dass von den ca. 415 000 registrierten Gewalttaten 746 einen erwiesenen oder vermuteten rechtsextremistischen Hintergrund haben. Das entspricht 0,18 %. 711 der registrierten Gewalttaten haben einen erwiesenen oder vermuteten linksextremistischen Hintergrund. Das entspricht 0,17 %. Diese Quoten ergeben ein Mehr von gerade einmal 0,01 % an rechten Gewalttaten.

Nun mag die PDS ihren Antrag damit begründen, dass im Lande Brandenburg die Zahl der rechten Gewalttaten überwiegt. Ja, das stimmt leider. Aber in Berlin, welches unmittelbar im Lande Brandenburg liegt, sieht es ganz anders aus. Nimmt man beide Länder zusammen, so kommt man auf zwei leicht nach unten gerundete Zahlen, nämlich auf die Zahlen acht und drei. Diese Zahlen spiegeln die Gewalttaten je 100 000 Einwohner wider. Die Zahl acht wird den Linksextremisten und die Zahl drei den Rechtsextremisten zugeordnet. Daran sieht man doch, dass eine sehr große Gefahr für die innere Sicherheit Deutschlands von der linksextremistischen Szene ausgeht. Wie hoch das Gewaltpo-

tenzial der autonomen Szene ist, kann man jedes Jahr am 1. Mai beobachten. Auch hat sich die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten in Brandenburg mehr als verdoppelt.

Die PDS fordert in ihrem Antrag unter anderem, dass das rechtsextremistische Gedankengut geächtet und bekämpft werden muss. Warum bezieht sich Ihre Forderung nicht auch auf linksextremistisches Gedankengut?

Doch was verstehen die Genossen der PDS eigentlich unter rechtsextremistischem Gedankengut? Was sind Radikalismus und Extremismus überhaupt? In der Umgangssprache wird willkürlich von Nazis, Rechten, Rechtsradikalen, Anarchisten, Linksradiakalen gesprochen. Als einigermaßen gebildeter Mensch sollte man das Ganze doch etwas differenzierter sehen.

(Gelächter)

Radikal ist nach einer Definition des Bundesinnenministeriums, wenn lediglich eine bis an die Wurzel einer Fragestellung gehende, nicht notwendigerweise verfassungsfeindliche Zielsetzung verfolgt wird.

(Zurufe von der PDS)

Extremistisch wird solch eine Zielsetzung erst, wenn sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen trachtet. Hat sich die PDS immer eindeutig zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung dieses Staates - so wie die Deutsche Volkunion - bekannt?

(Beifall bei der DVU - Gelächter bei der PDS)

Empörung sollte allgemein dann verspürt werden, wenn sie angebracht ist, nämlich dann, wenn wie auch immer geartete Gruppierungen Gewalt entweder als Ausdrucksmittel oder als Mittel gegen missliebige Personen einsetzen.

Die Fraktion der Deutschen Volkunion wird diesen Antrag und auch den Änderungsantrag ablehnen, weil er nur die Bekämpfung des Rechtsextremismus zum Ziel hat und nicht auch die Bekämpfung des Linksextremismus. Wir sind der Meinung, dass jede Art von gewalttätigem Extremismus auf das Schärfste zu verurteilen ist. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke der Abgeordneten Fechner. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt die Abgeordnete Richstein das Wort.

Frau Richstein (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Muschalla hat es eingangs in seinem Redebeitrag schon gesagt: Es ist einzigartig oder zumindest bemerkenswert, dass alle drei großen Fraktionen dem Antrag des Präsidenten zugestimmt haben.

Ich finde es sehr bedauerlich, dass dieses doch so wichtige Thema jetzt wieder dazu benutzt wird, Parteipolitik zu betreiben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Man könnte sich wirklich die Frage stellen, warum die PDS, wenn zu DDR-Zeiten der Nationalismus so hoch gestellt wurde - es gab die Nationale Front, die Nationale Volksarmee, das Nationale Aufbauwerk -, jetzt nur noch von Multi-Kulti redet.

(Beifall bei der CDU - Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Das können Sie nicht wissen!)

Gerade die Debatte der letzten Wochen und Monate zum Thema Rechtsradikalismus hat leider teilweise auf Nebenschauplätzen stattgefunden, anstatt sich auf das Kernthema zu konzentrieren. Deshalb möchte ich zum Ausgangspunkt zurückkommen und für unsere Fraktion klarstellen und betonen, dass die Brandenburger CDU-Fraktion jegliches extremistisches - insbesondere rechtsextremistisches - und fremdenfeindliches Verhalten ablehnt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das Grundrecht auf Achtung der Menschenwürde in Artikel 1 unseres Grundgesetzes steht jedem Menschen zu, gleich welcher Rasse, Religion oder Weltanschauung, gleich welcher Nationalität oder welchen Geschlechts.

Ich betone hier auch, dass - egal, in welchen Bereichen - Gewalt nie ein Mittel sein kann, Konflikte zu lösen.

Meine Damen und Herren! Die Diskussion über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit focussierte sich im Sommer gerade auf die neuen Bundesländer. Unbestritten stehen jedoch die Rädelsführer und Meinungsmacher der Rechtsextremen im Westen: Die Herren Frey, Schönhuber, Voigt. Warum diese Anführer gerade in den neuen Bundesländern eine so große Anhängerschaft finden, müssen wir allerdings noch herausarbeiten und dann entsprechend präventiv tätig werden.

Ohne die Sachlage verharmlosen zu wollen, darf sich der Eindruck nicht verdichten, dass Brandenburg ein rechtsextremistisches Land ist, dass Brandenburger allesamt Fremdenhasser seien.

Da beschreibt etwa die „Berliner Zeitung“ am 14. September 2000 das Milieu in Brandenburg als eines „... in dem jedoch der Konsens herrscht, dass die Opfer - schon ihrer puren Anwesenheit wegen - die eigentlichen Schuldigen sind.“ Ja, es wurden sogar unser Innenminister als Rassist und unsere Polizei als eine Ansammlung Rechtsradikaler denunziert. Dieser Eindruck ist falsch und wir müssen ihm entgegenreten.

Die CDU-Fraktion begrüßt auch ausdrücklich die seitens des Ministers der Justiz ins Leben gerufene Bundratsinitiative zur Verschärfung des Strafrechts und des Strafverfahrensrechts. Hierbei ist in erster Linie nicht die Erhöhung des Strafrahmens prioritär. Für die Anwendung des Strafmaßes ist der gesetzliche Richter zuständig. Ziel ist es aber, ein Zeichen zu setzen, dass Gewalttaten, die aus Hass gegen eine nationale, rassische oder religiöse Gruppe oder aus sonstigen niedrigen Beweggründen begangen werden, Verbrechen und die Straftäter Verbrecher sind.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren! Justiz und Polizei können aber in den meisten Fällen nur repressiv tätig werden. Sie kommen erst dann zum Zuge, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Wir sind jedoch vielmehr gefordert, die Prävention voranzubringen. Die größte Verantwortung liegt dabei unzweifelhaft bei den Familien. Die Vermittlung einer Werteordnung, zu der auch die christlichen Werte gehören, ist hierfür eine sehr wichtige Grundlage. Wir als Volksvertreter haben die Pflicht, das gesellschaftliche Klima zu schaffen, in dem Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus keinen Platz haben.

Alle Demokraten sind hier aufgerufen, dem Rechtsradikalismus den Nährboden zu entziehen und die Rädelsführer als das zu entlarven, was sie sind. In diesem Zusammenhang freue ich mich - das möchte ich noch einmal betonen -, dass uns heute ein

Präsidentenantrag vorliegt, der insbesondere auch die Rolle und Verantwortung der Eltern mit einbezieht, Zivilcourage annimmt und Bildungseinrichtungen anspricht. Rechtsradikalismus kann keinen Erfolg haben, wenn alle Bürger in Brandenburg und im Bundesgebiet in ihrem persönlichen Umfeld fremdenfeindlichen Tendenzen mutig und entschlossen entgegenzutreten.

Ich wünsche mir, Herr Prof. Dr. Schumann, dass die von Ihnen schon gespürte Sensibilisierung der Gesellschaft deutlicher eintritt und sich weiter entwickeln wird.

Aber auch der Staat muss entsprechend seinen Möglichkeiten handeln. Herr Muschalla hat das ausdrücklich dargestellt. In Brandenburg wurde dafür die Arbeit des Aktionsbündnisses durch den neu eingerichteten Landespräventionsrat flankiert und erweitert.

Meine Damen und Herren! Meine Hoffnung geht dahin, dass unsere heutige Debatte nicht ungehört verklingt, sondern einen anhaltenden Anstoß gibt, entschlossen gegen Rechtsradikalismus und fremdenfeindliche Gewalt vorzugehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU, SPD und PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke der Abgeordneten Richstein. - Das Wort geht jetzt an die Landesregierung, Herr Ministerpräsident Dr. Stolpe, bitte!

Ministerpräsident Dr. Stolpe:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die schrecklicherweise nicht abbreißenden rechtsextremen und fremdenfeindlichen Straftaten in Deutschland zeigen uns die erschütternde Dringlichkeit. Wir müssen handeln. Wir müssen unsere Anstrengungen auf allen Ebenen deutlich verstärken.

Ich bin der festen Überzeugung, dass dies die Stunde der Demokraten ist, und freue mich, dass der Präsident hier die Initiative zu diesem Antrag ergriffen hat. Es wird auch so etwas wie eine Stunde der Wahrheit in der Frage der Zustimmung zu diesem Antrag sein.

Gemeinsam verantwortete Konzepte sind jetzt zielbewusst umzusetzen zum Schutz der Opfer, zur Bestrafung der Täter, zur Prävention von Straftaten und für die Erziehung zu Weltoffenheit und Toleranz. Das seit 1998 bestehende Handlungskonzept für ein tolerantes Brandenburg ist ein richtiger Ansatz. Das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bündelt die gesellschaftlichen Kräfte, die den Kampf für Demokratie, für das friedliche und produktive Zusammenleben von Deutschen und Ausländern als ihre ureigene Sache betrachten.

In enger Zusammenarbeit mit der Ausländerbeauftragten des Landes, die über große Erfahrungen auf diesem Feld verfügt, arbeitet das Aktionsbündnis daran, eine Vielzahl von Maßnahmen und Initiativen miteinander zu verknüpfen. Das geschieht auch in Kooperation mit dem Landespräventionsrat, der Kriminalität und Jugendgewalt auch über den Rechtsextremismus hinaus begegnen will. Die Vorstände beider Gremien werde ich im Oktober zu einer gemeinsamen Sitzung einladen.

Meine Damen und Herren! Pflicht des Staates ist es, der Gewalt Grenzen zu setzen. Die Landesregierung hat mit dem Aufbau der MEGA - der Mobilen Einsatzgruppe gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit - und der deutlichen Beschleunigung von Verfahren gegen rechte Straftäter Zeichen gesetzt. Wir werden mit allen rechtsstaatlichen Mitteln die Bedrohung des friedli-

chen Zusammenlebens abwehren. Zu diesem Zweck behandelt die Landesregierung jetzt einen Gesetzentwurf zur besseren Bekämpfung rechtsextremer Gewalttaten. Brutale Körperverletzung aus Menschen verachtenden Motiven muss als schwere Straftat geahndet werden.

Ich begrüße die Initiative des Justizministers für ein Gesetz zur verbesserten Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalttaten und anderer extremistischer strafbarer Handlungen. Ich sehe den gesetzgeberischen Handlungsbedarf insbesondere darin, dass sich die Qualität der rechtsextremistischen Gewalttaten in den vergangenen Monaten verändert hat. Sie zeigen inzwischen ein hohes Maß an Brutalität, roher Gesinnung und Menschen verachtender Einstellungen, insbesondere gegenüber Fremden. Es erscheint deshalb sinnvoll, diese Taten genauer zu umschreiben und ihnen einen eigenständigen gesetzlichen Tatbestand im Rahmen der Körperverletzungsdelikte zu geben. Es liegt nahe, die mit ihnen verbundenen Bestrafungsmöglichkeiten denen der schweren Körperverletzung anzupassen. Dafür spricht der Schuldgehalt dieser Taten, die aus niedrigen Beweggründen begangen werden.

Vizepräsident Habermann:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerpräsident Dr. Stolpe:

Hinterher. - Notwendig ist ferner im Interesse einer schnellen und nachhaltigen Aufklärung von derartigen Straftaten und zur Vermeidung ihrer Wiederholung, die Voraussetzungen für die Inhaftierung der Täter zu erleichtern. Eine entsprechende Bundesratsinitiative ist sinnvoll.

Meine Damen und Herren! Langfristig sind wir auf die Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die sich aktiv gegen rechte Gewalt engagieren. Ihr Alltagsmut verdient alle Unterstützung.

Die Landesregierung stärkt diese Initiativen. Ich habe im August gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Aktionsbündnisses, dem Vorsitzenden des Präventionsrates und den Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes und des Landkreistages die Amtsdirektoren und Bürgermeister gebeten, Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu benennen. In jeder Gemeinde könnte es für aktive Gruppen eine Telefonnummer geben, einen Ansprechpartner, der seitens der Kommunalverwaltung schnell und kompetent helfen kann. Wir müssen das Engagement aus den Kommunen heraus entwickeln, wo die Problemnähe gegeben ist, wo die Menschen sich kennen und wo eine direkte Ansprache der Gewalttäter möglich ist.

Noch in diesem Herbst wollen wir mit Seminaren starten für Verwaltungsangestellte, für Leiter von Jugendklubs, für Trainer in Sportvereinen, um Schulungen sozialpädagogischer Intervention anzubieten. Aktivitäten an den Schulen sollen jedem Schulleiter, jeder Lehrerin und jedem Lehrer die Mittel in die Hand geben, engagiert und souverän mit rechtsextremen Schülern umzugehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie herzlich: Lassen Sie uns gemeinsam für das tolerante Brandenburg streiten. Das ist eine notwendige Zukunftsarbeit. Ich bitte Sie: Stimmen Sie dem Antrag des Präsidenten zu.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident. Nachfragen lassen Sie nicht zu.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt angekommen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe zuerst zur Abstimmung den Änderungsantrag des Präsidenten, Drucksache 3/1734, auf. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich angenommen worden.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der PDS, Drucksache 3/1700, einschließlich des bereits angenommenen Änderungsantrages auf.

(Vietze [PDS]: Ich möchte darauf hinweisen, dass sich eine Abstimmung des Antrages erübrigt, da er wortgleich mit dem Antrag des Präsidenten, mit den entsprechenden Ergänzungen, ist. Insofern ist eine weitere Abstimmung nicht notwendig.)

- Das nehme ich entgegen. Ich akzeptiere das auch. Damit annulliere ich die zweite Abstimmung. Der Änderungsantrag des Präsidenten ist angenommen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Gegen Gewalt und Diskriminierung - für Demokratie und Rechtsstaat

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/1691

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Für die einreichende Fraktion hat die Abgeordnete Hesselbarth das Wort.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ausländische Staatsbürger sind in den allermeisten Fällen Gäste in unserem Land. Als Touristen, Studenten, Arbeitnehmer, Selbstständige, Flüchtlinge usw. genießen sie in Deutschland Gastrecht. In allen Kulturen der Welt sind Gäste heilig, so auch in unserem Land. Deswegen bedürfen sie unseres besonderen Schutzes. Wer sich an ihnen vergreift, begeht eines der schlimmsten Verbrechen, ebenso wer sich ansonsten an den Schwächsten unserer Gesellschaft vergreift, also an Kindern, Alten, Behinderten, Obdachlosen und allen Übrigen, die unseres besonderen Schutzes bedürfen. Wer das tut, schließt sich damit selbst aus unserer Wertgemeinschaft aus.

Wir als Fraktion der Deutschen Volksunion im Landtag Brandenburg lassen uns in der entschiedenen Verurteilung ausländerfeindlicher und sonstiger Gewalttaten von niemandem übertreffen. Wir fordern daher, gegen Gewalttäter jeder Couleur und besonders gegen solche, die sich an ausländischen Staatsbürgern oder an den Wehrlosen in unserer Gesellschaft vergehen, mit allen gebotenen Mitteln vorzugehen und sie streng zu bestrafen.

(Beifall bei der DVU)

Nun geht allerdings ein Gespenst um in Deutschland, das Gespenst von Gewalt in den Medien sowie in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, reduziert auf das Phänomen des so genannten Rechtsradikalismus oder - besser - auf das, was für rechtsradikal gehalten wird. Ausgelöst wurde dies durch den bis heute nicht

aufgeklärten Bombenanschlag von Düsseldorf sowie eine Reihe abscheulicher Gewalttaten gegen Ausländer und Wehrlose in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei ist bis heute namentlich der Bombenanschlag von Düsseldorf nicht aufgeklärt.

Auch ist nicht von der Hand zu weisen - und hier wende ich mich an Sie, Herr Minister Schönbohm -, dass von so genannten V-Leuten des Verfassungsschutzes - denken Sie nur an den kürzlich enttarnten Agenten Piatto in Königs Wusterhausen oder den bekannten Herrn Dienel aus Thüringen - unkontrollierbare Subjekte aufgehetzt und aufgestachelt wurden, die dann schwerste Gewalttaten gerade gegen Ausländer oder Angehörige sonstiger Minderheiten in unserem Land begangen haben. Es stellt sich hier die Frage, ob nicht vielleicht auch dieser Anschlag in Düsseldorf das Werk eines solchen Geheimdienstes war. Zumindest stelle ich diese Frage, meine Damen und Herren, einmal hier in den Raum.

Jedenfalls werden entsprechende Taten sodann zur Bekämpfung der als rechtsextrem bezeichneten Konkurrenz genutzt. Es wurde eine beispiellose Hetze gegen alles entfacht, was nach Meinung der Initiatoren dieser Diskussion für politisch rechtsextrem, national, patriotisch oder auch wertkonservativ gehalten wird. Übertitelt wird dies einfach mit Begriffen wie Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, wobei diese auch nicht ansatzweise erklärt oder hinterfragt werden. Insbesondere wird bei all dem völlig verwischt, wo denn die eigentlichen Wurzeln der schon über mehrere Jahre kontinuierlich in Ost und West auftretenden Gewalttaten gegen Ausländer, auch gegen Schwächere und Andersdenkende zu finden sind. Meine Fraktion wird die Diskussion über Gewalt in unserem Land in dieser verkürzten und sinnentstellenden Art und Weise nicht mittragen.

Oberstes Gebot allen staatlichen oder nichtstaatlichen Tuns muss die Achtung der elementaren Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit sein und bleiben. Dazu gehört nun einmal notwendig: Man schlägt seinem Gegenüber nicht den Schädel ein, weil er schwächer ist, anders aussieht, anders spricht, anders denkt, eine andere Nationalität oder Staatsangehörigkeit hat,

(Zurufe von der PDS)

einer anderen Religion angehört oder aber Anhänger einer anderen Fußballmannschaft ist als man selbst.

Und weiterhin: Maßnahmen repressiver Natur, auch aufenthaltsbeendender Art bleiben dem staatlichen Gewaltmonopol mit Ausschließlichkeit vorbehalten und sonst niemandem. Daran und an nichts anderem wird die Deutsche Volksunion in der Gewaltdiskussion anknüpfen und von diesen elementaren Erkenntnissen wird sie sich leiten lassen. Sie sind das Ergebnis der nationalen geistigen und soziokulturellen Entwicklung unseres Landes nicht erst seit 1945, sondern schon seit Jahrhunderten, also des Toleranzgebotes, der Freiheitsrechte, der Verantwortungslehren und der Lehren über die Staatsführung, so wie sie bereits von Friedrich dem Großen wesentlich vorgezeichnet wurden. Hierzu gehört ganz einfach, dass es in unserer Verfassung und im Grundgesetz ein mit Rechtsanspruch ausgestattetes Asylrecht gibt und dass sich ausländische Staatsbürger aus unterschiedlichen Gründen erlaubt in unserem Land aufhalten dürfen.

Namentlich das wird in der Bevölkerung zur Bekämpfung der Ursachen von Gewalt zu vermitteln sein - ohne Ausgrenzung und ohne parteipolitische Brille. Doch gerade darum geht es in der gegenwärtigen Situation offenbar überhaupt nicht. Es geht den herrschenden Meinungsträgern einschließlich der PDS im Ergebnis offensichtlich nur darum, politische Gegner, die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung aufgreifen und politisch artikulieren wie die Deutsche Volksunion, nach Möglichkeit

endgültig politisch auszuschalten und hierbei demokratische Freiheitsrechte der Bürger so weit wie möglich einzuschränken.

(Beifall bei der DVU)

Wohin politisch die Reise geht, zeigt wiederum die gegenwärtig stattfindende Kampagne mit den Profilierungsversuchen verschiedener Personen des politischen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland und im Land Brandenburg, vom bayerischen Innenminister Beckstein angefangen über den niedersächsischen Ministerpräsidenten Gabriel bis hin zu Ihnen, Herr Minister Schelter. Die Forderungen sind für unser Land bislang ohne Beispiel. So wird unter anderem dazu aufgefordert, national gesinnten Bürgerinnen und Bürgern ihre Arbeitsstellen oder ihre Bankkonten zu kündigen, sie zu bespitzeln oder durch unangemeldete Besuche von Sicherheitskräften einzuschüchtern.

Die von Ihnen, Herr Minister Schelter, geplante Bundesratsinitiative geht dahin, auf Bundesebene einen Gesetzentwurf zu erwirken, der drakonische Strafen ausschließlich bei Begehung so genannter extremistischer Gewalttaten vorsieht. Zudem schlagen Sie Bestimmungen vor, welche die demokratischen Freiheitsrechte der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland endgültig aushebeln. Somit soll schon der Verdacht einer extremistischen Straftat Grund für Untersuchungshaft sein, und zwar auch dann, wenn keine Flucht- oder Wiederholungsgefahr besteht.

So genannte Propagandadelikte von Deutschen im Ausland sollen in Deutschland strafrechtlich verfolgt werden können. Den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder soll die Möglichkeit einer fast unbeschränkten Telekommunikationsüberwachung bei so genannten Meldungsdelikten geschaffen werden. Obendrein wollen Sie den Zugang zum Internet, dem letzten noch freien Medium, drastisch einschränken.

Herr Minister Schelter, das alles kann unsere Zustimmung nicht finden. Das wäre politisches Tendenzstrafrecht. Das verlässt den Boden des rechtsstaatlichen Grundgedankens, den Boden des objektiven Tatstrafrechtes vollständig und führt zu einer unverhältnismäßigen Einschränkung von Bürgerrechten wegen einer kleinen gewalttätigen Minderheit. Diese hat und findet zumindest in der Bevölkerung offenkundig keinen Rückhalt. Das zeigen im Übrigen die Erinnerungen und die Erfahrungen mit dem gewalttätigen Linksextremismus der 70er Jahre.

Sie sollten sich in diesem Zusammenhang nicht nur die Artikel 5 und 10 des Grundgesetzes sowie den Artikel 19 der Landesverfassung anschauen, sondern auch den Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 in Paris. Hierin heißt es:

„Jedermann hat das Recht auf Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung. Das Recht umfasst die ungehinderte Meinungsfreiheit und die Freiheit, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut durch Mittel jeder Art sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.“

Meine Damen und Herren! Nun möchte ich Sie fragen: Will man so jede politische Gruppierung platt machen, welche die Regierungsmacht der etablierten Parteien demokratisch infrage stellen könnte? Glauben Sie, meine Damen und Herren von den anderen Landtagsfraktionen, was Sie oder Ihre Freunde oder Genossen alles sagen, wirklich? Glauben Sie wirklich, Herr Ministerpräsident Dr. Stolpe, Ihre eigenen Worte, dass die Mitteleuropäischen Faschismusanfänger seien, weil sie so lange abge-

schlossen gelebt haben? Wer ist eigentlich für diese Abgeschlossenheit verantwortlich, meine Damen und Herren von der PDS? Wer derartige Kampagnen wie die laufende lostritt, der vergiftet nicht nur das politische Klima im Land, sondern der führt auch nichts Positives im Schilde und fügt unserem Gemeinwesen Schaden zu. In der freiheitlichen Demokratie tut man so etwas nicht. Erinnern Sie sich nur an ein von Ihnen oft benutztes und Ihnen sicherlich geläufiges Zitat: Freiheit ist zunächst immer die Freiheit des Andersdenkenden.

Kehren Sie, meine Damen und Herren von den übrigen Landtagsfraktionen, und Sie, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, endlich zu einer demokratischen Streitkultur zurück! Beenden Sie sofort diese Diskriminierungskampagne und stimmen Sie unserem vorliegenden Antrag zu! Dann kommen wir gemeinsam weiter. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke der Abgeordneten Hesselbarth. - Das Wort geht an die Fraktionen der SPD und der CDU, die den Abgeordneten Klein als Redner nominiert haben. Bitte schön, Herr Klein!

Klein (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Damen und Herren der DVU-Fraktion, sowohl der Inhalt Ihres Antrages als auch die Rede Ihrer Fraktionsvorsitzenden veranlassen mich zu einer Kurzfassung meines Vortrages.

Bemerkung Nummer 1: Rosa Luxemburg ist als Andersdenkende von rechtsgerichteten Freikorpsoldaten nicht beschützt worden, sondern ermordet worden.

Bemerkung Nummer 2: Der Landtag hat soeben seiner Sorge über Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit Ausdruck verliehen. Auch die DVU-Fraktion macht sich Sorgen. Diese Sorgen sind allerdings ganz anderer Art. Sie ist die einzige Fraktion in diesem Landtag, deren Sorge nicht den Opfern, sondern den Tätern gilt. Das ist der Inhalt dieses Antrages. Das nennen wir skandalös.

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Ihr Antrag ist kein Antrag gegen Rechtsradikalismus, sondern für Rechtsradikalismus. Die Fraktionen der CDU, der PDS und der SPD werden diesen Antrag deshalb ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Klein. - Gehe ich recht in der Annahme, dass die PDS-Fraktion und somit der Abgeordnete Hammer, der mir als Redner angekündigt worden ist, kein Rederecht mehr in Anspruch nimmt? - Das ist der Fall. Wünscht die Landesregierung dazu noch das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und komme zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der DVU, der Ihnen mit Drucksache 3/1691 vorliegt.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 8.

Ehe ich die 21. Landtagssitzung schließe, möchte ich Sie an die gestrige Bemerkung des Präsidenten erinnern. Sie haben nachher die Gelegenheit, sportliche Höchstleistungen zu vollbringen. Mit diesem Antrag an Sie schließe ich die 21. Sitzung des Land-

tages Brandenburg. Kommen Sie gut nach Hause oder auf den Sportplatz!

Ende der Sitzung: 15.16 Uhr

Anlagen

Gefasste Beschlüsse

Zum TOP 7:

Gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt - für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 21. Sitzung am 21. September 2000 folgenden Beschluss gefasst:

- „1. Der Landtag Brandenburg verurteilt mit Entschiedenheit rechtsextremistische und fremdenfeindliche Haltungen und Gewalttaten. Sie geben zu höchster Besorgnis Anlass. Der Landtag erklärt sich solidarisch mit den Opfern fremdenfeindlicher Gewalt. Sie brauchen die Unterstützung der Gesellschaft und des Staates. Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit muss unter Nutzung aller geeigneten Mittel entschieden entgegengetreten werden. Das ist Voraussetzung dafür, ein friedliches Zusammenleben in unserem Land zu sichern und den Ruf Brandenburgs als weltoffenes und tolerantes Land zu wahren und zu festigen.
2. Rechtsextremistische und fremdenfeindliche Einstellungen sind in allen Altersgruppen der Gesellschaft zu finden, nicht nur bei Jugendlichen und rechtsextremistischen Gewalttätern. Die Bekämpfung von Intoleranz und Gewalt und die Stärkung der Zivilcourage sind deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von allen Bürgern getragen werden muss. Insbesondere Eltern und Erzieher sind verpflichtet, Kindern und Jugendlichen Werte zu vermitteln. Aber auch jeder Bürger muss sich im Alltag aktiv für die Rechte seiner Mitbürger einsetzen, welche Hautfarbe, Religion oder Staatsangehörigkeit sie auch haben. Nur so kann Brandenburg seine Tradition der Toleranz und Weltoffenheit bewahren.
3. Der Rechtsextremismus darf keine Chance erhalten, die Grundlagen unserer demokratischen Ordnung zu gefährden. Rechtsextremistisches Gedankengut muss geächtet und bekämpft werden. Der Landtag von Brandenburg unterstützt alle Bekenntnisse und alle Initiativen von Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen, Wirtschaft, Kultur, Sportverbänden und Bürgern, die ein tolerantes Miteinander der Kulturen und die Integration der hier lebenden ausländischen Mitbürger fördern. Dabei kommt dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eine große Bedeutung zu.

Es ist Aufgabe aller Demokraten, die Akzeptanz der demokratischen Institutionen zu stärken und das Verständnis für die Werte des Grundgesetzes zu fördern. Der Landespräventionsrat soll präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Straftaten mit fremdenfeindlichem und rechtsextremistischem Hintergrund erarbeiten und in dieser Hinsicht die Landesregierung in ihrem Bemühen um ein tolerantes Brandenburg unterstützen.

4. Der Landtag Brandenburg spricht sich dafür aus, rechtsextremistische Straftäter hart und umgehend zu bestrafen. Polizei und Justiz werden darin be-

stärkt, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und - wo notwendig und begründet - zu erweitern.

5. Der Landtag Brandenburg unterstützt die Landesregierung in ihren Anstrengungen gegen Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistische Gewalt und fordert sie auf, das Konzept 'Tolerantes Brandenburg' konsequent umzusetzen und weiterzuentwickeln. Der Landtag befasst sich halbjährlich mit den Ergebnissen der Umsetzung dieses Konzeptes.
6. Der Landtag dringt darauf, die beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendkriminalität und Rechtsextremismus entschlossen durchzusetzen. Besondere Anstrengungen sind in der gesamten Gesellschaft auf den Schutz der Jugend zu richten. Dabei muss von allen Bildungs- und Erziehungsträgern primär darauf hingewirkt werden, die Jugend gegen rechtsextremistische und fremdenfeindliche Einflüsse zu immunisieren und ihr aktives Handeln auf der Basis demokratischer Wertvorstellungen zu fördern. Dies ist der Weg, um Tendenzen der Entwurzelung, Bindungslosigkeit und blindem Hass entgegenzuwirken. Er kann nur zum Erfolg führen, wenn die Ächtung von rechtsextremistischen Tendenzen und Gewalt als gesellschaftliche Norm - auch und nicht zuletzt in den Familien - erlebt wird.

Konkret gehören dazu:

- die Erweiterung von Projekten zur Förderung der moralischen Urteils- und Handlungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen in allen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen,
- ein größerer Stellenwert für den Bildungs- und Erziehungsauftrag an den Schulen und stärkere Berücksichtigung der politischen Bildung bei den Lehrinhalten,
- die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung mit Multiplikatoren im Bildungs- und Erziehungsbereich weiter auszubauen,
- die systematische Aus- und Weiterbildung der Pädagogen und Studierenden zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus und -extremismus, zur Konfliktbewältigung und Gewaltprävention,
- deutlich mehr Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, an interregionalen sowie internationalen Austauschen und Begegnungen teilzunehmen.

7. Der Landtag fordert die Verfassungsorgane des Landes, die Hochschulen, die wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen auf, mit ihren Potenzialen eine Öffentlichkeitswirkung zu entfalten, die gerade junge Menschen erreicht. Interkulturelle Projekte und Begegnungen sollten weiterentwickelt und unterstützt werden. Der Landtag erwartet weitere Unterstützung von wissenschaftlichen Einrichtungen bei der Ursachenforschung von Rechtsextremismus und Gewalteskalation, verbunden mit fundierten Handlungsempfehlungen auch für die Politik."

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf Mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 21. September 2000

Frage 384

Fraktion der DVU

Abgeordnete Liane Hesselbarth

- Einrichtung so genannter Babyklappen in Berliner und Brandenburger Krankenhäusern -

Nach dem brandenburgischen Schönow, dem oberpfälzischen Amberg und den Hamburger Stadtteilen Altona und Wilhelmsburg sowie dem Münchner Kloster Sankt Gabriel soll auch im Krankenhaus Waldfriede an der Argentinischen Allee 40 in Berlin-Zehlendorf eine so genannte Babyklappe eingerichtet werden.

Durch diese so genannten Babyklappen können Mütter, welche ihre neugeborenen Kinder nicht bei sich behalten wollen, diese in beheizte Kinderbetten im Inneren der Krankenhäuser schieben, wo die Babys wenige Minuten später medizinisch versorgt und betreut werden.

Ich frage die Landesregierung: Ist nach Erkenntnissen der Landesregierung außer in Schönow in weiteren öffentlichen, privaten oder kirchlichen Krankenhäusern oder sonstigen Einrichtungen im Land Brandenburg die Einrichtung solcher Babyklappen geplant?

Antwort der Landesregierung

Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Szymanski

Das Haus „Sonnenblume“ in Schönow hat eine Betriebsgenehmigung zur Betreuung junger minderjähriger Mütter und ihrer Kinder. Gleichzeitig steht es zu jeder Zeit offen für die Aufnahme von Babys, deren Mütter die Kinder nicht bei sich behalten und anonym bleiben wollen. Eine so genannte Babyklappe befindet sich nicht an dieser Einrichtung und sie ist auch nicht geplant.

Von Aktivitäten zur Einrichtung von so genannten Babyklappen, auch anderenorts in Brandenburg, ist der Landesregierung nichts bekannt. Über die Einrichtung so genannter Babyklappen in brandenburgischen Krankenhäusern liegen der Landesregierung ebenfalls keine Erkenntnisse vor.

Frage 393

Fraktion der PDS

Abgeordneter Frank Hammer

- Kulturentwicklungsplanung -

In der letzten Legislaturperiode wurde mit großem Aufwand eine Kulturentwicklungsplanung (KEP) in Gang gesetzt. Dabei konnten zahlreiche anregende Zwischenergebnisse präsentiert werden. In vielen Bereichen lagen erstmals genauere Erhebungen und Vorstellungen über eine perspektivische Entwicklung vor. Die extra ausgebildeten Mitarbeiter sollten unter anderem ein Netzwerk kultureller Einrichtungen und anderer gesellschaftlicher Bereiche schaffen. Insgesamt wurde eine Verstärkung der Kulturpolitik angestrebt.

Da seit Beginn dieser Legislaturperiode in der Öffentlichkeit weniger über dieses Projekt zu erfahren war, frage ich die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Stand der Kulturentwicklungsplanung?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur Dr. Hackel

Brandenburg ist reich an Künstlern und historisch bedeutsamen Bauwerken. Die Entwicklung einer zeitgemäßen kulturellen Infrastruktur und die Pflege des kulturellen Erbes ist vor diesem Hintergrund vorrangiges Ziel der Kulturpolitik.

Aus Sicht des Landes gehören dazu der Erhalt einer lebendigen Theater- und Orchesterkultur in Brandenburg, die Sicherung der Arbeit der Musikschulen ebenso wie der Aufbau einer funktionierenden Museumslandschaft.

Kulturpolitik liegt jedoch in besonderem Maße auch im Verantwortungsbereich der Kommunen, die durch eine angemessene Finanzausstattung in die Lage versetzt werden müssen, sich dieser freiwilligen Aufgaben auch anzunehmen. Und Kultur bedarf nicht zuletzt auch des ehrenamtlichen Engagements.

Basierend auf dem Ergebnis einer umfassenden kulturpolitischen Bestandsaufnahme soll bis zum Ende des Jahres eine tragfähige Kulturentwicklungskonzeption vorgelegt werden. In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass die Kommunen selbst sich die Aufgabe der Kulturentwicklungsplanung gestellt haben. Sie sind auf dem Wege dorthin unterschiedlich weit gekommen. Einige Kreistage haben bereits entsprechende Beschlüsse gefasst, andere sind noch im Verfahren. In einigen Fällen liegt bisher nur eine Bestandserhebung vor.

Die Umsetzung des Zeitplanes der Erarbeitung einer Landeskulturentwicklungskonzeption hat sich ein wenig verzögert, weil die Gespräche mit den Landkreisen mehr Zeit in Anspruch nahmen, als wir ursprünglich hofften. Wir haben viele sehr interessante und aufschlussreiche Gespräche mit allen Landkreisen geführt, insofern war in der Öffentlichkeit weniger über unsere intensive Arbeit an der Bestandsaufnahme zu vernehmen.

Auf dieser Grundlage wird in meinem Haus nun ein Entwurf für die Landeskulturentwicklungskonzeption - sogar projektscharf - erarbeitet, der dann ein weiteres Mal mit den Kommunen und den Verbänden diskutiert und Ende des Jahres dem Landtag vorgelegt werden soll. Eines der Ziele ist die Erhöhung der Planungssicherheit für die Träger.

Es wird der Frage des Landesinteresses bzw. der überregionalen Ausstrahlung von Veranstaltungen ein höherer Stellenwert beigemessen als bisher. Zugleich wird auch der Aspekt der kommunalen Beteiligung an der Finanzierung von Veranstaltungen und Institutionen stärker berücksichtigt.

Frage 394

Fraktion der PDS

Abgeordnete Dr. Esther Schröder

- „Kurssystem kontra Langzeitarbeitslosigkeit“ -

In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage (Nr. 607) hat der Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen ausgeführt, dass nach der Reduzierung der Mittel für die Förderung des „Kurssystems kontra Langzeitarbeitslosigkeit“ um etwa ein Drittel im Jahr 2001 für die folgenden Jahre maximal von einer Erhaltung dieses abgesenkten Niveaus ausgegangen werden kann. Das Kurssystem hat nach den mir vorliegenden Angaben auf der anderen Seite aber relativ hohe Eingliederungseffekte zu verzeichnen.

Ich frage die Landesregierung: Für welche anderen beschäfti-

gungsfördernden Programme oder Zwecke sollen die beim Kurssystem gekürzten Mittel künftig eingesetzt werden?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel

Wir verfolgen mit unserem Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit“ verschiedene Ansätze, um gerade auch durch eine „Politik des lebenslangen Lernens“ den Menschen Brücken zu bauen und ihnen Chancen zu geben für den Weg in die neue Gesellschaft. Langzeitarbeitslosigkeit abzufedern und möglichst zu verhindern bleibt uns dabei ein wichtiges Anliegen.

In der Tat können wir mit dem „Kurssystem kontra Langzeitarbeitslosigkeit“ einige Erfolge vorweisen. Seit 1994 haben mehr als 40 000 Brandenburgerinnen und Brandenburger dank umfangreicher ESF-Mittel und unserer Kofinanzierung am Kurssystem teilgenommen; gut 40 % der Kursteilnehmer gelangten in ein reguläres Arbeitsverhältnis bzw. haben eine positive berufliche Perspektive gefunden. Das war ein wichtiger und ein richtiger Weg. Fakt ist aber, dass uns im nächsten Jahr für die Arbeitsmarktförderung weniger Mittel zur Verfügung stehen werden als in diesem.

Es gilt also, sehr genau zu prüfen, welche Programme mit dem bisherigen Mittelvolumen weitergeführt und welche weniger Mittel erhalten sowie welche neuen Ansätze finanziert werden sollen. Letztlich geht es also darum, bei dem vorhandenen Mittelvolumen Prioritäten zu setzen. Hinzu kommt, dass wir beim Kurssystem - das ja, wie Sie wissen, aus ESF-Mitteln finanziert wird - auch nicht ganz frei sind von den Rahmenbedingungen, die die EU-Kommission dafür setzt. Danach werden ESF-Mittel für insgesamt sechs Maßnahmebereiche eingesetzt. Die Mittel für das Kurssystem sind dem Maßnahmebereich „Gesellschaft ohne Ausgrenzung“ zugeordnet.

Für alle Maßnahmen dieses Bereiches ist ein gutes Fünftel der ESF-Mittel vorzusehen. Daraus werden - neben dem „Kurssystem“ und dem Ihnen ja auch bekannten Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ - z. B. berufspädagogische Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe finanziert oder auch Benachteiligte im Bereich der Stadterneuerung gefördert. Auf der anderen Seite werden aus diesem Bereich auch die Landesmaßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit an der so genannten zweiten Schwelle, Jugend 2005, sowie die Aktivitäten zur Linderung der Arbeitslosigkeit älterer und schwer vermittelbarer Arbeitsloser bestritten.

Schon allein diese Auflistung zeigt, wie schwer es uns natürlich gefallen ist, die Prioritäten zu setzen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Mittel des Kurssystems berufspädagogischen Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe und der Benachteiligtenförderung im Bereich der Stadterneuerung geopfert würden. Zahlenmäßig käme das in etwa hin. Aber ich könnte genauso gut sagen, dass die Mittel eingesetzt werden, um die Ansätze im Bereich „Arbeit statt Sozialhilfe“ annähernd konstant zu halten. Sie verstehen, worauf ich hinaus will.

Es geht uns nicht darum, hier etwas wegzunehmen und es dort zuzuschustern. Es geht uns bei allem darum, wie wir die Mittel am wirksamsten einsetzen können. Dem wird unser neues Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ Rechnung tragen. Wir werden Bewährtes fortschreiben wie „Arbeit statt Sozialhilfe“ oder eben auch das „Kurssystem kontra Langzeitarbeitslosigkeit“ und anderes neu überlegen, was die „Politik des lebenslangen Lernens“ befördert. Denn wir müssen uns für die folgenden Jahre die nötigen Spielräume offen halten, damit wir rechtzeitig neue arbeits- und qualifizierungspolitische Akzente setzen können.

Frage 395

Fraktion der PDS

Abgeordnete Irene Wolff

- Dienstantritt von Lehrkräften außerhalb Brandenburgs -

Nach mir vorliegenden Informationen haben an einer Reihe von Schulen Lehrkräfte, die bisher nur befristete Arbeitsverträge hatten und auch zum neuen Schuljahr erneut nur einen befristeten Arbeitsvertrag angeboten bekommen haben, ihren Dienst nicht wieder angetreten und sich zum Teil eine neue Arbeitsstelle in den westdeutschen Bundesländern gesucht. Dadurch kam es zu Unterrichtsausfällen, die kurzfristig nicht vertreten werden konnten.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Wie viele Lehrkräfte mit einem befristeten Arbeitsvertrag haben zum Beginn des neuen Schuljahres ihren Dienst nicht angetreten?

Antwort der Landesregierung

Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Szymanski

Nach einer Umfrage vom Montag, dem 18.09., unter den Leitern der Staatlichen Schulämter haben ca. 80 Lehrkräfte mit einem befristeten Arbeitsvertrag zu Beginn des neuen Schuljahres ihren Dienst nicht angetreten.

Es kam dadurch auch zu Unterrichtsausfällen, obwohl die Schulämter natürlich versuchen, umgehend Ersatz zu finden. Das Land Brandenburg ist als öffentlicher Arbeitgeber in diesen Fällen in einer außerordentlich schwierigen Lage, weil schon in unmittelbarer Nachbarschaft das Land Berlin bessere Arbeitsvertragsbedingungen bietet als das Land Brandenburg.

Das gilt aber nicht nur für Berlin, sondern auch für die anderen alten Bundesländer, wo durch das höhere Tarif- und Besoldungsniveau und einen in der Regel höheren Beschäftigungsumfang auf Dauer ein deutlich attraktiveres Angebot durch den öffentlichen Arbeitgeber gemacht wird. In Berlin werden in vielen Fällen Lehrkräfte mit auf Dauer vollem Beschäftigungsumfang eingestellt; der Schülerrückgang im Ostteil wirkt sich für die ganze Stadt längst nicht so stark aus, wie es in Brandenburg der Fall ist, da im Westteil kein Geburtenrückgang wie im Osten zu verzeichnen war.

Darüber hinaus werden in Berlin auch außerhalb der Gymnasien in der Sekundarstufe I Lehrkräfte mit 2 Wahlfächern bei gleichwertiger Ausbildung eine Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppe höher eingruppiert als bei uns.

Für die anderen neuen Bundesländer stellt sich die Konkurrenzsituation auf dem Lehrkräftearbeitsmarkt durchweg ähnlich dar, weil auch dort Lehrkräfte nach einer zunächst befristeten Einstellung bei der ersten Gelegenheit, eine Stelle mit einer besseren arbeitsvertraglichen Absicherung oder einem besseren Rechtsverhältnis zu erreichen, entweder durch Auflösungsvertrag oder durch fristlose Kündigung ausscheiden. Das Land hat keine Möglichkeit, eine Lehrkraft, die sich in einem befristeten Arbeitsverhältnis befindet, daran zu hindern, sich ggf. durch fristlose Kündigung die Möglichkeit zu schaffen, zu günstigeren Arbeitsbedingungen in einem anderen Land zu arbeiten. Wenn eine Beschäftigung auf Dauer angeboten werden kann, ist das Land Brandenburg im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern durch die Möglichkeit der Verbeamtung durchaus attraktiver; gegenüber Berlin sind wir jedoch nur hinsichtlich des Ostteils der Stadt konkurrenzfähig.

Es ist leider nicht zu erwarten, dass sich diese Probleme kurzfristig lösen lassen. Es kommt viel darauf an, dass und wann die

Angleichung der Tarife in Ost und West erreicht wird, es wird aber über einige Jahre bei dem Problem bleiben, dass aufgrund der sinkenden Schülerzahlen eine volle Beschäftigung nur in wenigen Fällen auf Dauer zugesichert werden kann.

Die unterschiedlichen Einstufungen in den Ländern sind nur über eine Harmonisierung der besoldungsrechtlichen Regelungen durch den Bund anzugleichen. Es ist keineswegs ein Ost-West-Problem, wenn in NRW und Brandenburg ein Lehrer mit 2 Wahlfächern anders bezahlt wird, als in Berlin oder in Hamburg.

Was können wir tun?

1. Wir haben versucht, durch bundesweite Ausschreibungen und durch die Veröffentlichung über Einstellungsmöglichkeiten im Internet Bewerber zu finden.
2. Wir haben uns mit Berlin verständigt, dass wenigstens während des laufenden Schuljahres keine Abwerbungen versucht werden.
3. Wir sind dabei, genau zu bestimmen, für welche Qualifikation und Fachkombinationen eine dauerhafte Vollbeschäftigung trotz rückgehender Schülerzahlen zugesichert und damit eine Vollzeitverbeamtung angeboten werden kann.
4. Wir haben den jährlichen Einstellungskorridor für unbefristete Neueinstellungen von 250 Vollzeiteinheiten in diesem Jahr durch einen Vorgriff auf das nächste Jahr deutlich ausgeweitet. Damit konnten mehr Lehrkräfte unbefristet eingestellt bzw. gehalten werden.
5. Zwischen Finanzminister- und Kultusministerkonferenz wird es eine Verständigung geben, welche Veränderungen in der Lehrbesoldung in absehbarer Zeit vorgenommen werden sollen. Dabei wird die Frage der Harmonisierung von uns zum Thema gemacht werden.

Frage 396

Fraktion der PDS

Abgeordnete Kerstin Osten

- Aktivitäten der Landesregierung zur Sicherung der Firma Bagenda Baugesellschaft mbH Müllrose -

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Lande ist neben der Ansiedlung neuer Unternehmen vor allem durch die Sicherung der Klein- und Mittelunternehmen zu führen. Die dazu notwendige Liquiditätssicherung im Falle von fremdverschuldeten Insolvenzen wurde im Landtag oft diskutiert und gefordert.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung, was sie unternommen hat bzw. unternommen wird, die wirtschaftliche Existenz der Firma Bagenda Baugesellschaft mbH Müllrose und damit mehr als 100 Arbeitsplätze zu sichern.

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Dr. Färnß

Nach Auskunft des Amtsgerichts Frankfurt (Oder) ist mit Beschluss vom 1. September 2000 das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Fa. Bagenda eröffnet worden. Einflussmöglichkeiten für die Landesregierung gibt es in diesem Stadium des Verfahrens grundsätzlich nicht. Allerdings bietet die Insolvenzordnung verschiedene Möglichkeiten, die Existenz des Unternehmens zu erhalten.

Die Landesregierung hatte vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens erhebliche Anstrengungen zur Existenzsicherung des Unternehmens unternommen. Ich erinnere hier daran, dass die Landesregierung mit dem Liquiditätssicherungsprogramm (LI-SI) und dem Konsolidierungsfonds (KONSI II) über wirkungsvolle Instrumente verfügt, an der Stabilisierung und Konsolidierung von Unternehmen mitzuwirken.

Dass trotzdem die Insolvenz nicht vermieden werden konnte, zeigt ein weiteres Mal, dass die vorhandenen Überkapazitäten im Bereich des Bausektors zu notwendigen Strukturanpassungen führen werden.

Frage 397

Fraktion der PDS

Abgeordnete Irene Wolff

- Regelungen bei Verwendung verfassungswidriger Symbole in Schulen -

In verschiedenen Medien wurde in den letzten Wochen die Frage thematisiert, dass an Schulen verfassungswidrige Symbole und Zeichen geschmiert bzw. hergestellt worden sind, ohne dass dies von den zuständigen Schulleitungen aufgenommen oder an die zuständigen Schulämter gemeldet worden wäre. In diesem Zusammenhang sind Verdächtigungen gegenüber den genannten Personen geäußert worden, die genannten Vorgänge vertuschen zu wollen, was nicht dazu beigetragen hat, über diese Probleme sachlich zu diskutieren.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Wie und nach welchen Regelungen haben Lehrkräfte, Schulleitungen und Schulämter in derartigen Fällen des Schmierens, der Herstellung oder Verwendung verfassungswidriger Symbole zu verfahren?

Antwort der Landesregierung

Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Szymanski

Im Falle des Herstellens, Verwendens oder Verbreitens von Symbolen verfassungswidriger Organisationen im schulischen Zusammenhang - wozu das Schmieren gehört - hat die Schule gemäß § 9 Abs. 1 der Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmenverordnung zunächst und in jedem Fall das Staatliche Schulamt zu informieren. Daneben besteht ausdrücklich eine Informationspflicht gegenüber den Eltern.

Außerdem entscheidet die jeweilige Schule oder das Staatliche Schulamt wie auch in anderen Fällen, in denen mögliche Straftatbestände verletzt wurden, ob eine Strafanzeige erstattet wird. Eine Anzeigepflicht sieht das Strafgesetzbuch nicht vor. In Betracht kommt insbesondere eine Strafbarkeit gemäß § 86 a des Strafgesetzbuches. Im Falle von Schmierereien wird darüber hinaus der Schulträger wegen möglicher zivilrechtlicher Ansprüche informiert.

Auf der Grundlage der Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmenverordnung ist zusätzlich nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden, ob das Verfahren für eine schulische Ordnungsmaßnahme einzuleiten ist. Im Regelfall ist wegen der Schwere der Verfehlung in diesen Fällen von einem derart begrenzten Ermessensspielraum auszugehen, dass praktisch in jedem Fall das Verfahren zu Ordnungsmaßnahmen - bis hin zum Ausschluss von der Schule - einzuleiten ist. Zusätzlich ist über Erziehungsmaßnahmen etwa zur Wiedergutmachung z. B. durch das Entfernen von Symbolen zu entscheiden. Strafrechtliche Ermittlungsverfahren bzw. Strafen der Jugendstrafgerichte sowie strenge schulische Ordnungsmaßnahmen können neben-

einander erfolgen, ohne das Verbot der Doppelbestrafung zu verletzen.

Zusammen mit den ordnungsrechtlichen Reaktionen hat eine weitergehende pädagogische Aufarbeitung derartiger Vorfälle zu erfolgen. Entsprechend bestimmt § 9 Abs. 1 der Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmenverordnung, dass dies auch bei derartigen Vorfällen außerhalb der Schule gilt.

Als Hilfe zur Einordnung entsprechender Sachverhalte wurde im Oktober 1998 seitens des MBS das INFO-BLATT-RECHTS des Landeskriminalamtes Brandenburg den Kreis-schulrätinnen und Kreis-schulräten vorgestellt und übergeben. Die Informationsbroschüre enthält Hinweise und Darstellungen zu Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Zusätzlich wurden im gleichen Monat Exemplare an die Staatlichen Schul-ämter verschickt, um diese Information den Schulen zur Verfü-gung zu stellen.

Anzuführen ist schließlich § 4 des Brandenburgischen Schulge-setzes, der im Rahmen der Erziehung und Bildung sowie der Werteeziehung insgesamt vorgibt, auch den Unterricht zu nut-zen, um auf Vorfälle mit Symbolen verfassungswidriger Orga-nisationen einzugehen. Hinsichtlich der Vermittlung von Kennt-nissen, Fähigkeiten und Werthaltungen sieht die genannte Bestimmung ausdrücklich vor, Schülerinnen und Schüler unter anderem dazu zu befähigen, den Ursachen und Gefahren der Ideologie des Nationalsozialismus sowie anderer zur Gewalt-herrschaft strebender Lehren zu erkennen und ihnen entgegen-zuwirken.

Die Grundlagen für schulische Maßnahmen sowie für die päd-agogische Behandlung auch zur Vermeidung derartiger Taten sind eindeutig. Entscheidend kommt es zusätzlich darauf an, die Lehrkräfte noch stärker darauf zu orientieren, dass in diesem Bereich kein Verständnis etwa für jugendtypisches abweichendes Verhalten angezeigt ist. Hierzu wurde am 15. September ein Rundschreiben zur „Erziehung zu Toleranz, Solidarität und Wahrung der Würde und Freiheit des Menschen“ erlassen, nach dem jede Schule mit Hilfe der Beratung der Staatlichen Schul-ämter bis zum 31. Januar 2001 einen Bericht zu pädagogischen Zielen und Umsetzungsstrategien gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu erstellen hat.

Daneben wird in Kürze ein weiteres Rundschreiben ergehen, um den erforderlichen Nachdruck zu erhöhen und um die Lehrkräfte noch einmal zu offensivem und abgestimmtem Vorgehen zu ermutigen.

Frage 398

Fraktion der PDS

Abgeordnete Kerstin Osten

- Komplementärmittel zur Investitionspauschale -

In einem konkreten Projekt zum Ersatzneubau einer Kita ist ein freier Träger bereit, die notwendigen Komplementärmittel zur Ergänzung zu Investitionsmitteln aus dem Investitionsförde-rungsgesetz Aufbau Ost aufzubringen. Der Beschluss des Kreis-tages entsprechend einer Prioritätenliste ist dafür Grundlage. Das wäre der einzige Weg, dieses sehr notwendige Projekt reali-sieren zu können.

Ich frage deshalb die Landesregierung, ob die Investitionspau-schale entsprechend des § 21 des GFG dafür in Betracht kommt, das heißt, die finanziellen Leistungen des freien Trägers als Komplementärmittel anerkannt werden?

Antwort der Landesregierung

Ministerin der Finanzen Ziegler

Der Bau einer Kindertagesstätte ist nach den Förderrichtlinien des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost grundsätzlich förderfähig, sofern es sich - wie in dem von Ihnen geschilderten Fall - um einen Ersatzneubau handelt.

Die IfG-Mittel des Bundes können bis maximal 90 % der Ge-samtmaßnahme eingesetzt werden. Gegenüber dem Bund sind im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung mindestens 10 % andere öffentliche Mittel nachzuweisen.

Dieser öffentliche Anteil kann daher leider nicht direkt durch Mittel freier Träger oder privater Dritter getragen werden.

Frage 399

Fraktion der PDS

Abgeordnete Kerstin Kaiser-Nicht

- Häusliche Abwesenheit wegen Erwerbsuche -

In einem Informationsschreiben des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport vom 11. August 2000 zu Strukturverände-rungen im Kindertagesstättenbereich an alle Gemeinden und Ämter des Landes Brandenburg wird festgestellt, „dass die Änderung des Rechtsanspruches auf Kindertagesbetreuung der Anerkennung der Verfügbarkeit von Kinder betreuenden Ar-beitslosen im Sinne des § 119 SGB III grundsätzlich nicht entgegensteht“.

Ich frage die Landesregierung: Wie erklärt sie sich die wenige Zeilen weiter formulierte Wertung, dass eine kurzzeitige und kurzfristige Unterbringung wegen Erwerbsuche „nur selten praktische Bedeutung hat, da verantwortungsbewusste Eltern schon im Interesse des Kindeswohls eine Betreuung durch be-kannte Personen vorziehen werden“?

Antwort der Landesregierung

Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Szymanski

Bei Ihrer Anfrage stellen Sie zwei Sachverhalte in einen Zu-sammenhang, der so nicht besteht.

Mit der beispielhaften Nennung der **häuslichen Abwesenheit wegen Erwerbsuche** für eine familiäre Situation, die Tages-betreuung erforderlich macht, wollte der Gesetzgeber sicher-stellen, dass die konkrete Erwerbsuche nicht an fehlenden Betreuungsmöglichkeiten scheitern darf, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.

Das von Ihnen zitierte Informationsschreiben nimmt darauf Bezug und erläutert in diesem Zusammenhang zwei von ein-ander getrennt zu betrachtende Sachverhalte:

Der erste Sachverhalt bezieht sich auf die Frage der Verfüg-barkeit von Kinder betreuenden Arbeitslosen für den Arbeitsmarkt, wenn es zu einer kurzfristigen Arbeitsaufnahme kommen sollte. Hier besagt das von Ihnen zitierte Informationsschreiben klar und deutlich, dass eine dauerhafte Aufnahme eines Kindes in Tagesbetreuung in der Regel kein Problem ist, da auch kurz-fristig Plätze geschaffen werden können und die bisher schon gezeigte Flexibilität von Leistungsverpflichteten und Trägern durch die Kita-Gesetz-Novelle nicht beeinträchtigt wird.

Der zweite Sachverhalt bezieht sich auf eine kurzzeitige und kurzfristige Unterbringung des Kindes bei Erwerbsuche, wenn z. B. der allein zur Verfügung stehende Elternteil das Kind zu einem Vorstellungsgespräch nicht mitnehmen kann und die familiäre Situation keine Betreuung durch Familienangehörige ermöglicht. In dem von Ihnen zitierten Informationsschreiben wird darauf verwiesen, dass es sich bei den betroffenen Kindern um die Altersgruppe der unter Zweijährigen handelt, die in einem solchen Fall durch ihnen fremde Personen betreut werden müssen. Da insbesondere kleine Kinder ein entwickeltes Vertrauen zur Bezugsperson und Umgebung brauchen, ist im Grundsatz eine geeignete Eingewöhnung erforderlich, die bei einer kurzzeitigen und kurzfristigen Unterbringung nicht möglich ist. Eine kurzzeitige und kurzfristige Unterbringung bei häuslicher Abwesenheit wegen Erwerbsuche soll den Eltern lediglich die Bewältigung von Betreuungsnotfällen ermöglichen. Dabei ist davon auszugehen, dass sich die Eltern des Problems einer kurzzeitigen und kurzfristigen Unterbringung ihres Kindes bewusst sein werden und im Interesse des Kindeswohls eine Betreuung durch dem Kind bekannte Personen vorziehen werden.

Das von Ihnen zitierte Informationsschreiben spricht das Spannungsverhältnis der gesetzlichen Norm zum Bedarf und der allgemeinen Aufgabe von Kindertagesbetreuung an und nimmt darin ausführlich Stellung zu der damit verbundenen Auslegungproblematik.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass es sich hierbei um kein neues Problem handelt, da auch bei der bis 30.06.2000 gültigen Rechtslage ähnliche Probleme hätten auftreten können. Bei einer Versorgungsquote von 30 % der unter zweijährigen Kinder in der Krippe kann doch davon ausgegangen werden, dass schon vor der Novellierung des Kindertagesstättengesetzes nicht alle Erwerbsuchenden ihre Kinder in der Krippe untergebracht haben und deshalb das von Ihnen aufgegriffene Problem in der Tat als ein Problem anzusehen ist, das in der Realität kaum von Bedeutung ist.

Auch möchte ich darauf hinweisen, dass die Eltern, um die es hier geht, in gesellschaftliche und familiäre Netzwerke eingebunden sind, auf die sie zurückgreifen können, wenn sie eine kurzzeitige und kurzfristige Unterbringung ihres Kindes benötigen.

Frage 400

Fraktion der PDS

Abgeordnete Dr. Esther Schröder

- Förderung von Strukturanpassungsmaßnahmen -

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen hat die Landkreise über eine Neufestsetzung, das heißt eine Kürzung, der Kontingente für eine Förderung im Rahmen der Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen für Maßnahmen im Bereich der Jugendhilfe, des Breitensports und der freien Kulturarbeit informiert.

In der Konsequenz bedeutet dies, dass nur noch Maßnahmen bewilligt werden, die nicht in das Jahr 2001 hineinreichen, auch wenn das Kreiskontingent für das Jahr 2000 noch nicht ausgeschöpft ist. Bisher bot das Verfahren der Kontingentierung für die Kreise eine relativ verlässliche Planungsgrundlage. Mit der jetzt verfügbaren Kürzung wird dieses Anliegen konterkariert.

Ich frage die Landesregierung: Hält sie das beschriebene Verfahren für einen geeigneten Schritt, um eine von der Landesregierung selbst angekündigte „Verstärkung“ der Arbeitsförderung zu erreichen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel

Für die Förderung nach der MASGF-Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Strukturanpassungsmaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe, der sozialen Dienste, des Breitensports und der freien Kulturarbeit stehen im Jahr 2000 Mittel in gleicher Höhe wie im Vorjahr zur Verfügung. Eine Kontingentierung der geförderten Personen in SAM erfolgt lediglich im Bereich der sozialen Dienste. Wir konnten diese Kontingente zu Jahresbeginn gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Damals hatten wir die Kreise und kreisfreien Städte ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Kontingente zur Jahresmitte neu festgesetzt werden müssten, wenn durch zu späten Projektstart die Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2001 überdurchschnittlich „belegt“ würden.

Nachdem abzusehen war, dass im weiteren Jahresverlauf genau diese Situation eintreten würde, sind die Landkreise umgehend - und zwar deutlich vor Ausschöpfung der Verpflichtungsermächtigungen - informiert worden. Wir verbanden die Mitteilung mit einer Erhöhung des Kontingents für solche Maßnahmen, die ausschließlich Kassenmittel benötigen.

Ich kann bei unserem Vorgehen beim besten Willen keinen Widerspruch zu unserer angekündigten Verstärkung der Arbeitsförderung sehen, zumal ja auch bei unserer SAM-Förderung insgesamt in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung der Förderfälle und des Mitteleinsatzes vorgesehen ist. Allerdings überlegen wir derzeit, ob es sinnvoll ist, die Verpflichtungsermächtigungen von vornherein bei der Kontingentierung zu berücksichtigen. Das würde ein „Nachwaschen“ überflüssig machen und größere Planungssicherheit für alle schaffen.

Frage 401

Fraktion der PDS

Abgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann

- Mögliche Auswirkungen einer Deicherhöhung bei Zützen -

Bei einem Vor-Ort-Besuch im Nationalpark „Unteres Odertal“ wurde von einem Vorhaben berichtet, bei dem der Deich unter anderem in Höhe Zützen um 2 m angehoben werden soll. Der dort befindliche Uferadweg wurde erst vor kurzem mit EU-Fördermitteln ausgebaut. Die Befürchtung besteht, dass mit der Anhebung des Deiches der Radweg nicht mehr nutzbar sein würde.

Ich frage die Landesregierung: Wie steht sie zum genannten Vorhaben?

Antwort der Landesregierung

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung BIRTHLER

Die von Ihnen angesprochene mögliche Deicherhöhung des Deiches an der Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße ist Teil einer Überlegung des Landesumweltamtes, den Lunow-Stolper-Polder an das Hochwasserabflussgeschehen der Oder anzuschließen. Falls weitergehende Untersuchungen zeigen, dass dieses Vorhaben genehmigungsfähig ist, was abzuwarten ist, müsste der Deich an der Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße die Funktion übernehmen, die heute noch der Deich unmittelbar an der Oder wahrnimmt, der dann seine heutige Funktion verlieren wird. Damit verbunden wäre ein wesentli-

cher Umbau des Deiches an der Hohensaaten-Friedrichstaler-Wasserstraße ungefähr in dem Ausmaß, wie Sie es beschrieben haben. Der Radweg würde dann als Ersatzmaßnahme vom Landesumweltamt neu gebaut werden. Mit einer Umsetzung ist aber frühestens ab dem Jahr 2006 zu rechnen.

Frage 402

Fraktion der PDS

Abgeordnete Anita Tack

- Bericht der Pällmann-Kommission -

Anfang September ist in Berlin der Bericht der Regierungskommission zur Reform der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung vorgelegt worden. Dabei wird unter anderem der auch im Landtag Brandenburg schon diskutierte Vorschlag zur Herauslösung des Bahnnetzes aus der Deutschen Bahn AG und die Übertragung in Bundes- bzw. Länderhoheit unterbreitet.

Ich frage die Landesregierung, welche Position sie in die Diskussion des Berichtes zu diesem Thema einbringen wird.

Antwort der Landesregierung

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer

Die Pällmann-Kommission hat sehr interessante Vorschläge unterbreitet, die weitgehend mit der grundsätzlichen Auffassung der Landesregierung übereinstimmen. Was nun die Herauslösung des Netzes aus der Deutschen Bahn AG betrifft, wird sich die Landesregierung nicht von vornherein festlegen lassen, sondern die derzeitigen Entwicklungen bei der DB kritisch beobachten (hauptsächlich sind das der angekündigte Rückzug von Fernverkehrsleistungen und die so genannte Mittelstandsinitiative bei den regionalen Netzen) und schließlich eine Verhandlungsposition einnehmen, die den Zielen des Landes entspricht.

Ganz gleich, ob das Netz im Konzernverbund der DB AG verbleibt (das sind derzeit die Vorstellungen des Geschäftsführers der Bahn und des Bundes), als eigenständige Gesellschaft aus dem Konzern entlassen wird oder wieder in direkte staatliche Verantwortung kommt, für die Landesregierung steht eines fest:

Die Vorgabe der diskriminierungsfreien Zugangsmöglichkeit zum Netz für Dritte muss in jedem Fall gewährleistet sein, die Entwicklung des Wettbewerbs auf der Schiene darf nicht durch Konzernpräferenzen behindert werden.

Frage 403

Fraktion der PDS

Abgeordnete Kerstin Kaiser-Nicht

- Kosten für Landstraßenbahnen -

In der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 598

teilt der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr am 28. August 2000 mit, dass die Landesregierung die Höhe der Kosten für Straßenbahnen bei den jeweiligen kommunalen Aufgabenträgern unter Berücksichtigung der Zuführungen an diese Aufgabenträger prüft. Die Prüfung sollte bis Ende August dieses Jahres abgeschlossen sein.

Ich frage die Landesregierung, welche Schlussfolgerungen sie aus den Ergebnissen der Prüfung insbesondere im Hinblick auf eine gesonderte Unterstützung der betreffenden Landkreise (z. B. im Rahmen des Haushaltstitels „Förderung der Aufgabenträger infolge Sonderlasten“) und der drei Landstraßenbahnen im Land Brandenburg zieht.

Antwort der Landesregierung

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer

Die Straßenbahnen in unserem Lande bilden gemeinsam mit dem Schienenpersonennahverkehr und den Omnibussen ein leistungsfähiges Gesamtsystem „Brandenburger ÖPNV“. Dabei könnte man sagen, dass unsere Landstraßenbahnen östlich von Berlin eine Art „Zwitterstellung“ zwischen der Eisenbahn und den Stadtstraßenbahnen einnehmen:

Einerseits erfüllen sie ähnlich wie die Eisenbahn eine Erschließungsfunktion im Überlandverkehr. Andererseits bedienen sie nicht das Massenverkehrsaufkommen in den großen Städten des Landes wie die typischen Straßenbahnen, haben aber vergleichsweise hohe Fahrgastzahlen.

Einerseits erfordern sie hohe Investitions-, Abschreibungs- und Betriebskosten. Andererseits haben sie einen volkswirtschaftlichen Beitrag zur touristischen und sonstigen Entwicklung ihrer Region geleistet.

Unter anderem unter Abwägung dieser Kriterien müssen sich zunächst die zuständigen Aufgabenträger und die verantwortlichen Gesellschafter der Landstraßenbahnen für deren dauerhaften Erhalt einschließlich ihres Finanzbeitrages aussprechen.

Nach meinen Erkenntnissen prüfen darüber hinaus die Fraktionen der Regierungskoalition derzeit die Einleitung einer Initiative zur Änderung des ÖPNV-Gesetzes. Mit dieser Initiative soll gegebenenfalls das Gesetz in der Weise geändert werden, dass den Aufgabenträgern für den übrigen ÖPNV zum Ausgleich besonderer verkehrlicher Lasten Finanzhilfen gewährt werden können. Dies könnte den Landkreisen, in denen die drei Landstraßenbahnen im Land Brandenburg verkehren, zugute kommen.

Die Landesregierung würde eine solche Initiative begrüßen und unterstützen.